



Transformierte Landwirtschaft im weltweiten Wettbewerb

„Zeitenwende“ oder weiter so: Was wünschen sich Landwirte
und Bürger für die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft?

Impressum:

Renate Grothkopf,
Geschäftsführung Heinz Lohmann Stiftung GmbH,
Paul Wesjohann Straße 45, 49429 Visbek

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vielen Jahren ist die Ausrichtung der Landwirtschaft zwischen Landwirten und Gesellschaft in einer intensiven Diskussion. Es wurden eine Vielzahl von Dialogprozessen unterschiedlicher Initiatoren durchgeführt, um eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Landwirtschaft, aber auch für eine akzeptierte Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft zu finden.

Die Diskussion darüber, ob Landwirtschaft in erster Linie für die Ernährungssicherheit sorgt, oder ob Landwirtschaft sich in erster Linie an den Anforderungen der Gesellschaft mit dem Wissen der permanenten Verfügbarkeit von Lebensmitteln ausrichten soll, hat mit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands in der Ukraine eine neue Aktualität bekommen. Lebensmittel sind nicht immer in genügender Menge zu günstigen Preisen verfügbar. Die weltpolitischen Entwicklungen, wie Inflation und die Energiekrise haben zuletzt neue Rahmenbedingungen geschaffen, die gerade die Land- und Ernährungswirtschaft betreffen. Infolgedessen werden bisherige Zielsetzungen und Bestrebungen in Frage gestellt und es kehren Anklänge an die Nachkriegszeiten der 1950er Jahre auf die politische Agenda zurück. Themen wie die ernährungspolitische Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Europas Verantwortung für die Sicherung der Welternährung gewann zunehmend an Bedeutung und wird mit jedem Auslaufen der Getreidevereinbarung zwischen Russland und der Ukraine neu diskutiert.

Der Diskurs über die grundsätzlichen Richtungen wird, besonders in Deutschland, leidenschaftlich geführt.

Das Kuratorium der Lohmann-Stiftung hat diese aktuelle Thematik aufgegriffen und Herrn Prof. Dr. Latacz-Lohmann von der Christian-Albrechts-Universität mit der Durchführung einer Studie zum

Thema: „Transformierte Landwirtschaft im weltweiten Wettbewerb“ – „Zeitenwende“ oder weiter so: Was wünschen sich Landwirte und Bürger für die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft?“ beauftragt.

Dabei sollten sowohl Landwirte, Experten der Wertschöpfungskette, aber auch Verbraucher mit neuen wissenschaftlichen Methoden über ihr Meinungsbild befragt werden.

Stehen wir vor einer „Zeitenwende“, wie es der Titel dieser Studie impliziert?

Das Ziel der vorliegenden Studie war es, die Präferenzen der Hauptbeteiligten, also von Landwirten, Bürgern und ausgewählten Akteuren der Wertschöpfungskette, für die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems zu beleuchten. Ich denke, dass die Ergebnisse der Studie die öffentliche Debatte bereichern und neue Aspekte in die Zukunftsdiskussion um das Verhältnis und Verständnis von Landwirten und Verbrauchern bringt.

Die Studie „transformierte Landwirtschaft im weltweiten Wettbewerb“ finden Sie auch unter www.phw-gruppe.de/unternehmen/stiftung

Ich möchte den vielen Beteiligten auf diesem Wege nochmals ganz herzlich für die Unterstützung danken



Prof. Dr. Reinhard Grandke
Kuratoriumsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	5
1 EINLEITUNG	6
2 DATEN UND METHODEN	8
2.1 Die Q-Methode	8
2.2 Qualitative Stakeholder-Befragung	10
2.2.1 Auswahl der Befragten und Durchführung der Befragung	11
2.2.2 Inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse	13
3 ERGEBNISSE	14
3.1 Q-Experiment	14
3.1.1 Stichprobenbeschreibung	14
3.2 Meinungsbilder und subjektive Einstellungen von Landwirten und Bürgern zur Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems in der Zukunft	21
3.2.1 Q-Typisierung von Landwirten hinsichtlich ihrer Meinung zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems	22
3.2.2 Q-Typisierung von Bürgern ohne landwirtschaftlichen Hintergrund zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems	25
3.3 Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Landwirten und Nicht-Landwirten hinsichtlich ihrer Meinungen zur zukünftigen Ausrichtung des Ernährungssektors	28
3.4 Qualitative Inhaltsanalyse	31
3.4.1 Einstellung zu staatlichen Markteingriffen	33
3.4.2 Einstellung zu Warenterminmärkten	34
3.4.3 Offene Märkte	34
3.4.4 Generelle zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft	35
3.4.5 Einzelbetriebliche Ausrichtung der Landwirtschaft	37
3.4.6 Strukturwandel in der Landwirtschaft	38
3.4.7 Zukünftige Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)	38
3.4.8 Green Deal	41
3.4.9 Staatliche Einflussnahme auf den Wandel	42
3.4.10 Freiflächen-Photovoltaik im Spannungsverhältnis zur Lebensmittelerzeugung	42
3.4.11 Steigende Verbraucherpreise für höhere Tierwohlstandards	43
3.4.12 Fleischkonsum	43
4 FAZIT	44
5 ANHANG	47
6 REFERENZEN	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Q-Grid für 37 Statements	10
Abbildung 2:	Betriebszweige der landwirtschaftlichen Betriebe	17
Abbildung 3:	Branchenzugehörigkeit der Befragten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund	17
Abbildung 4:	Einkaufsstättenwahl beider Stichproben	18
Abbildung 5:	Konsumverhalten beider Stichproben	18
Abbildung 6:	Ernährungsweise beider Stichproben	19
Abbildung 7:	Verzichtbereitschaft auf Produkte tierischen Ursprungs beider Stichproben	20
Abbildung 8:	Bereitschaft beider Stichproben den Fleischkonsum zu halbieren	20
Abbildung 9:	Zahlungsbereitschaft beider Stichproben für höhere Tierwohlstandards	21
Abbildung 10:	Scree Plot innerhalb der Personengruppe der Landwirte	22
Abbildung 11:	Wahlverhalten der Meinungsgruppe „L 1“	23
Abbildung 12:	Wahlverhalten der Meinungsgruppe „L 2“	24
Abbildung 13:	Wahlverhalten der Meinungsgruppe „L 3“	24
Abbildung 14:	Scree Plot der Faktorenanalyse innerhalb der Gruppe der Bürger ohne landwirtschaftlichen Hintergrund	25
Abbildung 15:	Wahlverhalten der Meinungsgruppe „K 1“	26
Abbildung 16:	Wahlverhalten der Meinungsgruppe „K 2“	27
Abbildung 17:	Wahlverhalten der Meinungsgruppe „K 3“	28

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht der befragten Personen	12
Tabelle 2:	Zusammenfassung der sozioökonomischen Faktoren	15
Tabelle 3:	Wahlverhalten der befragten Probanden	16
Tabelle 4:	Gegenüberstellung der Meinungsgruppen der „Landwirte“ und der „Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund“	29
Tabelle 5:	Kategorien und Codes	32
Tabelle 6:	Aspekte einer generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft	36
Tabelle 7:	Aspekte einer Ausrichtung der GAP in der Zukunft	39

EINLEITUNG

Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen, Ukraine-Krieg, Inflation, Energiekrise etc., haben in Deutschland grundlegende Debatten ausgelöst, welche auch die Land- und Ernährungswirtschaft betreffen. Infolgedessen werden bisherige Zielsetzungen und Bestrebungen in Frage gestellt und es kehren Anklänge an die Nachkriegszeiten der 1950er Jahre auf die politische Agenda zurück. Themen wie die ernährungspolitische Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Europas Verantwortung für die Sicherung der Welternährung gewinnen zunehmend an Bedeutung und spiegeln sich in den jüngsten politischen Handlungen wider. In diesem Zusammenhang sind die Freigabe von „nicht-produktiven Flächen“ (GLÖZ 1) für die Produktion von Agrarrohstoffen ohne Beschränkung des Betriebsmitteleinsatzes sowie die Aussetzung des „Fruchtwechsels“ (GLÖZ 6) und Diskussionen über eine Aussetzung der neuen Düngeverordnung erste Belege für die neuen Knappheitsverhältnisse und Sicherheitsbedürfnisse der Menschen.

Diese Entwicklungen reihen sich in die zahlreichen Umbrüche und Transformationsprozesse der letzten 30 Jahre ein, welche die Unternehmen des Agribusiness durchlaufen haben. Waren die 1990er Jahre geprägt von dem Bestreben, die europäische Landwirtschaft durch eine Reduktion der Markteingriffe international wettbewerbsfähig(er) zu machen, so war die Folge eine Intensivierung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die zunehmend auf Kritik in der Gesellschaft stieß. Als Konsequenz entstand spätestens seit der Jahrtausendwende das Bestreben, die Landwirtschaft stärker an ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Die Schaffung der zweiten Säule im Zuge der Agenda 2000-Reform der GAP, die Einführung von Cross Compliance im Jahr 2005 und von Greening im Jahr 2013 sind nur einige der agrarpolitischen Meilensteine in Richtung mehr Nachhaltigkeit. Bis heute wird angestrebt, die beiden Tugenden internationale Wettbewerbsfähigkeit und Nachhal-

tigkeit miteinander zu verbinden und in Einklang zu bringen. Dass mehr Nachhaltigkeit bei gleichzeitigem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein schwieriger Spagat sein kann, zeigt der weitgehend gescheiterte Versuch der Borchert-Kommission, Tierwohl und Wettbewerbsfähigkeit zu vereinen.

Überschattet werden die Nachhaltigkeitsbestrebungen zurzeit durch die aufkommenden politischen Forderungen nach mehr Autarkie, um unabhängiger von Agrarimporten (unter anderem aus der Schwarzmeerregion) zu werden oder sich von störungsanfälligen internationalen Lieferketten zu emanzipieren. In der Konsequenz gilt es, die Produktion zu steigern, um die Folgen des Ukraine-Krieges für die eigene Bevölkerung und die Menschen in importabhängigen Entwicklungsländern abzumildern. Auf der anderen Seite mahnen Kritiker, dass man Biodiversität nicht einfach ab- und wieder anschalten kann und dass vor diesem Hintergrund die Balance zwischen den Zielen Versorgungssicherheit einerseits und Umwelt andererseits nicht ins Ungleichgewicht geraten darf. Es zeichnet sich jedoch deutlich ab, dass sich eine neue Balance in der Ausrichtung des Agrarsektors und des gesamten Ernährungssystems einstellen wird, die neue Herausforderungen für Landwirte, Konsumenten und Akteure entlang der Wertschöpfungsketten mit sich bringen wird. Wie der Transformationsprozess zu einem neuen Gleichgewicht verlaufen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Genauso unklar ist, wo sich überhaupt ein neues Gleichgewicht zwischen den verschiedenen alten und neuen gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft und das Ernährungssystem einstellen wird.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der vorliegenden Studie, die Präferenzen der Hauptbeteiligten, also von Landwirten, Bürgern und ausgewählten Akteuren der Wertschöpfungskette, für die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems zu beleuchten. Konkret geht es um die Frage, wie sich Landwirte die Neuorientierung des Sektors vorstellen und welche Wünsche Bürger haben, die ansonsten mit Landwirtschaft wenig zu tun haben. Wie stellen sich Vertreter des Handels und der verarbeitenden Industrie die Zukunft des Sektors vor? Wo liegt das neue Gleichgewicht zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Anforderungen, und gibt es ein solches Gleichgewicht überhaupt? Wo gibt es Gemeinsamkeiten und wo liegen die Unterschiede in den Vorstellungen und Wünschen der Beteiligten? Dass Landwirte und Bürger mit der gegenwärtigen Ausrichtung nicht zufrieden sind, offenbart sich immer wieder in deutlich akzentuierter Kritik: Landwirte bemängeln die Einschränkung der unternehmerischen Freiheit durch eine zunehmende Regelungsdichte und Kontrollintensität. Sie kritisieren die zunehmende Komplexität der GAP und die überbordende Bürokratie. Bürger verurteilen zahlreiche Facetten der modernen Landwirtschaft, insbesondere der Tierhaltung, für deren Entstehung sie unter anderem die Globalisierung der Wertschöpfungsketten und den in ihren Augen übermäßigen Fleischkonsum mitverantwortlich machen. Einige dieser Argumente haben mit der neuen weltpolitischen Lage an Gewicht gewonnen. Bisher gibt es keine Studien, die die Wünsche und Vorstellungen der Hauptakteure landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten für die Transformation des Sektors unter den neuen weltpolitischen Verhältnissen systematisch untersucht haben. Insofern ist es das Ziel des Gutachtens, einen Beitrag zu einer versachlichten Diskussion um die neuen Herausforderungen und deren mögliche Lösungen zu leisten.

Transformierte Landwirtschaft im weltweiten Wettbewerb

2: DATEN UND METHODEN

Zur Ermittlung der Wünsche und Vorstellungen von Landwirten, Konsumenten und den verschiedenen Akteuren entlang der Wertschöpfungsketten für die zukünftige Ausrichtung des Agrarsektors und des gesamten Ernährungssystems, wurden zwei Befragungen durchgeführt:

- Eine online-basierte und persönliche Betriebsleiter- und Bürgerbefragung auf der Messe Eurotier im November 2022 (n = 209)
- Eine Stakeholder-Analyse (n = 17)

Bei der ersten Befragung, welche im November 2022 durchgeführt wurde, kam das Format der Q-Methode zur Anwendung, wohingegen die Stakeholder-Analyse aus mehreren persönlichen Tiefeninterviews mit ausgewählten Vertretern von Unternehmen und Organisationen entlang der Wertschöpfungskette bestand. Beide Befragungsmethoden werden in den nachfolgenden Abschnitten näher beschrieben.

2.1 Die Q-Methode

Sowohl die Bürgerbefragung als auch die Betriebsleiterbefragung auf der Eurotier 2022 basierten auf der identischen Anwendung der Q-Methode. Bei der Q-Methode handelt es sich um einen Forschungsansatz, der es ermöglichen soll, die Subjektivität des menschlichen Denkens messbar zu machen (Müller und Kals 2004). Folglich bildet sie die Schnittstelle von qualitativen und quantitativen Methoden und erlaubt im Kontext von bestimmten Sachverhalten eine systematische Erfassung von Meinungsbildern, subjektiven Einstellungen und Wertestrukturen (vgl. Brown 1976; McKeown und Thomas 2013). Im Jahr 1935 wurde die Q-Methode, wie wir sie heute

kennen, erstmals von dem Psychologen und Physiker William Stephenson erwähnt (Stephenson 1935). Seitdem hat eine stetige Weiterentwicklung der Q-Methode stattgefunden, sodass sich die heutige Anwendung nicht mehr ausschließlich auf sozialwissenschaftliche Forschungsbereiche beschränkt, sondern eine Vielzahl weiterer Bereiche umfasst. So zeigen beispielsweise psychometrische Tests von Block (1978) und Göttert und Asendorpf (1989) oder Messungen individueller Einstellungsänderungen von Rogers und Dymond (1954) sowie Steller und Meurer (1974), dass die Q-Methode Einzug in die Bildungsforschung, Medizin- und Marktforschung gehalten hat. Auch im agrar- und umweltökonomischen Bereich ist eine zunehmende Verbreitung der Methodik zu beobachten, wie Untersuchungen von Davies und Hodge (2012), Howard et al. (2016), Shilin et al. (2000) und Kato und Schoenberg (2014) verdeutlichen.

Das zentrale Ziel von Q-Untersuchungen ist es, typische subjektive Strukturen zu ergründen, indem die Probanden Sachverhalte entsprechend ihrer persönlichen Meinung bewerten (Brown 1976; McKeown und Thomas 2013). Hierfür kommt ein spezifisches Erhebungsverfahren – die sogenannte Q-sort Technik – zum Einsatz, im Rahmen derer vorgegebene Statements (Aussagen) entsprechend der individuellen Sichtweise in Relation zueinander gesetzt und systematisch sortiert werden (vgl. Wolf 1988; Grosswiler 1990). Die Sortierung gleicht einem Rangordnungsverfahren (Brown 1976). Die Auswahl der Statements (Q-Sample) erfolgt im Vorfeld der Untersuchung und bildet die Grundlage der Q-Methode (Brown 1993; Minsel und Heinz 1983). In der Literatur werden grundsätzlich drei Arten von Q-samples beschrieben: „naturalistic Q-samples“, „ready-made Q-samples“ und „standardized Q-samples“. Unter „naturalistic Q-samples“

versteht man eine Auswahl von Statements, die aus dem Alltagskontext der Befragten, wie zum Beispiel aus Interviews, Leserkomentaren oder politischen Diskussionen gewonnen werden (McKeown und Thomas 2013; Brown 1993, 1986). „Ready-made Q-samples“ stammen hingegen nicht aus dem Kommunikationskontext der Befragten, sondern aus empirischen Studien. Davon zu unterscheiden sind schließlich noch „standardized Q-samples“, welche beispielsweise in der Differentialpsychologie Anwendung finden und unter anderem auf standardisierten Persönlichkeitstests basieren (vgl. Block 1978; Frohburg 1973). Laut Stephenson (1935) ist es weiterhin wichtig, dass das Q-Sample in Abhängigkeit vom Befragungsziel möglichst alle Themen bzw. Spannungsfelder aufgreift. Dies ermöglicht es den Befragten, ihre tatsächliche Meinung möglichst genau abzubilden (Watts und Stenner 2005). Infolgedessen sollte ein Thema nicht überproportional oft innerhalb der Statement-Sammlung vertreten sein, weshalb bei der Erstellung des Q-Samples ein ausgeglichenes Design angestrebt werden sollte (Coogan und Herrington 2011). An die abgeschlossene Auswahl der Statements und die Sortierung durch die Probanden schließt sich die statistische Auswertung an, welche im Kern Befragungsteilnehmer mit Hilfe einer Faktorenanalyse gruppiert (Müller und Kals 2004).

Der theoretischen Grundlage folgend beinhaltet der erste Schritt der vorliegenden Q-Studie eine umfangreiche Mediendiskursanalyse. Hierbei galt es, typische (wiederkehrende) Aussagen zur Transformation der Landwirtschaft und des Ernährungssystems aus unterschiedlichen politischen Lagern und Interessengruppen zusammenzustellen und nach Themenfeldern zu ordnen. Speziell für diese Studie wurde eine Kombination aus „naturalistic Q-samples“ und „ready-made Q-samples“ gewählt, sodass neben empirischen Studien unter anderem politische Positionspapiere von Lobbygruppen (Bauernverband, Verbraucherschutzorganisationen, Umwelt-NGOs, Tierrechts- und Tierschutzorganisationen, etc.) für die Erstellung des Q-samples herangezogen wurden. Um eine balancierte Auswahl an Aussagen zu gewährleisten, konnten mehrere Themenfelder identifiziert werden, welche den Transformationsprozess der Landwirtschaft und des

Ernährungssystems in Form der folgenden Zielkonflikte widerspiegeln:

- Autarkie vs. Versorgungssicherheit
- Versorgungssicherheit vs. Ökologie/Ökolandbau
- Tierwohl vs. bezahlbare Lebensmittel
- Warenterminmärkte vs. bezahlbare Lebensmittel
- Finanzielles Wohlergehen der Landwirtschaft vs. bezahlbare Lebensmittel
- Versorgungssicherheit vs. Wettbewerbsfähigkeit
- Teller vs. Tank
- Regionale Lebensmittel vs. bezahlbare Lebensmittel
- Ökologie vs. Wahlfreiheit der Konsumenten
- Weltpolitik vs. Versorgungssicherheit

Für jeden Zielkonflikt wurden mindestens drei Aussagen bestimmt, die den beiden Befragungsgruppen in einem Set von insgesamt 37 Karten übergeben wurden. Entsprechend der Q-Sort Technik bestand die Aufgabe der Probanden darin, die Aussagen zunächst in drei Stapel nach negativer, neutraler und positiver Bewertung zu sortieren, um anschließend die gleichen Statements auf einem Ordnungsschema mit Skala (Grid) von „Widerspricht meiner Meinung (-4)“ bis hin zu „Entspricht meiner Meinung (+4)“ zu rangieren (siehe Abbildung 1). Das gewählte Ordnungsschema entspricht einem „forced Q-Sort“, da Befragungsteilnehmer, im Gegensatz zu einer offenen Verteilung („unforced Q-sort“), alle vorgegebenen Felder mit Statements belegen müssen. Dadurch ergibt sich ein Entscheidungsprozess, durch den sich die individuellen Überzeugungshierarchien manifestieren (Brown 1993; Müller und Kals 2004). Der Sortiervorgang kann beliebig oft wiederholt werden, bis sich eine finale subjektive Q-Sortierung ergibt, die für jeden Probanden in die Auswertung und damit in die Datenbasis eingeht (Coogan und Herrington 2011).

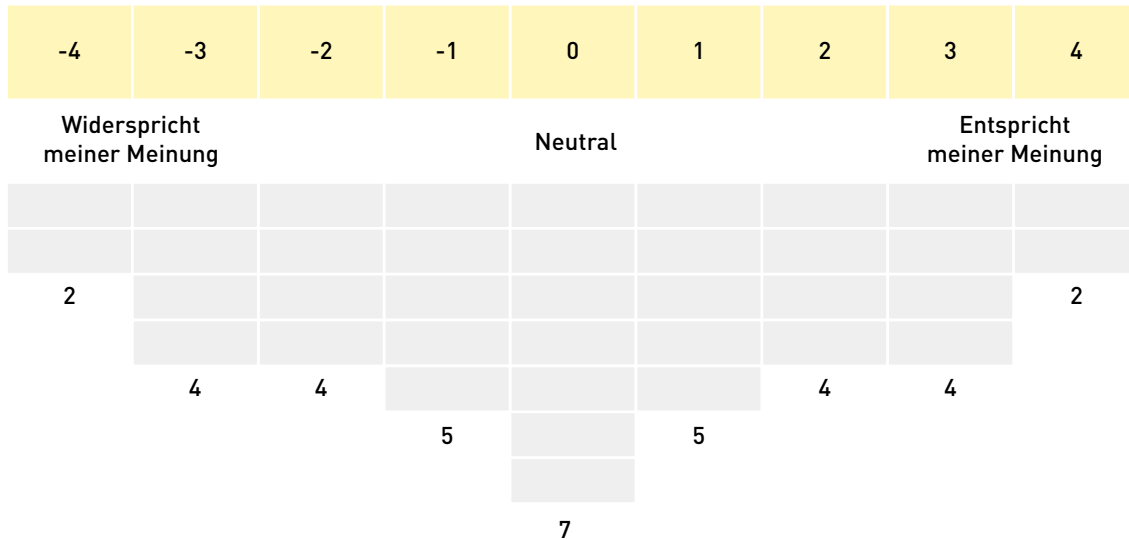


Abbildung 1: Q-Grid für 37 Statements

Quelle: eigene Darstellung

Die Datenbasis entspricht einer Korrelationsmatrix ($n \times n$), welche in der statistischen Auswertung mittels Faktorenanalyse verwendet wird. Der Unterschied zu herkömmlichen Faktorenanalysen besteht bei der Q-Methode darin, dass nicht die Korrelationen zwischen Variablen von Bedeutung sind, sondern Korrelationen zwischen den subjektiven Einstellungen der Probanden (Watts und Stenner 2005). Dies ermöglicht es, unter Verwendung des Zentroid-Verfahrens nach Watts und Stenner (2005), Gruppen von Probanden zu identifizieren, deren Q-Sortierungen stark miteinander korrelieren. Jede gemeinsame Wertvorstellung wird dabei durch einen Faktor repräsentiert. Zur Bestimmung der Faktoranzahl wurde das Kaiser-Guttman-Kriterium angewandt, welches einen Eigenwert >1 verlangt und nur Faktoren berücksichtigt, auf die mindestens zwei Q-Sortierungen signifikant laden (Brown 1986). Der kritische Wert der Faktorladung wurde schließlich unter Einbeziehung der Brown-Regel berechnet.

2.2 Qualitative Stakeholder-Befragung

Die Stakeholder-Befragung griff inhaltlich dieselben Themenfelder wie die Betriebsleiter- und Bürgerbefragung auf, allerdings wurden in diesem Zusammenhang Tiefeninterviews durchgeführt. Im Vergleich zur Q-Methode werden dabei die Befragungsteilnehmer nicht in einen Entscheidungs- und Abwägungsprozess versetzt, sondern können in Bezug auf eine konkrete Fragestellung frei ihre persönliche Meinung und Einstellung äußern und begründen. Die Tiefeninterviews bilden die Grundlage der qualitativen Inhaltsanalyse, welche Kommunikation zum Gegenstand hat (Mayring 2010). In dem vorliegenden Projekt stellt sich die genannte Kommunikation als Transkript der gesprochenen Interviews dar. Die qualitative Inhaltsanalyse erfolgt systematisch bzw. regel- und theoriegeleitet, wodurch die Transparenz sichergestellt wird. Das Resultat ist eine kategoriengeleitete Vorgehensweise, die das Ableiten von Schlussfolgerungen zum Ziel hat.

Die Besonderheit der qualitativen Inhaltsanalyse liegt weiterhin in der Bedeutung, die dem Textverstehen und der Textinterpretation beigemessen wird. Hierbei gilt es, die Textsegmente zu paraphrasieren, zu generalisieren und zu reduzieren, um sie anschließend den Codes innerhalb bestimmter Kategorien (Themenbereiche) zuzuweisen. Das so-

genannte „Codieren“ erfolgt dabei manuell anhand der Interpretation, Klassifikation oder Bewertung durch die codierende Person (Kuckartz 2018). Es wird der Frage nachgegangen: „Was steht in den Texten?“ (Früh 2017, S. 67). Dies steht im Kontrast zur quantitativen oder integrativen Inhaltsanalyse, welche nach verschiedenen Merkmalen in bestimmten Textmengen sucht und damit beispielsweise den Umfang und die Verteilung der Merkmale in den Vordergrund stellt (Früh 2017). Die quantitativen Ausprägungen der Kategorien und Codes (Textbestandteile) werden in diesem Bericht nur teilweise angeführt, da die Interpretation dieser immer abhängig vom Kontext ist.

Das inhaltsanalytische Vorgehen setzt zudem die Bewertung der Analyseergebnisse anhand von grundlegenden Gütekriterien voraus: Objektivität, Reliabilität und Validität. Objektivität liegt vor, wenn die Codierung so erfolgt, dass die Analyse von mehreren Auswertern unabhängig durchgeführt werden kann, ohne dass sich die Ergebnisse signifikant verändern. Da die Zuordnung der Textsegmente zu den inhaltsanalytischen Kategorien ein Interpretationsvorgang bleibt, ist dieses Gütekriterium nicht in vollem Umfang realisierbar (Mayring 2010). Die Reliabilität beschreibt die Wiederholbarkeit und damit die Stabilität der gemessenen Merkmale im Zeitablauf. In der vorliegenden Untersuchung kann davon ausgegangen werden, dass sich die Merkmale vorerst nicht verändern. Ausnahmen könnten sich

allerdings durch rechtliche und politische Entwicklungen ergeben. Als abschließendes Gütekriterium lässt sich die Validität anführen, welche sich auf die Genauigkeit bezieht, mit der von den erhobenen Daten auf das Merkmal geschlossen werden kann (Mayring 2010). Das bedeutet zum einen, dass das Erhebungsinstrument konsistent ist, also dass beispielweise die Erfassung des Kenntnisstandes bei allen Befragten zu einem eindeutigen Ergebnis kommt, das auch wiederholbar ist. Zum anderen erfordert das Validitätskriterium, dass sich der Kenntnisstand mit den ausgewählten Codes überhaupt messen lässt.

2.2.1 Auswahl der Befragten und Durchführung der Befragung

Die Analyse besteht aus leitfadengestützten Tiefeninterviews mit 17 ausgewählten Vertretern von Unternehmen, Organisationen und Verbänden entlang der unterschiedlichen landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten mit dem Ziel, die Vorstellungen zur zukünftigen Ausrichtung des Agrar- und Ernährungssystems zu beleuchten. Eine Übersicht der Probanden findet sich in Tabelle 1. Die Befragung wurde im Zeitraum von Januar bis März 2023 durchgeführt. Für die Befragungsart wurden Onlineinterviews gewählt, um den Aufwand für die Befragten gering zu halten und die Terminvereinbarung flexibel gestalten zu können.



Position	Geschlecht		Hochschulausbildung		Landwirtschaftlicher Hintergrund	
	Weiblich	Männlich	Ja	Nein	Vorhanden	Nicht vorhanden
Werkstudent und Ehrenamt bei „Die Grünen“		x	x			x
Geschäftsführender Vorstand Stiftung Naturschutz		x	x			x
Mitarbeiter Genossenschaftsverband – Verband der Regionen		x	x			x
Mitarbeiterin Landwirtschaftskammer	x		x		x	
Mitarbeiter INGUS		x	x		x	
Mitarbeiter BAT		x	x		x	
Landwirt		x		x	x	
Landwirtschaftlicher Betriebsleiter		x	x		x	
Geschäftsleitung Wiesenhof		x	x		x	
Sprecherin für Landwirtschaft bei BUND	x		x		x	
Mitarbeiter Landwirtschaftskammer		x	x		x	
Head of Corporate Strategy bei DMK		x	x		x	
Fachreferentin bei PETA	x		x			x
Mitarbeiter Landwirtschaftsministerium		x	x			x
Generalsekretär Bauernverband Schleswig-Holstein		x	x		x	
Sachverständiger Betriebsberatung		x			x	
Dozent, Unternehmensberater		x			x	

Tabelle 1: Übersicht der befragten Personen

Quelle: eigene Darstellung

2.2.2 Inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse

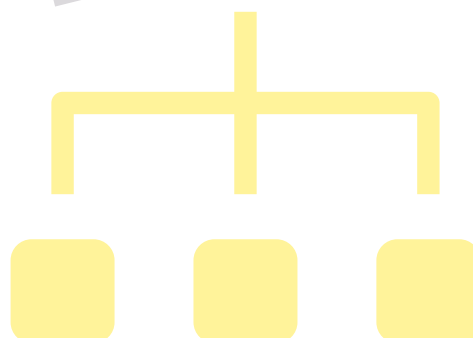
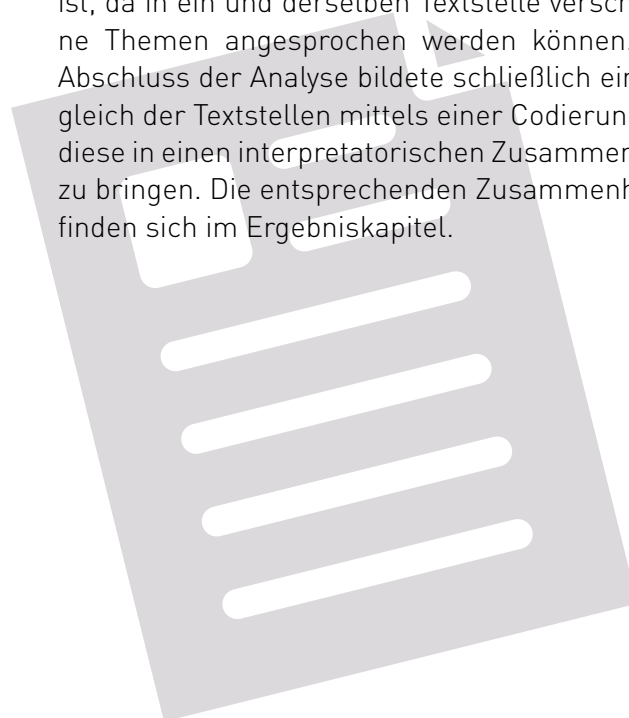
Das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse besteht im Kern aus den folgenden sechs Arbeitsschritten (Mayring 2010; Kuckartz 2010). Die einzelnen Arbeitsschritte ergeben sich unmittelbar aus dem oben beschriebenen methodischen Vorgehen:

- Sichten des vorhandenen Materials und Wissens zur Erstellung des Leitfadens (Literatur und Expertenworkshop)
- Erstellen des Leitfadens und des Kategoriensystems (theorie- und praxisgeleitet)
- Durchführung der Interviews und Transkription
- Initiierende Textarbeit (Exploration)
- Strukturierung und Codierung (eventuelle Anpassung)
- Vergleichende Analyse der Codes

Die Durchführung der Tiefeninterviews erfordert im Vorfeld die Erstellung eines Leitfadens (siehe Anhang 1), der in seiner Handhabung eine Art „roten Faden“ bildet und gleichzeitig genügend Gesprächsfreiraum für die Befragten bietet. Dieses Spektrum ist wichtig, um einerseits Reichweite und Tiefe des Themas abzudecken und andererseits die inhaltliche Vergleichbarkeit sicherzustellen. Der Leitfaden für die im Rahmen des Projekts durchgeführten Interviews wurde auf der Grundlage des Q-Experiments und der darin verwendeten Zielkonflikte erstellt.

Das Kategoriensystem bildet ein zentrales Element der qualitativen Inhaltsanalyse, da es die Aspekte der Auswertung operationalisiert. In diesem Sinne dient es nach der Materialsichtung dem Codierungsprozess und damit der systematischen Anordnung des Textmaterials. Des Weiteren müssen die Kategorien genau beschrieben sein und durch Subkategorien (Codes) inhaltlich abgegrenzt werden. Die Kategorien sowie die Codes, denen Textfragmente zugeordnet wurden, sind im Ergebniskapitel tabellarisch angeführt.

Die Auswertung des Datenmaterials erfolgte in zuvor festgelegten Schritten. Zunächst wurden die Audiodateien händisch transkribiert und damit verschriftlicht. Notwendige sprachliche Korrekturen wurden im Textmaterial vorgenommen. Die qualitative Inhaltsanalyse erfolgte anschließend durch Unterstützung der eigens dafür entwickelten Software MAXQDA. Hierbei galt es, das gesamte Textmaterial zu codieren und parallel immer wieder zu überprüfen, ob die inhaltliche Beschreibung der Codes ausreicht oder ob Anpassungen vorgenommen werden müssen. Die Kategorien ordnen sich naturgemäß dem Interviewleitfaden nach. Bei den Codes ist zu beachten, dass zutreffende Textfragmente auch aus anderen Textstellen einem Code zugeordnet werden können. Dies führt dazu, dass die Codierung einer Textstelle mit mehreren Kategorien möglich ist, da in ein und derselben Textstelle verschiedene Themen angesprochen werden können. Den Abschluss der Analyse bildete schließlich ein Vergleich der Textstellen mittels einer Codierung, um diese in einen interpretatorischen Zusammenhang zu bringen. Die entsprechenden Zusammenhänge finden sich im Ergebniskapitel.

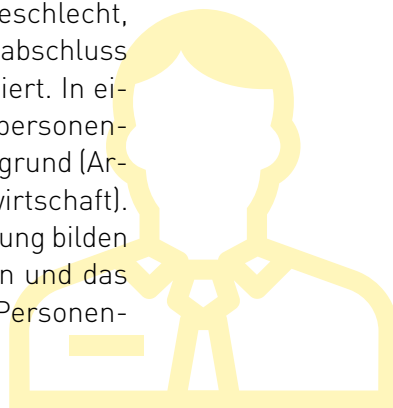


3: ERGEBNISSE

3.1 Q-Experiment

3.1.1 Stichprobenbeschreibung

In dieser Studie wurden zwei Personengruppen befragt: Landwirte sowie Bürger ohne landwirtschaftlichen Hintergrund. Die Gruppenzuteilung erfolgte auf Grundlage der angegebenen Berufe. Im Rahmen der Stichprobenbeschreibungen werden die entsprechenden Personengruppen zunächst anhand der sozioökonomischen Faktoren (Alter, Geschlecht, Familienstand, Kinder, höchster Bildungsabschluss und politische Orientierung) charakterisiert. In einem weiteren Unterkapitel stehen die personengruppenspezifischen Variablen im Vordergrund (Arbeitsbereich in und außerhalb der Landwirtschaft). Den Abschluss der Stichprobenbeschreibung bilden schließlich die Ernährungsgewohnheiten und das Konsumverhalten der beiden befragten Personengruppen.



3.1.1.1 Sozioökonomische Faktoren

Die Stichprobe der Landwirte umfasst 97 Probanden, welche einen Altersdurchschnitt von 30,4 Jahren aufweisen. Die zweite Stichprobe, welche aus Bürgern ohne landwirtschaftlichen Hintergrund besteht, umfasst 79 Probanden mit einem durchschnittlichen Alter von 38,5 Jahren.

Merkmal	Ausprägung	Landwirte (n = 97)	Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund (n = 79)
Alter		30,4 Jahre	38,5 Jahre
Geschlecht			
	Weiblich		
	Männlich		
	Divers		
Familienstand			
	Ledig	74,2 %	62 %
	Verheiratet	22,7 %	34,2 %
	Geschieden	3,1 %	2,5 %
	Keine Angabe	0 %	1,3 %

Tabelle 2: Zusammenfassung der sozioökonomischen Faktoren (Teil 1/2)

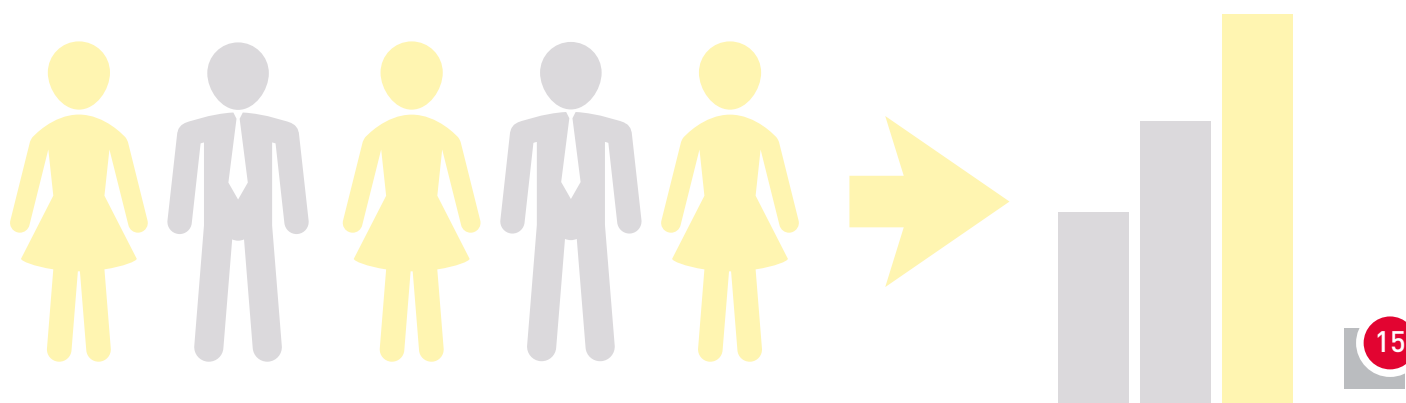
Merkmal	Ausprägung	Landwirte (n = 97)	Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund (n = 79)
Kinder	Ja	27,8%	29,1%
	Nein	72,2%	70,9%
Höchster Bildungsabschluss	Unterer Schulabschluss/Abitur	28,9%	21,5%
	Berufsschule	19,6%	12,7%
	Meisterschule	16,5%	2,5%
	Bachelor	18,6%	20,3%
	Master	11,3%	25,3%
	Doktor	5,2%	17,7%

Tabelle 2: Zusammenfassung der sozioökonomischen Faktoren (Teil 2/2)

Quelle: eigene Darstellung

Wie in Tabelle 2 abgebildet ist, identifizieren sich von den 97 Landwirten 35% als weiblich, 63% als männlich und 2% als divers. Von den befragten Konsumenten identifizieren sich ca. 53% als weiblich, 44% als männlich und 3% als divers. Infolgedessen überwiegt in der Stichprobe der Landwirte der Männeranteil, wohingegen bei den Bürgern ohne landwirtschaftlichen Hintergrund der Frauenanteil dominiert. Bezüglich des Familienstands waren 74,2% der befragten Landwirte ledig, 22,7% verheiratet und 3,1% geschieden. Bei den befragten Personen ohne landwirtschaftlichen Hintergrund sind 62% ledig, 34,2% verheiratet, 2,5% geschieden und 1,3% verwitwet. Neben dem Familienstand wurde

auch nach Kindern in der Familie gefragt. In beiden Gruppen fällt das Ergebnis ähnlich aus. 27,8% der Landwirte gaben an, Kinder zu haben. Bei den Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund gaben 29,1% an, Kinder zu haben. Tabelle 2 zeigt auch das Ergebnis der Frage nach dem höchsten Bildungsabschluss der Probanden. Demnach verfügen die befragten Landwirte im Vergleich zu den Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund weniger häufig über einen Master-Abschluss oder Dokortitel, aber häufiger über einen Meistertitel. Der Anteil der Befragten mit einem Bachelorabschluss ist in beiden Stichproben ähnlich groß.



Partei	Landwirte (n = 97)	Konsumenten ohne landw. Hintergrund (n = 79)
Keine Partei	22,9 %	19 %
Bündnis 90/Die Grünen	6,3 %	32,9 %
SPD	4,2 %	11,4 %
CDU/CSU	38,5 %	17,7 %
FDP	11,5 %	10,1 %
Die Linke	1 %	2,5 %
AfD	3,1 %	1,4 %
Sonstige	12,5 %	5,1 %

Tabelle 3: Wahlverhalten der befragten Probanden

Quelle: eigene Darstellung

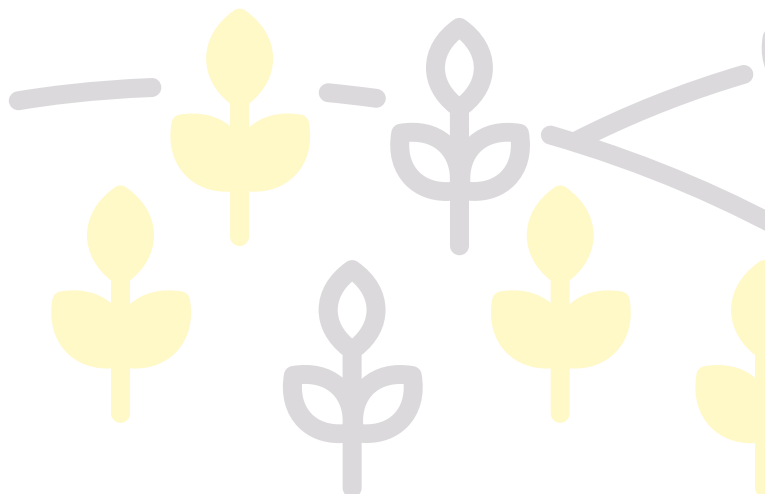
Tabelle 3 zeigt die politische Orientierung der Befragten. Hierbei fällt auf, dass der größte Anteil der Landwirte (knapp 40 %) sich der CDU/CSU am nächsten sieht, wohingegen die Grünen den größten Anteil der Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund (ca. 33 %) auf sich vereinen können. Die Linke und die AfD werden in beiden Stichproben nur zu sehr geringen Anteilen präferiert. Insgesamt sehen sich des Weiteren jeweils etwa 20 % der Probanden keiner Partei am nächsten bzw. nehmen nicht an politischen Wahlen teil.

3.1.1.2 Personengruppenspezifischen Variablen

Als personengruppenspezifische Variablen wurde bei den Landwirten die betriebliche Ausrichtung und bei den Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund die Branchenzugehörigkeit abgefragt. Bezüglich der Wirtschaftsweise gaben 86 % der Landwirte an, ihre Betriebe konventionell zu bewirtschaften; 14 % wirtschaften nach den Vorgaben der ökologischen Landwirtschaft.

In Abbildung 2 sind weiterhin die vorhandenen Betriebszweige aufgeführt. Die am häufigsten vertretenen Betriebszweige sind mit 73,9 % Ackerbau und mit 62,6 % Rinderhaltung. Alle weiteren Betriebszweige sind bei 10 bis 20 % der Befragungsteilnehmer vorhanden.

In der Stichprobe der Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund wurde das Tätigkeitsfeld bzw. die Branche abgefragt, dessen Ergebnis in Abbildung 3 visualisiert ist. Aus der Abbildung geht hervor, dass die Befragten überwiegend in der Wissenschaft (ca. 23 %) tätig sind.



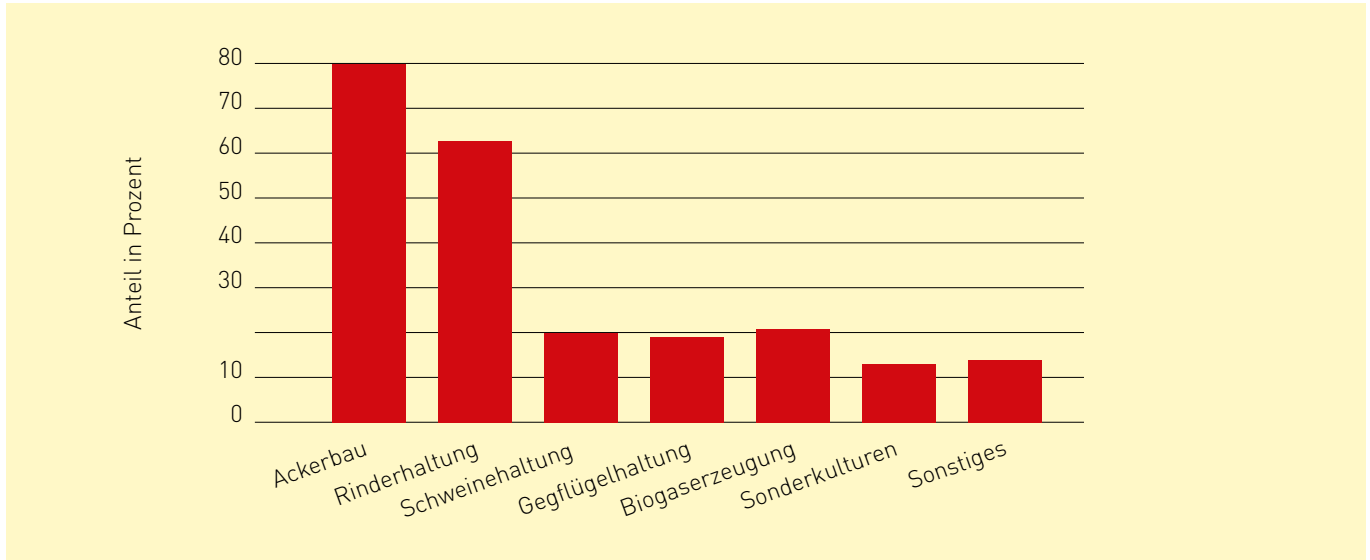


Abbildung 2: Betriebszweige der landwirtschaftlichen Betriebe

Quelle: eigene Darstellung

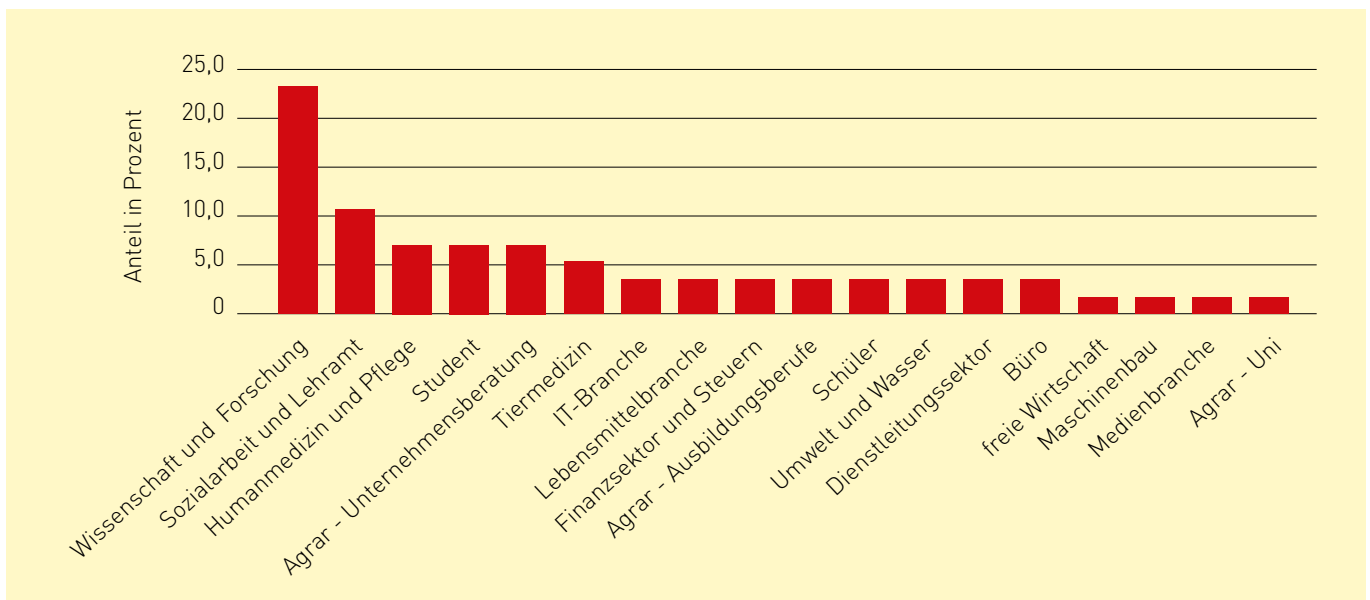
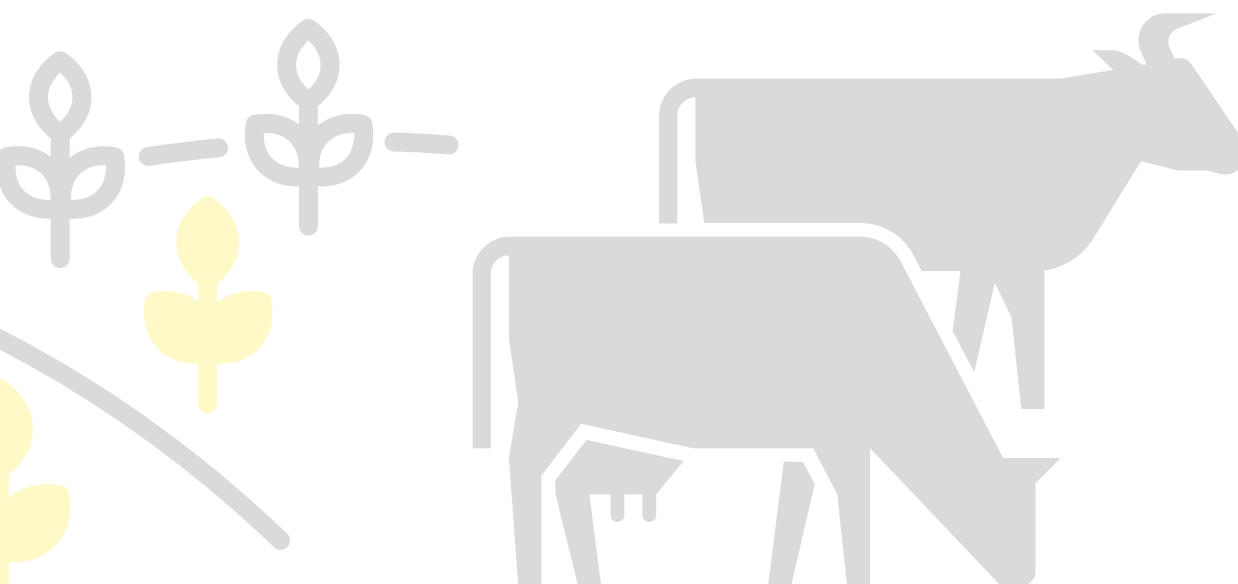


Abbildung 3: Branchenzugehörigkeit der Befragten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund

Quelle: eigene Darstellung



3.1.1.3 Ernährungsgewohnheiten und Konsumverhalten

Im letzten Unterkapitel der Stichprobenbeschreibung wird auf Ernährungsgewohnheiten und Konsumverhalten eingegangen. In Abbildung 4 ist in diesem Zusammenhang die Einkaufsstättenwahl dargestellt. Der Abbildung ist zu entnehmen, dass sowohl drei Viertel der Landwirte als auch 67% der Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund Supermärkte bei der Einkaufsstättenwahl bevorzugen.

Daran anschließend wurde nach dem Konsumverhalten und insbesondere nach der Vorliebe für biologisch und regional produzierte Lebensmittel gefragt. Das entsprechende Ergebnis ist der Abbildung 5 zu entnehmen, die verdeutlicht, dass in beiden Stichproben regionale Lebensmittel einen höheren Stellenwert im Vergleich zu biologisch produzierten Lebensmitteln haben. Zudem legen die Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund einen höheren Wert auf biologisch produzierte Lebensmittel als die Stichprobe der Landwirte. Diese haben dafür wesentlich häufiger keine besonderen Vorlieben.

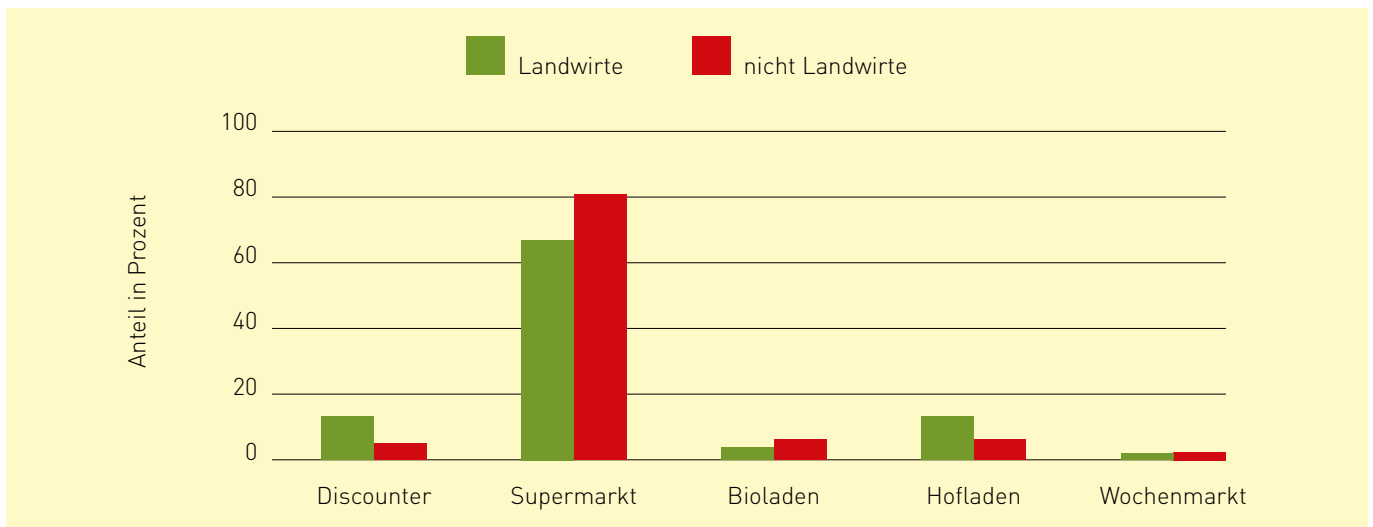


Abbildung 4: Einkaufsstättenwahl beider Stichproben

Quelle: eigene Darstellung

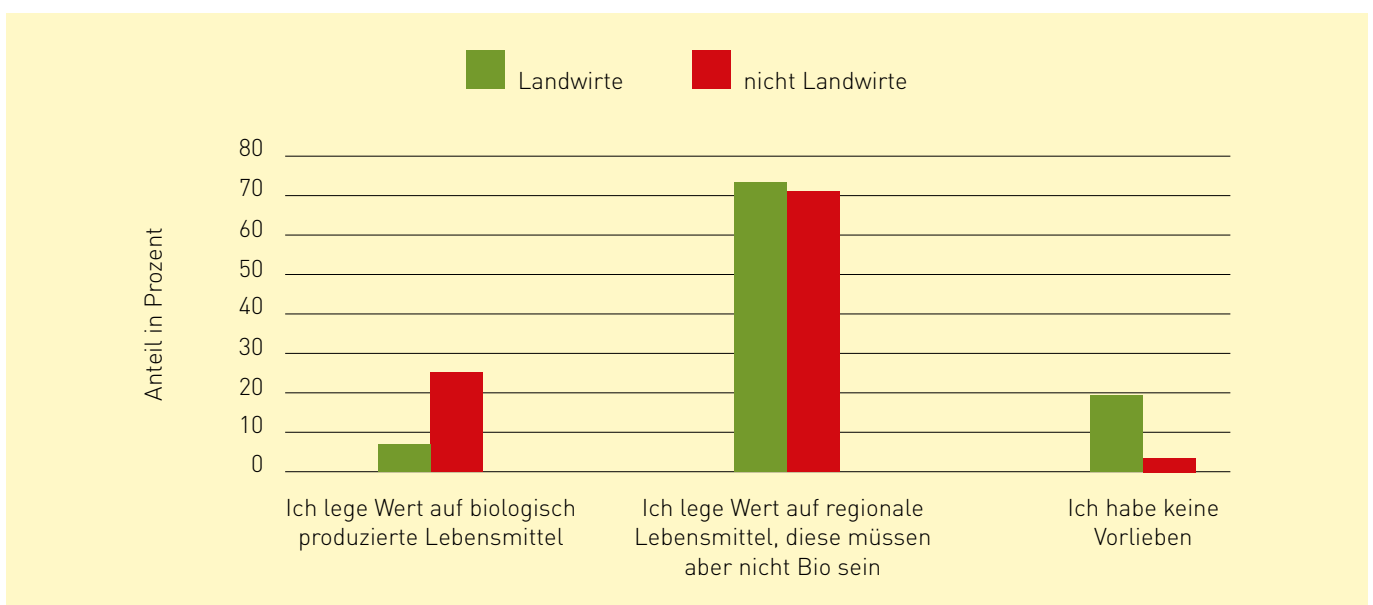


Abbildung 5: Konsumverhalten beider Stichproben Abbildung

Quelle: eigene Darstellung

Die Ernährungsweise schließt sich an das Konsumverhalten an und ist in Abbildung 6 dargestellt. Es ist deutlich zu sehen, dass beide Stichproben (96 % der Landwirte und 81 % der Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund) Fleisch konsumieren und nur ein Bruchteil der Befragten auf Fleisch verzichten. Eine vegane Ernährungsweise findet sich zudem nur bei den Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund.

Um neben der aktuellen Ernährungsweise die potenzielle und zukünftige Ernährungsweise abzubil-

den, wurde in einem weiteren Schritt die Verzichtsbereitschaft zum Schutz von Tier, Klima und Umwelt erfasst (siehe Abbildung 7). Während sich die Probanden ohne landwirtschaftlichen Hintergrund eher den Verzicht auf Lebensmittel tierischen Ursprungs vorstellen können und nur 47 % den Fleischkonsum beibehalten wollen, weist die Gruppe der Landwirte eine deutlich geringere Verzichtsbereitschaft auf. Lediglich 16 % der Landwirte können sich den Verzicht auf Produkte tierischen Ursprungs für die Zukunft vorstellen.

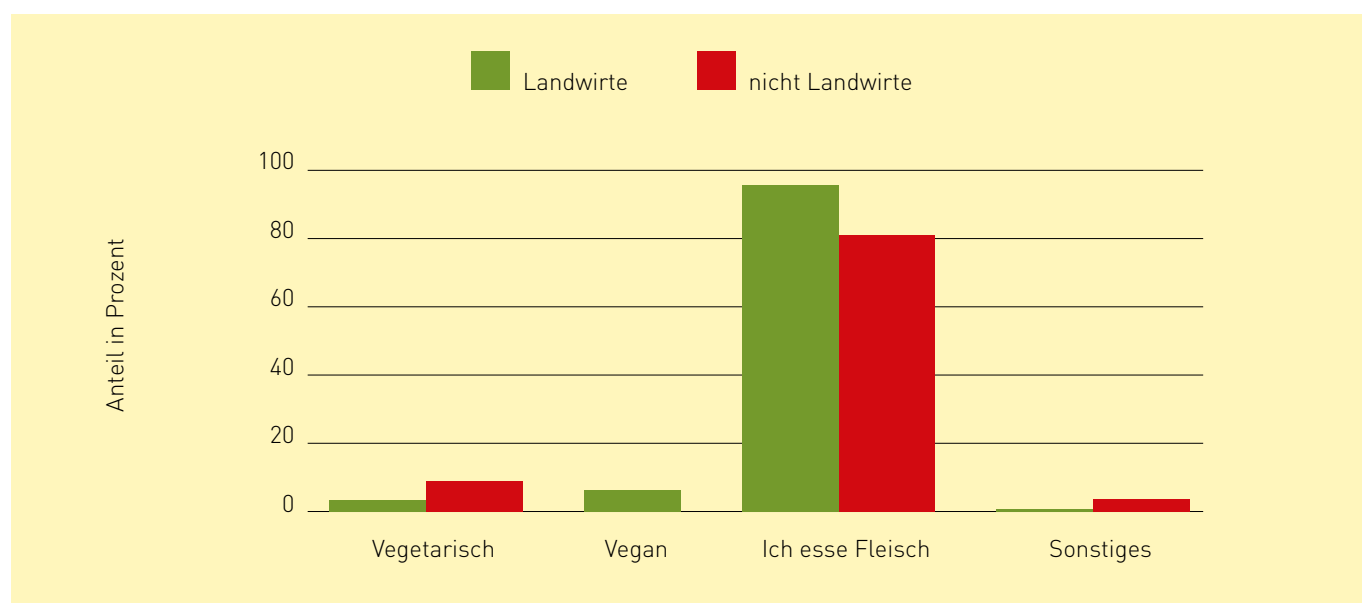


Abbildung 6: Ernährungsweise beider Stichproben

Quelle: eigene Darstellung



Würden Sie zum Schutz von Tier, Klima und Umwelt auf Erzeugnisse tierischen Ursprungs (vegetarisch/vegan) verzichten?

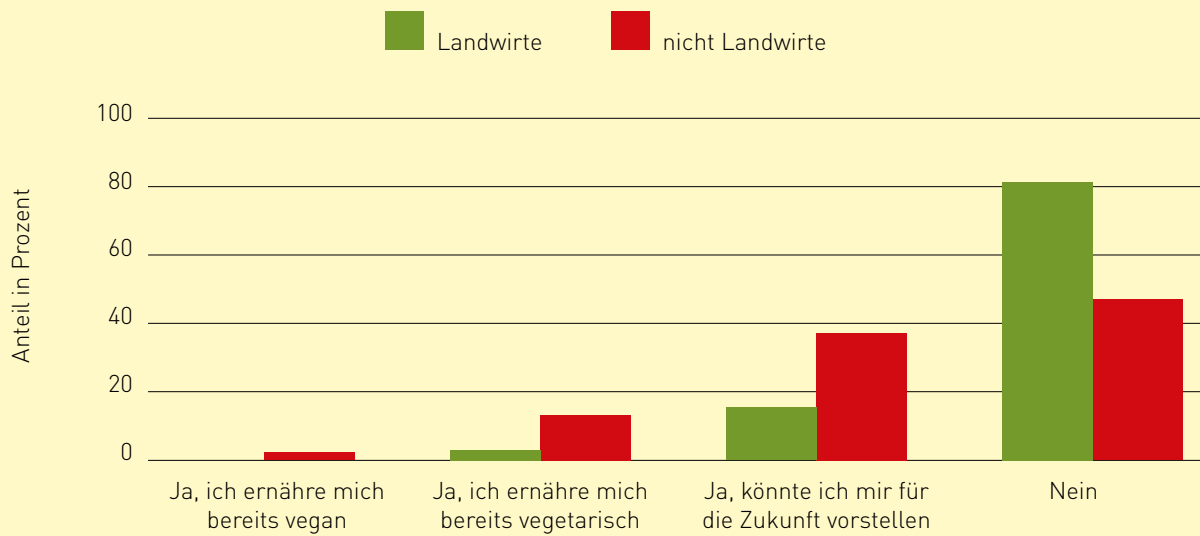


Abbildung 7: Verzichtsbereitschaft auf Produkte tierischen Ursprungs beider Stichproben

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 8 stellt die Bereitschaft der Probanden dar, zum Schutz von Tier, Klima und Umwelt ihren Fleischkonsum künftig zumindest zu halbieren. Der halbierte Fleischkonsum ist für die Hälfte der Landwirte denkbar, wobei die Probanden ohne land-

wirtschaftlichen Hintergrund sich sogar in 91 % der Fälle zu einer Halbierung bereit zeigten.

Eine Halbierung meines Fleischkonsums zugunsten des Klimaschutzes und der Welternährung wäre für mich problemlos möglich.

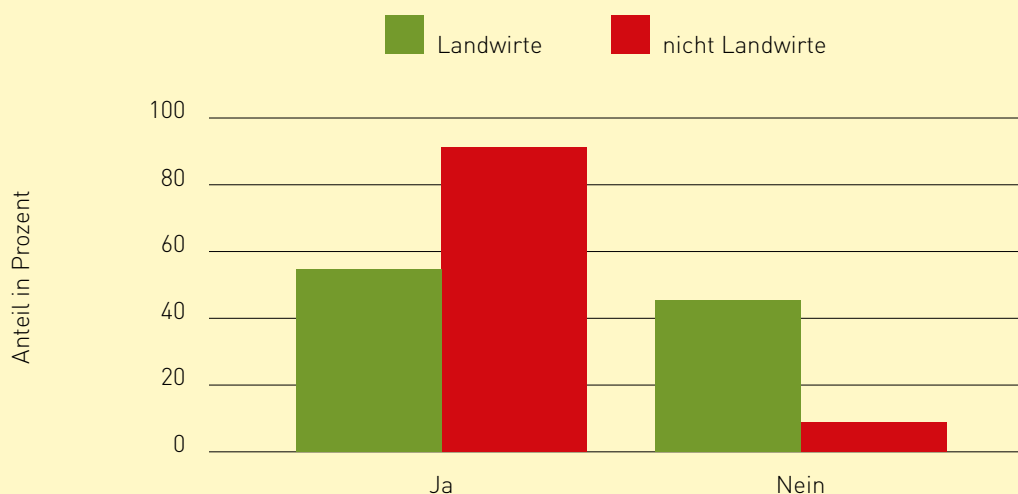


Abbildung 8: Bereitschaft beider Stichproben, den Fleischkonsum zu halbieren

Quelle: eigene Darstellung

Die Abbildung 9 bildet den Abschluss des Unterkapitels und behandelt die Zahlungsbereitschaft für höhere Tierwohlstandards. Aus der genannten Abbildung geht hervor, dass in beiden Stichproben

über 90% der Probanden bereit wären, für höhere Tierwohlstandards mehr zu bezahlen. Lediglich ein kleiner Bruchteil besitzt jene Zahlungsbereitschaft nicht.

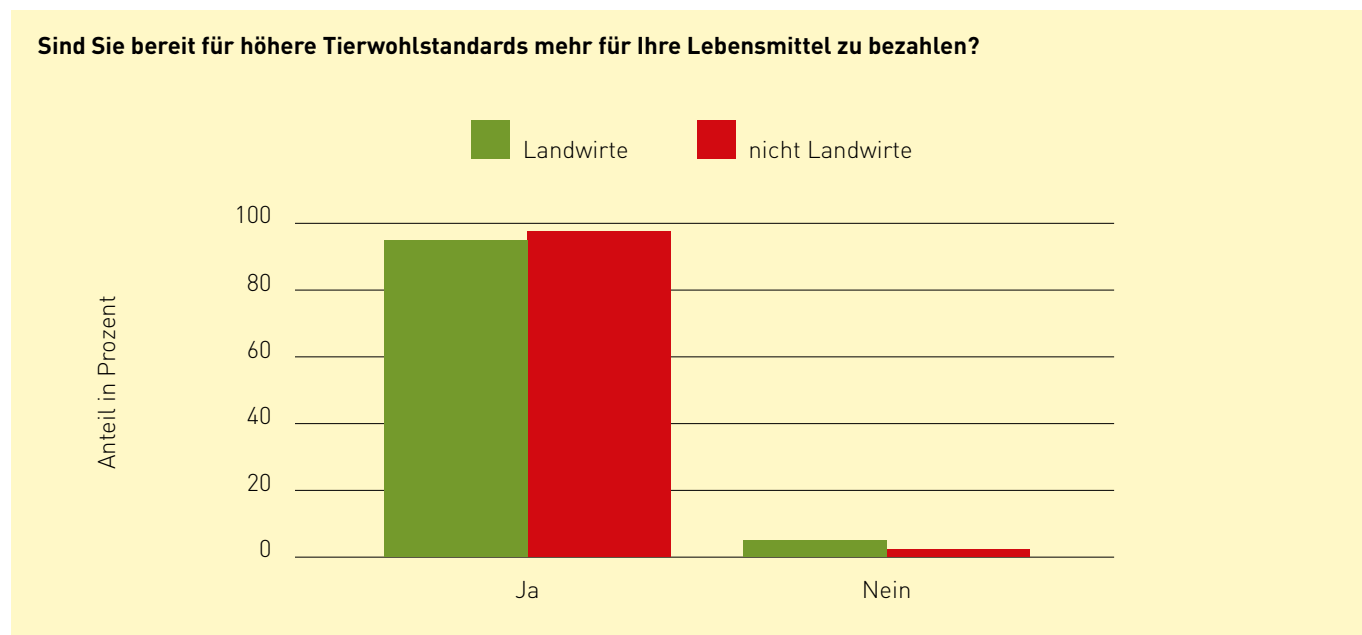


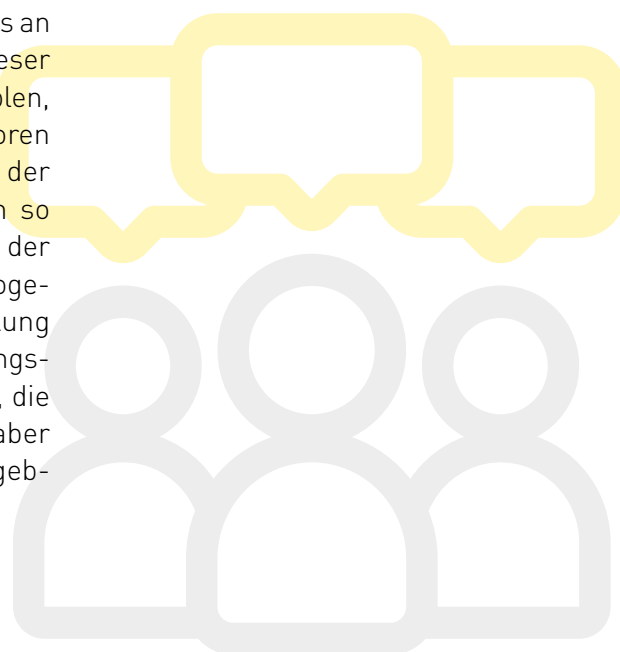
Abbildung 9: Zahlungsbereitschaft beider Stichproben für höhere Tierwohlstandards

Quelle: eigene Darstellung

3.2 Meinungsbilder und subjektive Einstellungen von Landwirten und Bürgern zur Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems in der Zukunft

Die folgenden Ergebnisse basieren – wie in Kapitel 2.1 beschrieben – auf einem Q-Experiment mit Landwirten und Bürgern bzw. Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund als Zielgruppen. Die Zielgruppenzuteilung erfolgte auf Grundlage der angegebenen Tätigkeitsfelder, welche im Anschluss an das Q-Experiment erhoben wurden. Da die in dieser Studie verwendete Faktorenanalyse keine Variablen, sondern Personen zu wenigen zentralen Faktoren verdichtet, weicht die Q-Faktorenanalyse von der originären Form ab. Im Ergebnis lassen sich so die Meinungen und subjektiven Einstellungen der Probanden bzw. Zielgruppen typisieren und in sogenannte Meinungsgruppen einteilen. Die Einteilung erfolgt in der Weise, dass innerhalb einer Meinungsgruppe ähnliche Meinungen vertreten werden, die Meinungen zwischen den Meinungsgruppen aber möglichst stark voneinander abweichen. Im Ergeb-

nis ergaben sich für die zwei untersuchten Personengruppen jeweils drei Meinungsgruppen und damit eine 3-Faktoren-Lösung. Die Meinungsgruppen werden im Folgenden vorgestellt.



3.2.1 Q-Typisierung von Landwirten hinsichtlich ihrer Meinung zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems

Die Datengrundlage für die Q-Typisierung bildeten in der ersten Zielgruppe 115 befragte Landwirte. Die Faktorenanalyse resultierte in einer 3-Faktoren-Lösung, sodass drei Meinungsgruppen gebildet werden konnten, die im Folgenden näher charakterisiert werden. Die drei Meinungsgruppen ergeben sich einerseits aus dem Scree Plot, welcher die Anzahl der Faktoren und die sogenannten Eigenvalues abbildet (siehe Abbildung 10). Andererseits konnte die erklärte Varianz als Indikator herangezogen werden, die bei einer 3-Faktoren-Lösung 46 % beträgt und bei Hinzunahme weiterer Faktoren nicht deutlich ansteigt. Die Zuordnung der Probanden zu den Faktoren bzw. Meinungsgruppen erfolgte entsprechend der Faktorladung und unter Berücksichtigung eines p-Wertes von 5 %. Infolgedessen laden insgesamt 97 Probanden eindeutig auf einen einzelnen Faktor, wohingegen bei den verbleibenden 18 Probanden keine Zuordnung vorgenommen werden konnte. Die Letztgenannten werden daher von der Auswertung ausgeschlossen. Dementsprechend reduziert sich das analysierte Sample auf 97 Probanden, von denen 56 Probanden auf den ersten Faktor, 18 Probanden auf den zweiten Faktor und 23 Probanden auf den dritten Faktor laden.

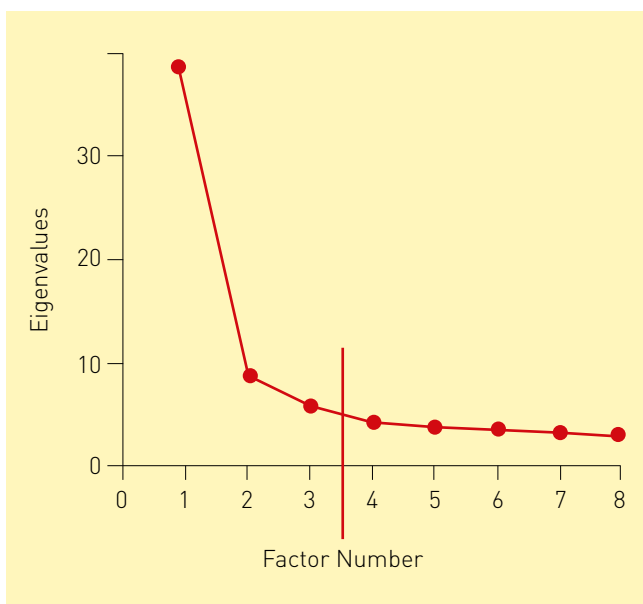


Abbildung 10: Scree Plot innerhalb der Personengruppe der Landwirte

Quelle: KADE v. 1.2.1

Meinungsgruppe 1 (n = 56): „Konservative, konventionelle und produktivitätsorientierte Landwirte mit wenig Umweltbewusstsein in Krisenzeiten“

Die erste Meinungsgruppe (siehe Anhang 2) umfasst 56 Probanden und somit einen Anteil von 58 % der befragten Landwirte. Personen der ersten Meinungsgruppe sprechen sich gegen eine Ausweitung des Ökolandbaus aus, ebenso sind sie gegen ein Antibiotikaverbot in der Tierhaltung. Außerdem sind diese Befragungsteilnehmer gegen eine Ausweitung von Freiflächen-PV, gegen die Förderung kleinbäuerlicher Strukturen und die Reduktion von tierischen Nahrungsmitteln in der menschlichen Ernährung. Eine Aussetzung der Embargos gegen Russland und eine sofortige Beendigung des Ukrainekrieges zum Nachteil der Ukraine lehnen die Befragten eindeutig ab. Landwirte der ersten Meinungsgruppe sind dafür, dass der Import von Fleisch aus dem Nicht-EU-Ausland stark eingeschränkt werden sollte und sprechen sich weiterhin dafür aus, dass die Konsumenten stärker in die Verantwortung genommen werden sollten, höhere Lebensmittelpreise zu zahlen. Außerdem sollte die Landwirtschaft im Falle von Gasmangel als „geschützter Kunde“ gelten. Wichtig ist den Befragten außerdem, dass die Umweltstandards in Krisenzeiten nicht weiter angehoben werden und die Ernährungssicherheit Vorrang vor allem anderen hat.

Die **größte Zustimmung** (+ 4 im Q-sort) erhielten die Aussagen:

„Das Kaufverhalten zeigt, dass vielen Käufern der eigene Geldbeutel wichtiger ist als Bio, Tierwohl bzw. die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.“

„Der Import von Fleisch aus NICHT-EU-Ländern sollte stark eingeschränkt werden.“

Die **größte Ablehnung** (- 4 im Q-sort) erhielten die Aussagen:

„Das Ziel 30“ im Ökolandbau bis 2030 sollte trotz der angespannten Versorgungslage weiterhin verfolgt werden.“

„Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.“

Wie in Abbildung 11 zu sehen ist, handelt es sich bei Landwirten der Meinungsgruppe „L 1“ in erster Linie um CDU/CSU-Sympathisanten (60,5%), gefolgt von Sympathisanten der FDP mit 18,4%, der SPD mit 10,5%, der AfD mit 7,9% und der Linken mit 2,6%. Landwirte mit Nähe zu Bündnis 90/Die Grünen lassen sich nicht in „L 1“ finden.

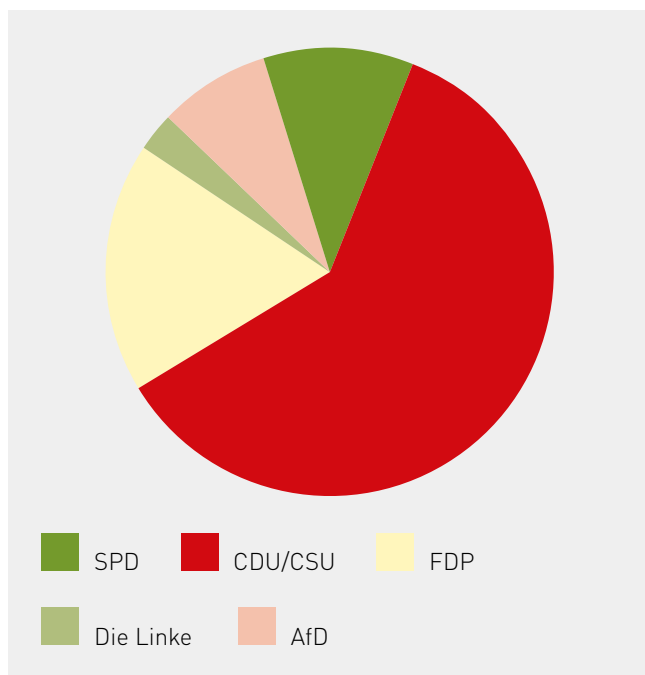


Abbildung 11: Wahlverhalten der Meinungsgruppe „L 1“
Quelle: eigene Darstellung

Meinungsgruppe 2 (n = 18):

„Ökologiewandte Landwirte, die die Verbraucher in der Pflicht sehen“

Die zweite Meinungsgruppe (siehe Anhang 3) umfasst 18 Probanden (19%) und stellt eine Gegenposition zur ersten Meinungsgruppe dar. Den Befragten der Meinungsgruppe zwei ist es wichtig, am Ökolandbau und den gesteckten Nachhaltigkeitszielen festzuhalten. Auch sehen Landwirte dieser Meinungsgruppe die Verbraucher in der Pflicht höhere, Lebensmittelpreise zu zahlen und damit den Weg für

Bio, Tierwohl und eine nachhaltigere Landwirtschaft zu ebnen. Die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität der Ukraine und damit einhergehend die Beibehaltung der Embargos gegen Russland erachten die Befragten Landwirte ebenfalls als richtig.

Die **größte Zustimmung** (+ 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.“

„Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.“

Die **größte Ablehnung** (- 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.“

„Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Zeit.“

Wie auch in Meinungsgruppe „L 1“ zeichnet sich ein klares politisches Bekenntnis für „L 2“ ab. Aus Abbildung 12 ist ersichtlich, dass Landwirte aus „L 2“ lediglich zwei Parteien präferieren. 60% der Befragten sehen sich der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und 40% der CDU/CSU.

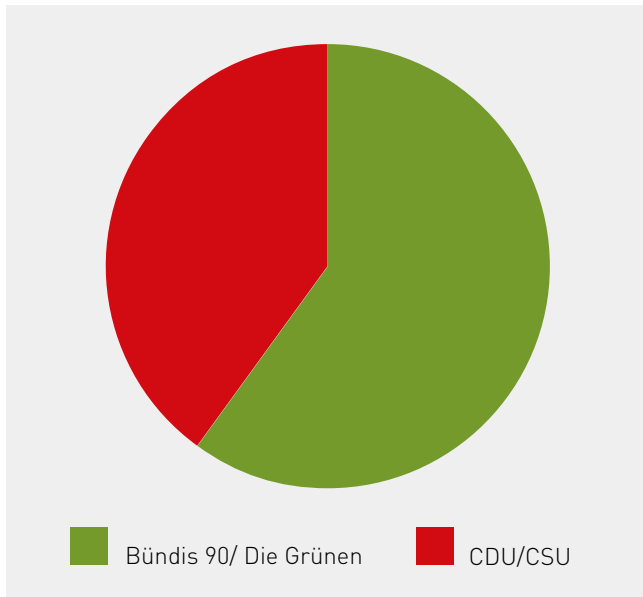


Abbildung 12: Wahlverhalten der Meinungsgruppe „L 2“

Quelle: eigene Darstellung

Meinungsgruppe 3 (n = 23): „Kleinbäuerliche Fleischproduzenten mit Herz für Regionalität und gegen strikte Regulierung“

Die dritte Meinungsgruppe der befragten Landwirte umfasst 23 Probanden (24 %) (siehe Anhang 4). Landwirte dieser Meinungsgruppe lehnen die Reduktion von Fleisch und allgemein von tierischen Nahrungsmitteln in der menschlichen Ernährung vollständig ab. Ebenso sind sie gegen eine Ausweitung des Ökolandbaus in Krisenzeiten und ein Verbot des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung. Auch sind sie gegen eine biodiversitäts- und umweltfreundliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen in der Krise, ebenso wie gegen eine Verschärfung der Umweltgesetzgebung. Eine Aussetzung der Embargos gegen Russland lehnen sie ab.

Landwirte der dritten Meinungsgruppe sind für eine Ausweitung der Direktvermarktung, den Erhalt kleinbäuerlicher Strukturen und die Sicherung der Ernährung durch die Produkte heimischer Äcker.

Die **größte Zustimmung** (+ 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.“

„Die Umweltgesetzgebung für die Landwirtschaft (z.B. Pflanzenschutzmittelanwendungs- und Düngerverordnung) sollte angesichts der Ernährungskrise entschärft werden.“

Die **größte Ablehnung** (- 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Verbrauch und Verzehr tierischer Nahrungsmittel müssen drastisch reduziert werden – mindestens um die Hälfte.“

„Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.“

In Abbildung 13 ist zu sehen, dass die Befragten der dritten Meinungsgruppe zu 71,4 % der CDU/CSU und zu 28,6 % FDP nahestehen. Eine Sympathien für andere Parteien wurden nicht genannt.

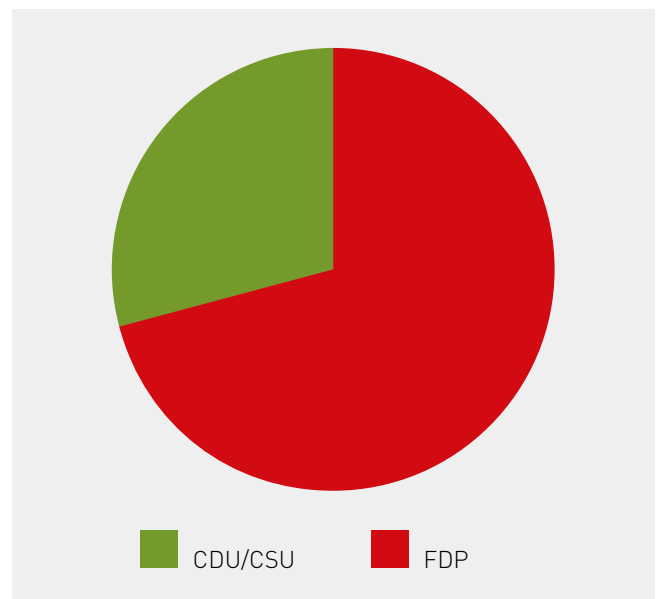


Abbildung 13: Wahlverhalten der Meinungsgruppe „L 3“

Quelle: eigene Darstellung



3.2.2 Q-Typisierung von Bürgern ohne landwirtschaftlichen Hintergrund zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems

Die Datengrundlage für die Q-Typisierung bildeten in der zweiten Zielgruppe 94 befragte Bürger ohne landwirtschaftlichen Hintergrund. Die Faktorenanalyse resultierte in einer 3-Faktoren-Lösung, sodass drei Meinungsgruppen gebildet werden konnten. Ableiten lässt sich dieses Ergebnis zum einen aus dem Scree Plot, welcher die Anzahl der Faktoren und die Eigenvalues abbildet (siehe Abbildung 14). Zum anderen konnte die erklärte Varianz als Indikator herangezogen werden, die bei einer 3-Faktoren-Lösung 43% beträgt und bei Hinzunahme weiterer Faktoren nicht deutlich ansteigt. Die Zuordnung der Probanden zu den Faktoren (= Meinungsgruppen) erfolgte entsprechend der Faktorladung und unter Berücksichtigung eines p-Wertes von 5%. Infolgedessen luden insgesamt 79 Probanden eindeutig auf einen einzelnen Faktor, wohingegen bei den verbleibenden 15 Probanden keine Zuordnung vorgenommen werden konnte. Die Letztgenannten wurden daher von der Auswertung ausgeschlossen. Dementsprechend reduziert sich die analysierte Stichprobe auf 79 Probanden, von denen 38 Probanden auf den ersten Faktor, 19 Probanden auf den zweiten Faktor und 22 Probanden auf den dritten Faktor laden.

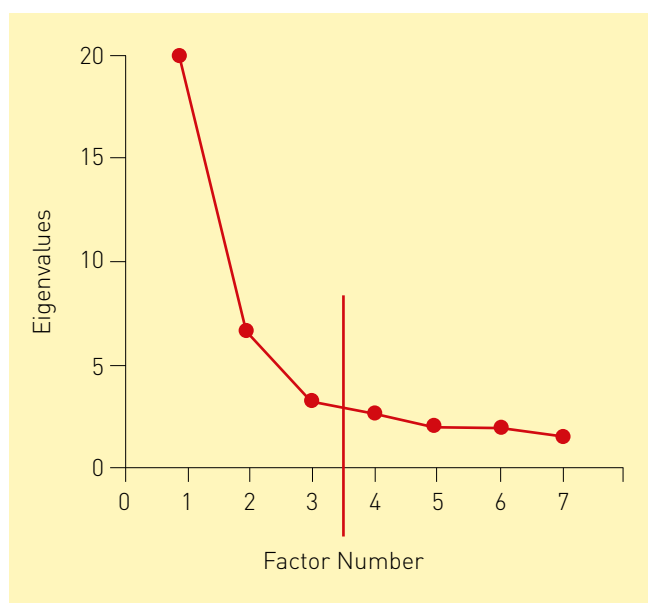


Abbildung 14: Scree Plot der Faktorenanalyse innerhalb der Gruppe der Bürger ohne landwirtschaftlichen Hintergrund

Quelle: eigene Darstellung

Meinungsgruppe 1 (n = 38): „Autarkiebedachte und zahlungsbereite Öko-Konsumenten mit grünen Idealen“

Der ersten Meinungsgruppe lassen sich 38 Personen (48% der befragten Bürger) zuordnen (siehe Anhang 5). Personen dieser Meinungsgruppe lehnen eine Intensivierung der heimischen Landwirtschaft zu Lasten der Nachhaltigkeit im Umgang mit der globalen Ernährungskrise ab. Sie sind gegen eine Aussetzung der wirtschaftlichen Embargos gegen Russland als Mittel zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und ordnen dem Schutz der territorialen Integrität der Ukraine eine größere Bedeutung zu als der Versorgungssicherung. Die Befragten sind trotz der angespannten Versorgungslage für die Beibehaltung und Ausweitung des Ökolandbaus und befürworten das Festhalten an der aktuellen Umweltgesetzgebung. Ebenso messen sie der Sicherung einer klima- und biodiversitätsfreundlichen Wirtschaftsweise einen größeren Stellenwert zu als der Versorgungssicherheit. Gleichzeitig befürworten sie Autarkiebestrebungen bzw. eine Stärkung der heimischen Märkte und höhere Lebensmittelpreise für nachhaltiger erzeugte Lebensmittel, die von den Verbrauchern zu tragen seien. Zusätzlich gilt es ihrer Ansicht nach, den Konsum tierischer Nahrungsmittel drastisch zu reduzieren.

Die **größte Zustimmung** (+ 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Um jungen Menschen eine lebenswerte Welt zu erhalten, müssen wir, trotz der angespannten Versorgungslage, schnell auf eine klima- und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsweise umstellen.“

„Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.“

Die **größte Ablehnung** (- 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Um der globalen Ernährungskrise zu begegnen,

muss die hiesige Produktion weiter intensiviert werden, auch zu Lasten der Nachhaltigkeit.“

„Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Welt.“

Konsumenten der Meinungsgruppe „K 1“ stehen, wie in Abbildung 15 zu sehen ist, vor allem der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe (66,7%), gefolgt von SPD und FDP mit jeweils 10%, sowie CDU/CSU und Die Linke mit je 6,7%. Sympathisanten der AfD sind in Meinungsgruppe „K 1“ nicht vertreten.

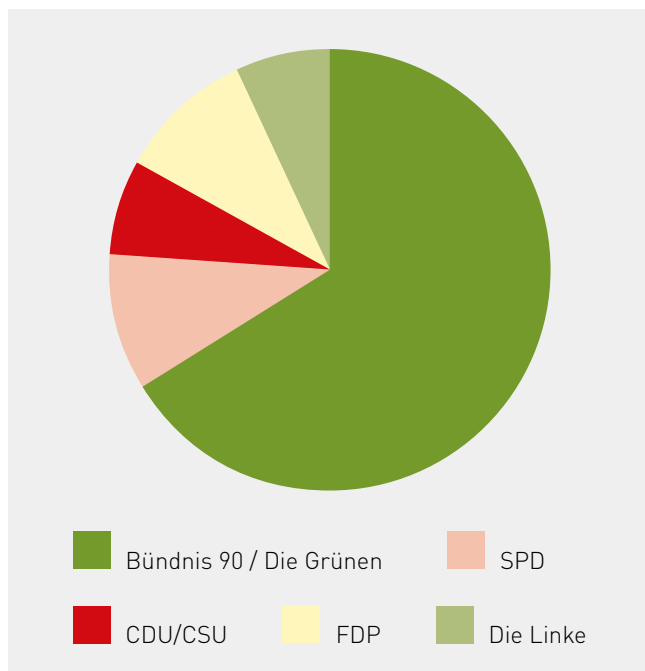


Abbildung 15: Wahlverhalten der Meinungsgruppe „K 1“
Quelle: eigene Darstellung

Meinungsgruppe 2 (n = 19): „Umweltbewusste, marktliberale Gegner von erneuerbaren Energien“

In der zweiten Meinungsgruppe (siehe Anhang 6) befinden sich 19 Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund und somit 24% der Konsumenten-Stichprobe. Personen dieser Meinungsgruppe lehnen die Aussetzung der wirtschaftlichen Embargos gegen Russland und die schnelle Beendigung des Angriffskrieges zu Lasten der territorialen Integrität der Ukraine als Mittel zur Entlastung der

angespannten Versorgungslage ab. Die Befragten sind außerdem gegen Autarkiebestrebungen und legen Wert auf Versorgungssicherheit. Vor diesem Hintergrund lehnen sie eine Ausweitung des Ökolandbaus in Krisenzeiten ab. Zudem stimmen sie für eine Halbierung des Fleischkonsums, stufen aber den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung nicht negativ ein. Die Probanden der zweiten Meinungsgruppe sehen die Käufer in der Pflicht, höhere Preise für umweltschonend hergestellte Lebensmittel zu zahlen und halten Biodiversitäts- und Klimaschutz für wichtige Bausteine einer lebenswerten Welt.

Die **größte Zustimmung** (+ 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.“

„Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.“

Die **größte Ablehnung** (- 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.“

„Um die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, sollten die wirtschaftlichen Embargos gegen Russland ausgesetzt werden.“

In Meinungsgruppe „K 2“ sind die parteipolitischen Präferenzen relativ gleichmäßig über die SPD (33,3%), die CDU/CSU (26,7%) und Bündnis 90/Die Grünen (26,7%) verteilt. Mit 13,3% hat die FDP die wenigsten Fürsprecher. Anhänger der AfD und der Partei Die Linke sind in „K 2“ nicht zu finden (siehe Abbildung 16).

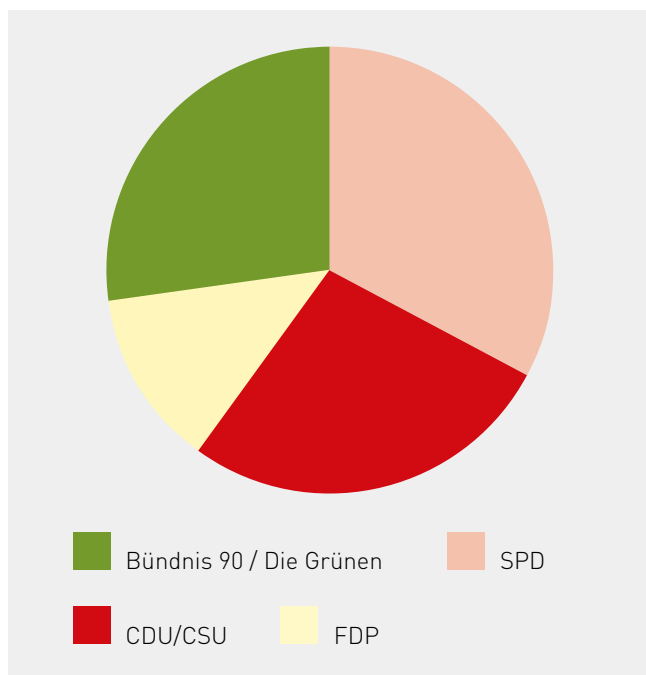


Abbildung 16: Wahlverhalten der Meinungsgruppe „K 2“
Quelle: eigene Darstellung

Meinungsgruppe 3 (n = 22): „Zahlungsbereite Fleischkonsumenten, denen Versorgungssicherheit vor Nachhaltigkeit geht“

In der dritten Meinungsgruppe (siehe Anhang 7) befinden sich 22 Probanden (28% der befragten Konsumenten). Personen dieser Meinungsgruppe sprechen sich dezidiert gegen einen reduzierten Konsum von Lebensmitteln tierischen Ursprungs aus. Außerdem sind sie gegen ein Antibiotikaverbot und gegen ein Festhalten an den Ausbauzielen für den Ökolandbau in Krisenzeiten. Den bestehenden Ökolandbau erachten sie jedoch als sinnvoll. Auch halten sie nichts von einer schnellen Beendigung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die Aussetzung wirtschaftlicher Embargos gegen Russland als Mittel zur Erhöhung der Versorgungssicherheit. Personen der dritten Meinungsgruppe befürworten höhere Lebensmittelpreise, die durch die Verbraucher getragen werden sollten. Sie sind für eine Rückbesinnung auf regionale Wertschöpfungsketten und die Einschränkung von Fleischimporten aus Nicht-EU-Ländern. Ebenso ist es ihnen wichtig, dass die heimische Landwirtschaft in Krisenzeiten so weit gestärkt wird, dass die Lebensmittelversorgung aus heimischer Produktion

jederzeit aufrechterhalten werden kann. Dieses Präferenzprofil impliziert, dass die Befragten der Versorgungssicherheit einen hohen Stellenwert zumessen.

Die **größte Zustimmung** (+ 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.“

„Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.“

Die **größte Ablehnung** (- 4 im Q-Sort) erhielten die Aussagen:

„Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.“

„Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.“

Im Gegensatz zu den Meinungsgruppen „K 1“ und „K 2“ finden sich in „K 3“ deutlich mehr CDU/CSU-Anhänger (53,3%), gefolgt von Anhängern der FDP (20%), der Partei Bündnis 90/Die Grünen (13,3%). Das Schlusslicht bilden Anhänger von SPD und AfD mit jeweils 6,7% (siehe Abbildung 17).

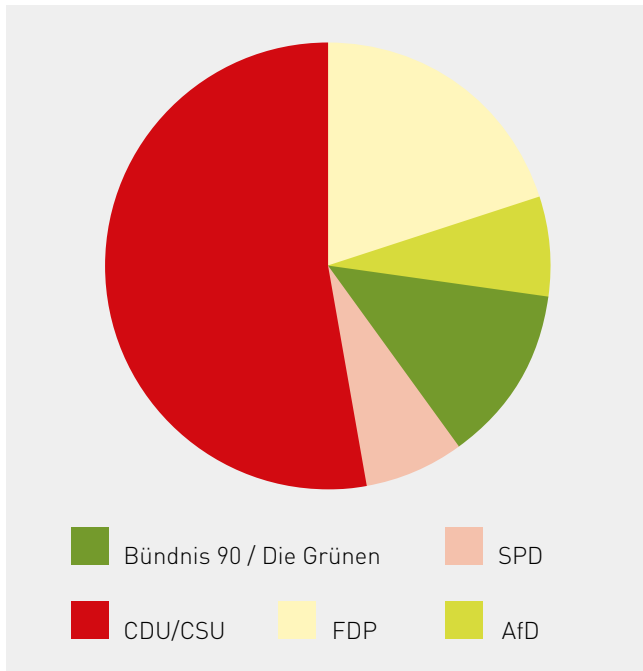
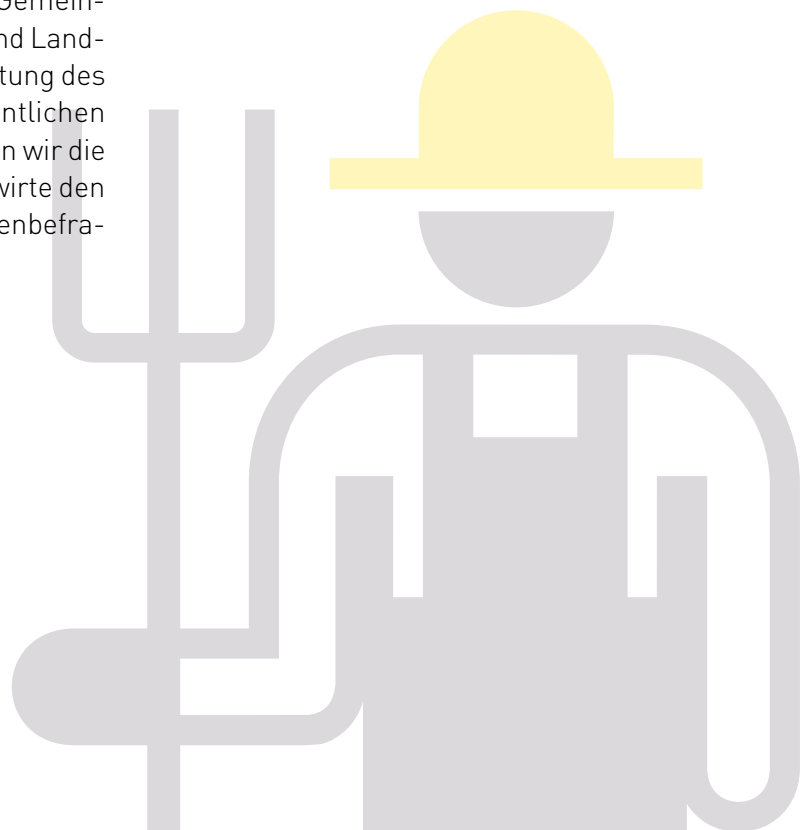


Abbildung 17: Wahlverhalten der Meinungsgruppe „K 3“
Quelle: eigene Darstellung

3.3 Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Landwirten und Nicht-Landwirten hinsichtlich ihrer Meinungen zur zukünftigen Ausrichtung des Ernährungssektors

Eines der Ziele des Forschungsprojektes war es herauszuarbeiten, in welchen Punkten es Gemeinsamkeiten in der Auffassung von Bürgern und Landwirten hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung des Ernährungssektors gibt und wo die wesentlichen Meinungsunterschiede liegen. Hierzu haben wir die drei Meinungsgruppen der befragten Landwirte den drei Meinungsgruppen aus der Konsumentenbefragung gegenübergestellt (vgl. Tabelle 4).



Landwirte	Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund
L 1 (58 %) „Konservative, konventionelle und produktivitätsorientierte Landwirte mit wenig Umweltbewusstsein in Krisenzeiten“	
L 2 (19 %) „Ökologegewandte Landwirte, die die Verbraucher in der Pflicht sehen“	K 1 (48 %) „Autarkiebedachte und zahlungsbereite Öko-Konsumenten mit grünen Idealen“
	K 2 (24 %) „Umweltbewusste, marktliberale Gegner von erneuerbaren Energien“
L 3 (24 %) „Kleinbäuerliche Fleischproduzenten mit Herz für Regionalität und gegen zu strikte Regulierung“	K 3 (28 %) „Zahlungsbereite Fleischkonsumenten, denen Versorgungssicherheit vor Nachhaltigkeit geht“

Tabelle 4: Gegenüberstellung der Meinungsgruppen der „Landwirte“ und der „Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund“
Quelle: eigene Darstellung

Zunächst fällt auf, dass die große Gruppe der „konservativen, konventionellen und produktivitätsorientierten Landwirte mit wenig Umweltbewusstsein in Krisenzeiten“ (L 1) keine Entsprechung auf Seiten der Konsumenten findet. Dies reflektiert vermutlich die nach wie vor bestehende Diskrepanz zwischen den gesellschaftlichen Wünschen und Anforderungen an die Landwirtschaft auf der einen Seite und dem Verharren vieler Landwirte in ihrem Selbstverständnis als „Ernährer“ auf der anderen Seite. Diese Landwirte sind für eine konventionelle Wirtschaftsweise und zeigen kein besonders großes Umweltbewusstsein. Sie sind gegen den Ausbau von Photovoltaik, lehnen eine vegetarische Lebensweise ab, sind gegen eine Ausweitung des Ökolandbaus und sehen die Konsumenten in der Pflicht, höhere Lebensmittelpreise zu tragen. Dass sich ein großer Teil der Konsumenten/Bürger eher das gegenteilige Bild von Landwirtschaft wünscht, zeigt der vergleichsweise hohe Anteil der befragten Konsumenten, die sich der Meinungsgruppe K 1 der „autarkiebedachten und zahlungsbereiten Öko-Konsumenten mit grünen Idealen“ zuordnen lassen. Diese Meinungsgruppe macht immerhin knapp die Hälfte der befragten Konsumenten aus und wünscht sich die Landwirtschaft eher als Dienstleister denn als Ernährer.

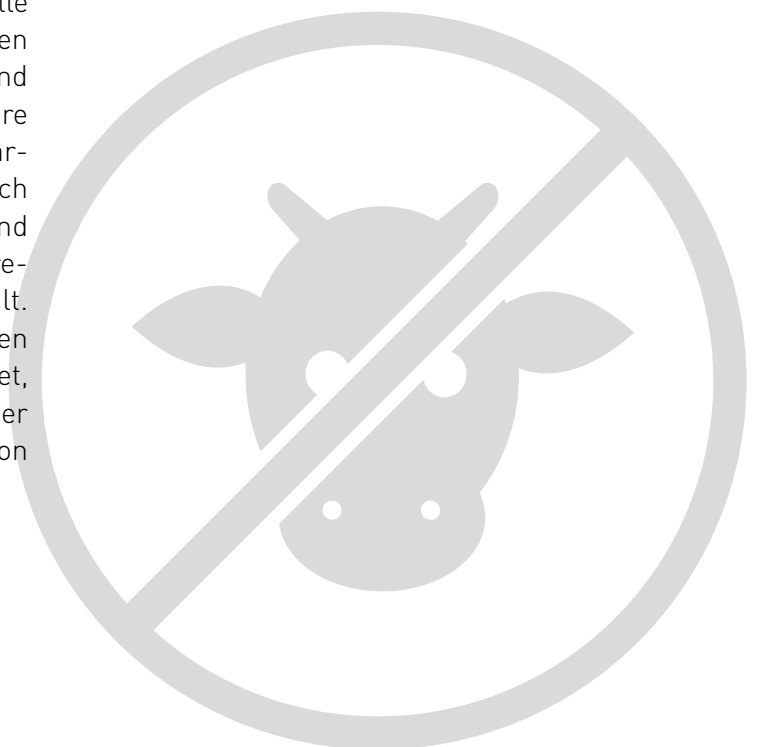
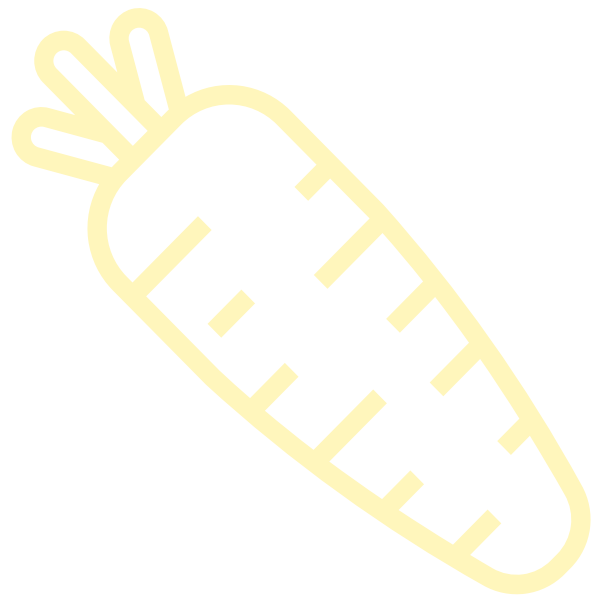
Aber auch innerhalb der Gruppe der befragten Landwirte lassen sich große Unterschiede feststellen. Eines der Ziele des Forschungsprojektes war es herauszuarbeiten, in welchen Punkten es Gemeinsamkeiten in der Auffassung von Bürgern und Landwirten hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung des Ernährungssektors gibt und wo die wesentlichen Meinungsunterschiede liegen. Hierzu wurden drei Meinungsgruppen der befragten Landwirte den drei Meinungsgruppen aus der Konsumentenbefragung gegenübergestellt (vgl. Tabelle 4).

Die Gruppe der „ökologegewandten Landwirte, die die Verbraucher in der Pflicht sehen“ (L 2) weist die größten Schnittmengen mit der Meinungsgruppe K1 auf, die sich Landwirte als Dienstleister wünschen. Diese Gruppe der Landwirte spricht sich für eine Ausweitung des Ökolandbaus und gegen eine Intensivierung der Bewirtschaftung aus. Ihnen ist Klimaschutz wichtig und sie sehen die Konsumenten in der Pflicht, höhere Preise für Lebensmittel zu zahlen. Die Konsumenten der Meinungsgruppe K 1 sind ebenfalls für eine Ausweitung des Ökolandbaus und erachten es als wichtig, Nachhaltigkeitsziele beizubehalten und eine umweltschonende Produktion zu fördern. Ähnlich äußern sich die Konsumenten der Gruppe K 2. Diese sind allerdings

weniger vehement in der Erreichung der Ziele des ökologischen Landbaus. Sie sind umweltbewusst, aber nicht unbedingt für eine massive Ausweitung des Ökolandbaus.

Die dritte Gruppe der Landwirte (L 3) umfasst die „kleinbäuerlichen Fleischproduzenten mit Herz für Regionalität und gegen strikte Regulierung“. Diese Landwirte sprechen sich vehement gegen eine Reduktion des Fleischkonsums oder die Steigerung des Anteils vegetarischer Produkte in der Ernährung aus. Sie sind nicht sonderlich umweltbewusst und sind auch gegen eine Verschärfung der Umweltgesetze. Trotzdem ist ihnen die Regionalität der Produkte sehr wichtig. Das Pendant lässt sich in der Konsumentengruppe K 3 finden. Diese Teilnehmer sind ebenfalls gegen eine Reduktion tierischer Lebensmittel in der Ernährung, gegen Ökolandbau und für eine Lockerung der Umweltgesetzgebung. Bei ihnen nimmt die Versorgungssicherheit einen besonders hohen Stellenwert ein, weshalb ihnen beispielsweise die Unabhängigkeit von ausländischen Importen wichtig ist. Die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten halten sie für einen geeigneten Schritt zu mehr Importunabhängigkeit.

Große Übereinstimmung zwischen den befragten Landwirten und Nicht-Landwirten besteht hinsichtlich der weltpolitischen Lageeinschätzung. Beide Probandengruppen sprechen sich eindeutig dafür aus, die territoriale Integrität der Ukraine nicht dem Ziel der Versorgungssicherheit zu opfern. Eventuelle Lücken in der Versorgung mit Lebensmitteln halten sie für das kleinere Übel. Vor diesem Hintergrund stimmen alle Meinungsgruppen und insbesondere gegen die Aussetzung der wirtschaftlichen Embargos gegen Russland. Diese Meinung scheint sich durch alle Bevölkerungsschichten zu ziehen und bestätigt die aktuelle Außenpolitik der Bundesregierung sowie den europäischen Zusammenhalt. Ebenso zeigt sich, dass ein Großteil der befragten Probanden höhere Lebensmittelpreise befürwortet, wenn dies zu höheren Tierwohlstandards oder einer nachhaltigen und umweltschonenden Produktion führt.



3.4 Qualitative Inhaltsanalyse

Beginnend mit dem Kategoriensystem sind in der nachstehenden Tabelle die verwendeten Kategorien und Codes zur Erfassung der Wünsche und Vorstellungen der Branchenvertreter zur zukünftigen Ausrichtung des Agrarsektors und des Ernäh-

runngssystems dargestellt. Die Tabelle gibt damit gleichzeitig einen Überblick über die Struktur der Ergebnispräsentation.

Abschnitt	Kategorie	Erläuterung der Inhalte/Codes
3.4.1	Staatliche Markteingriffe	Mit diesen Codes wird die Einstellung zu staatlichen Markteingriffen abgefragt. Hierbei gilt es generell zu analysieren, ob staatliche Markteingriffe erforderlich oder wünschenswert sind oder als „ verkehrt “ bzw. schädlich beurteilt werden.
3.4.2	Warenterminmärkte	Es werden Textbestandteile codiert, welche die persönliche Einstellung zu Warenterminmärkten abbilden. Hierunter fallen Themenbereiche wie die Spekulation mit Nahrungsmitteln und die Risikoabsicherung . Ebenfalls wird die Bedeutung der Warenterminmärkte für die Versorgungssicherung erfasst.
3.4.3	Offene Märkte	Mit Hilfe dieser Kategorie wird die Einstellung zu einem offenen Markt ermittelt. Dabei gilt es, eine Entscheidung zwischen offenen Märkten und Autarkiebestrebungen zu treffen. Zudem wird abgefragt, ob die Politik inländische Akteure vor ausländischen Akteuren bevorzugen sollte.
3.4.4	Generelle zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft	Hier werden die generelle Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft thematisiert und Aspekte wie Regionalität , Betriebskooperationen , Heterogenität , Diversifizierung und Klimaresilienz beleuchtet.
3.4.5	Einzelbetriebliche Ausrichtung der Landwirtschaft	Diese Kategorie zielt auf die Betriebsebene ab und fragt in zwei Unterkategorien nach der Gestaltung des Ackerbaus und der Tierhaltung in der Zukunft. In der Unterkategorie Ackerbau wird der Ökolandbau thematisiert und in Bezug zur Versorgungssicherheit gesetzt. Weiterhin wird hier die Bedeutung der Biodiversität erfasst. In der Unterkategorie Tierhaltung liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung der Tierzahlen und der Wirtschaftsdüngerproblematik .
3.4.6	Strukturwandel in der Landwirtschaft	In diesem Segment werden Aussagen zum Strukturwandel in der Landwirtschaft gesammelt. Hierbei steht die Spezialisierung bzw. Entwicklung der Betriebsgröße und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung im Vordergrund.
3.4.7	Zukünftige Ausrichtung der GAP	Die zukünftige Ausrichtung der GAP stellt eine weitere Kategorie dar, welche die Wünsche und Anforderungen an die künftige GAP erfasst. Hierunter fallen Aspekte wie weniger Bürokratie , öffentliches Geld für öffentliche Leistungen , Stärkung kleinbäuerlicher Betriebe und die Einstellung zu produktionsbeschränkenden Maßnahmen .

Tabelle 5: Kategorien und Codes (Teil 1/2)

Abschnitt	Kategorie	Erläuterung der Inhalte/Codes
3.4.8	Green Deal	Es werden Textbestandteile codiert, die die Einstellung zum Green Deal widerspiegeln. Hierbei geht es in erster Linie um die persönliche Einstellung zur Realisierbarkeit der Ziele und den Beitrag der Landwirtschaft zum Green Deal .
3.4.9	Staatliche Einflussnahme auf Wandel	Die staatliche Einflussnahme auf den Wandel bildet eine Kategorie, in der Maßnahmen abgefragt werden, die der Staat ergreifen sollte, um den Transformationsprozess zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Hierunter fallen Aspekte wie die Verbraucherbildung, Bürokratieabbau, Einbeziehung der Landwirtschaft in den Entscheidungsprozess und die Förderung von Entwicklung und Forschung .
3.4.10	Freiflächen-Photovoltaik im Spannungsverhältnis zur Lebensmittelproduktion	Diese Kategorie bildet den Zielkonflikt zwischen Freiflächen-PV und der Lebensmittelproduktion ab und thematisiert Aspekte wie die standortabhängige Umsetzung von Freiflächen-PV und die Bedeutung von Raumordnungsverfahren . Gleichzeitig wird der Stellenwert von Freiflächen-PV im Vergleich zur Lebensmittelproduktion abgefragt .
3.4.11	Steigende Verbraucherpreise für höhere Tierwohlstandards	Die steigenden Verbraucherpreise für höhere Tierwohlstandards waren ebenfalls Bestandteil der Interviews. Hierbei geht es um die persönliche Einschätzung zur Sinnhaftigkeit .
3.4.12	Fleischkonsum	Mit diesen Codes wird die persönliche Einstellung zur Reduktion des Fleischkonsums für eine nachhaltigere und zukunftsorientierte Landwirtschaft abgefragt. Des Weiteren wird der Beitrag einer staatlichen Tierhaltungskennzeichnung für eine nachhaltigere Gestaltung des Fleischkonsums beleuchtet.

Tabelle 5: Kategorien und Codes (Teil 2/2)

Darstellung: eigene Darstellung

3.4.1 Einstellung zu staatlichen Markteingriffen

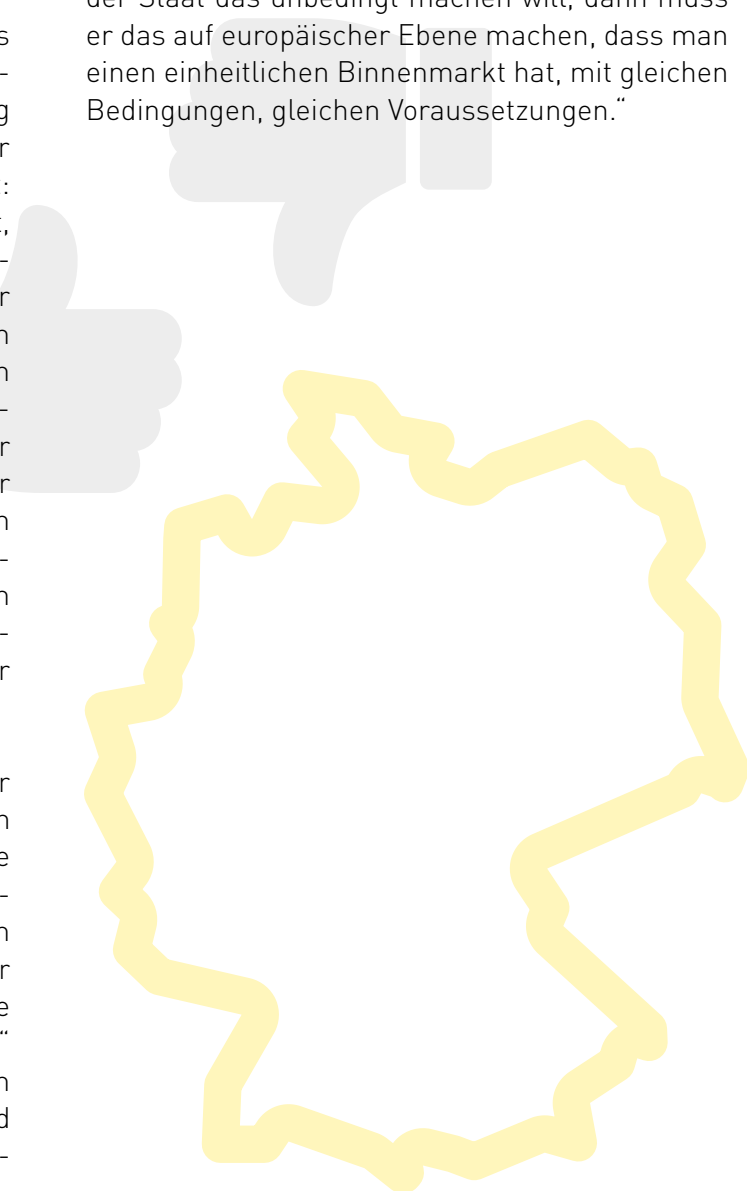
Die Einstellungen zu staatlichen Markteingriffen sind divers, wobei sich generell eine Ablehnung von staatlichen Markteingriffen abzeichnet. Insgesamt wurden vierzig Textstellen zu diesem Bereich codiert. Darunter fallen am häufigsten Aussagen zur strikten Ablehnung von staatlichen Markteingriffen oder zumindest zur Reduktion der staatlichen Markteingriffe auf ein Minimum. Weniger häufig, aber dennoch vertreten sind Aussagen zur Erforderlichkeit von staatlichen Markteingriffen, was teilweise als abgeschwächte Version in Form von „wünschenswert“ geäußert wird.

Die Ablehnung der staatlichen Markteingriffe beruht vor allem auf den negativen Erfahrungen der Vergangenheit. So werden die Quotenregelungen als eine dieser negativen Erfahrungen angeführt: „Nehmen Sie die Milchquote. Die hat uns jahrzehntelang gehemmt.“ Als Resultat präferieren die Kritiker der staatlichen Markteingriffe klar den freien Markt: „Jedes Mal, wenn der Staat in die Märkte eingreift, geht das eigentlich grundsätzlich daneben. (...) Angebot und Nachfrage sind das beste Regelwerk für Märkte.“ Weiterhin gibt es Verfechter von freien Märkten, die jedoch unter besonderen Umständen zu temporären staatlichen Markteingriffen tendieren („Grundsätzlich halte ich staatliche Eingriffe nur dann für erforderlich, wenn Not am Mann ist.“) oder sich bestimmte Rahmenbedingungen wünschen („Gleichzeitig denke ich aber auch, dass es notwendig ist, dass wir bestimmte Rahmenbedingungen haben, die eine gewisse Sicherheit und Planbarkeit für die Märkte und irgendwie das Miteinander gestalten.“).

Auf der anderen Seite finden sich insgesamt vier Befürworter staatlicher Markteingriffe. Diese sehen die Erforderlichkeit der staatlichen Markteingriffe in Bereichen wie der Nachhaltigkeit und der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen: „Solange wir im Lebensmittelbereich freie Märkte haben, können wir nachhaltige Lebensmittel nach den Standards, die wir in Deutschland anstreben, nicht vermarkten.“ Des Weiteren werden staatliche Markteingriffe im Bereich der Versorgungssicherheit („Entsprechend brauchen wir tatsächlich für die Märkte klare Pla-

nung. Das heißt eben, dass wir die Wertschöpfungsketten gesondert fördern müssen, weil es ein Mehrwert für uns ist, wenn wir die Nahrungsmittel hier selber produzieren können.“) und des Tierschutzes gefordert.

Eine Person lehnt staatliche Markteingriffe auf Ebene einzelner EU-Mitgliedsstaaten grundsätzlich ab: „Wenn der Staat eingreift in die Wertschöpfungskette, ist das meines Erachtens eher hinderlich oder auch schädlich, weil es einfach auch dann zu Verlagerungsprozessen und zu unerwünschten Effekten kommt (...).“ Stattdessen spricht sie sich für Markteingriffe auf europäischer Ebene aus: „Wenn der Staat das unbedingt machen will, dann muss er das auf europäischer Ebene machen, dass man einen einheitlichen Binnenmarkt hat, mit gleichen Bedingungen, gleichen Voraussetzungen.“



3.4.2 Einstellung zu Warenterminmärkten

In Bezug auf Warenterminmärkte wurden die Interviewpartner nach ihrer persönlichen Meinung zu Warenterminmärkten gefragt, die oftmals mit der Spekulation von Nahrungsmitteln in Verbindung gebracht werden. Weiterhin wurde die Frage gestellt, ob sie hinsichtlich der Begegnung der Nahrungsmittelkrise das richtige Instrument seien. In dieser Kategorie ergaben sich zwei eindeutige Positionen, sodass einerseits die Relevanz von Warenterminmärkten für die Planbarkeit, Risikoabsicherung und Produktivität hervorgehoben wurde. Andererseits wurden Warenterminmärkte als kontraproduktiv für die Ernährungssicherung erachtet und die Spekulation mit Nahrungsmitteln als nicht vertretbar eingestuft.

Infolgedessen sprechen sich neun Personen grundsätzlich für Warenterminmärkte aus, da sie einen Nutzen in diesen Märkten sehen: „Grundsätzlich würde ich nicht gegen Warenterminmärkte agie-

ren, weil die auch stabilisierend auf die Produktivität wirken können.“ Die Risikoabsicherung wird dabei besonders häufig hervorgehoben: „Und dass wir da ein spekulatives Element haben, ist aus unserer Sicht in der Landwirtschaft ganz wichtig, weil die landwirtschaftlichen Akteure, die also selber die Ware halten, brauchen die Warenterminmärkte, um aus dem Risiko rauszugehen.“ Gleichzeitig machen die Befragten deutlich, dass eine Spekulation mit Nahrungsmitteln nicht vertretbar ist: „Wenn es dann wieder um die Spekulation mit Lebensmitteln geht, die Regionen betreffen, wo vielleicht Nahrungsmittel ohnehin knappe Güter sind, dann finde ich das aus meiner persönlichen Sicht ethisch und moralisch nicht vertretbar.“ Ein weiterer Teil der Befragten hat sich zu der Thematik nicht geäußert, da der Bezug und das Wissen über diese Märkte fehlen.

3.4.3 Autarkie versus offene Märkte

In dieser Kategorie steht der Zielkonflikt zwischen der Offenhaltung der Märkte und möglichen Autarkiebestrebungen im Mittelpunkt. Zudem wurden die Interviewpartner gefragt, ob die Politik inländische Akteure entlang der Wertschöpfungskette bevorzugen oder an einem offenen und weltmarktorientierten Ernährungssektor festhalten sollte. Die Auswertung hat ergeben, dass die Mehrheit der Befragten offene Märkte bevorzugt. Hierbei ist allerdings zu ergänzen, dass sich nahezu alle Befragten gewisse Einschränkungen bei der Offenhaltung wünschen. Dahingegen hat sich bei der Bevorzugung von inländischen Akteuren im Vergleich zu einem offenen und weltmarktorientierten Ernährungssektor kein eindeutiges Meinungsbild ergeben.

Hinsichtlich der Einschränkungen bei einer Offenhaltung der Märkte verweist der Großteil der Befragten auf die Notwendigkeit der Angleichung der internationalen Wettbewerbsbedingungen und Produktionsstandards: „Ja, grundsätzlich sollte der Staat die Märkte offenlassen. Wichtig ist aber in

dieser Hinsicht, dass alle Marktteilnehmer nach den gleichen Spielregeln spielen.“ Dahingegen führen die Befürworter der Autarkie den Wunsch nach einer nationalen Selbstversorgung mit Lebensmitteln als einen Beweggrund für die Abschottung der Märkte an: „Sondern ich glaube, dass Ernährung wieder mehr in den Ländern sein muss. Stichwort Autarkie.“

Bei der Bevorzugung von inländischen Akteuren hat sich kein klares Meinungsbild ergeben, da einige Interviewteilnehmer zwar einen offenen weltmarktorientierten Ernährungssektor für erstrebenswert halten, allerdings im Moment inländische Akteure in bestimmten Bereichen als benachteiligt eingestuft werden: „Ja, zurzeit ist es so, dass in Deutschland die Akteure der Wertschöpfungskette benachteiligt und nicht bevorteilt sind. Das heißt, wir haben hier in Deutschland die höchsten Auflagen in allen Bereichen, was die Tierhaltung angeht, gegenüber dem EU-Ausland, aber auch noch nicht EU-Ausland und insofern haben wir Verlagerungseffekte.“ Zusätzlich

wird die Bevorzugung inländischer Akteure unter dem Gesichtspunkt der Regionalität und Nachhaltigkeit diskutiert: „Dann sollten wir aber deutlich machen, wie sinnvoll Regionalität ist, also mehr regionale Produkte und dass das sowohl ökonomisch als auch ökologisch für unsere Versorgungssicher-

heit sinnvoll ist.“ Somit steht auf der einen Seite der offene und weltmarktorientierte Ernährungssektor, der jedoch auf der anderen Seite von vielen Befragungsteilnehmern nur unter gewissen Prämissen als sinnvoll erachtet wird.

3.4.4 Generelle zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft

Die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft im allgemeinen Sinne wurde von den Befragungsteilnehmern viel diskutiert, sodass insgesamt knapp sechzig Textstellen in dieser Kategorie codiert werden konnten. Die folgende Tabelle gibt einen

Überblick über die Aspekte, welche sich die Interviewpartner für die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft wünschen. Einen besonders hohen Stellenwert bei der generellen Ausrichtung der Landwirtschaft.

Aspekte einer generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft

Zitat	Aspekt
„Der technische Fortschritt (...) damit wird Transparenz geschaffen. Damit wird auch wieder eine ganz andere Form der Kenntnis über Landwirtschaft geschaffen.“	Mehr Transparenz
„Wir haben zurzeit einen Megatrend, der auch ein gesellschaftlicher Trend ist, über alle Produktgruppen hinweg. Wir kommen nämlich von der Produktqualität zu einer Prozessqualität.“	Zunehmende Bedeutung der Prozessqualität
„Das Wichtigste ist, dass Landwirtschaft in Deutschland überlebt und wettbewerbsfähig bleibt, und das möglichst im Sinne der Nachhaltigkeit und unter Klimaschutzaspekten.“	Wirtschaftlichkeit bzw. Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen
„Da müssten alle an einem Strang ziehen. Und dann wäre die Vorstellung, dass Landwirtschaft wieder eine Wertschätzung, also eine positive öffentliche Wirksamkeit hat.“	Zusammenhalt der Landwirtschaft stärken
Ich glaube, dass wir regionalere Bezüge brauchen. Also wir brauchen nicht unsere Milch nach China exportieren und umgekehrt brauchen wir auch kein Schweinefleisch aus China. Das können wir (...) selber machen.“	Mehr Regionalität
„Eine heterogene Milcherzeugung, die ihre Potenziale in den Regionen so auslebt, wie es die Rahmenbedingungen in der Region bestmöglich vorgeben.“	Heterogene und diversifizierte Landwirtschaft
„Wir brauchen auch eine Diversifizierung in den Betrieben. Damit wir ein bisschen breiter aufgestellt sind, um auf die Situation an den Märkten reagieren zu können, sprich mehrere Standbeine, Risikoverteilung, als Stichworte.“	

Tabelle 6: Aspekte einer generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft (Teil 1/2)

Zitat	Aspekt
„Dass Landwirtschaft als Teil des ländlichen Raums bestehen bleibt, allein schon aus Gründen der Daseinsfürsorge.“	Landwirtschaft als Bestandteil des ländlichen Raumes
„Wir sehen, wie ich schon gesagt habe, die Erträge steigen nicht, sondern Höchsterträge sind eher die Ausnahme, wenn man die Agrarstatistik sieht und von daher gesehen brauchen wir die klimaresiliente Landwirtschaft.“	Klimaresiliente Landwirtschaft
„Allein aus verschiedensten Gründen, (...) sehe ich einen klimaresilienten Betrieb so (...), dass in Zusammenhängen gearbeitet werden muss.“ Das heißt, wenn wir jetzt „von Taube“ diese Hybridlandwirtschaft sehen, dass es also eine Kooperation zwischen viehhaltenden Betrieben und Ackerbaubetrieben geben muss.	Betriebskooperationen
„Und das ist natürlich etwas, bei dem wir ganz klar sagen, die Zukunft sollte sich ausrichten auf den veganen Ökolandbau.“	Veganer Ökolandbau

Tabelle 6: Aspekte einer generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft (Teil 2/2)

Darstellung: eigene Darstellung

in der Zukunft nehmen die Regionalität, eine heterogene und diversifizierte Landwirtschaft und die Betriebskooperationen ein. Bei den Betriebskooperationen wird des Weiteren durch eine Person speziell auf die Hybridlandwirtschaft verwiesen. Die Regionalität bezieht sich in erster Linie auf die Produktion von Nahrungsmitteln vor Ort, wobei eine Person den Gedanken der Regionalität weiterführt und die solidarische Landwirtschaft als ein Konzept der Zukunft anführt. Der vegane und regenerative Ökolandbau wird durch insgesamt zwei Personen sehr stark präferiert.



3.4.5 Einzelbetriebliche Ausrichtung der Landwirtschaft

Die einzelbetriebliche Ausrichtung der Landwirtschaft stellt eine Ergänzung zum vorherigen Unterkapitel dar. Hierbei werden „Tierhaltung“ und „Ackerbau“ adressiert, was durch die Bildung zweier Unterkategorien erfolgte. Beginnend mit der Tierhaltung zeigt sich deutlich, dass die Befragten von einer Abnahme der Tierbestände in den nächsten Jahren ausgehen: „Als Tierhalter bin ich natürlich ein Freund davon, wenn die Tierhaltung weiter Bestand haben wird. Ich glaube aber, dass wir in spätestens zehn Jahren Tierhaltung nur noch tatsächlich im Naturschutzbereich haben.“ Als Grund für die Verschiebung des Verhältnisses von der Tierhaltung zum Ackerbau wird zum einen die Veränderung des Verbraucherverhaltens angeführt und zum anderen die Nahrungsmittelkonkurrenz der Tiere diskutiert. Des Weiteren wird in diesem Kontext eine standortabhängige Nutzung vorgeschlagen: „Es gibt Standorte in Deutschland, wo die Tierhaltung absolut sinnvoll ist, wo ich kein Getreide und kein Gemüse anbauen kann.“ Die standortabhängige Nutzung wird zudem explizit auf das Grünland übertragen, sodass insgesamt vier Interviewteilnehmer der Meinung sind, dass die Tierhaltung wichtig ist, um das Grünland sinnvoll zu nutzen: „Was aber super produktiv wäre, wenn wir zum Beispiel Grasflächen mit Grasflächeneiweiß machen, indem wir da Kühe grasen lassen und die nicht mit was anderem ernähren.“

Die etwas drastischere Abschaffung der Tierhaltung wird lediglich durch eine Interviewteilnehmerin befürwortet, was durch staatliche Ausstiegsprogramme gefördert werden sollte: „Also hier würden wir uns natürlich ganz klar (...) die Ausstiegsprogramme für Landwirte und Landwirtinnen wünschen, um die Produktion deutlich zu senken und gleichzeitig den veganen Ökolandbau natürlich zu fördern.“

Einen weiteren Themenschwerpunkt in der Tierhaltung bildet die Wirtschaftsdüngerproblematik, wobei vor allem die Verteilung der Wirtschaftsdünger diskutiert wurde. Vier Interviewteilnehmer halten eine bessere Verteilung der Wirtschaftsdünger für wünschenswert: „Das Verhältnis Tierhaltung zu

Ackerbau, das wäre so ein Punkt, der in unserem Bereich ‚Gewässerschutz‘ eine Rolle spielt. Wenn der einigermaßen ausgeglichen ist, also so, dass ich den in der Tierhaltung anfallenden Wirtschaftsdünger sinnvoll im Ackerbau umsetzen kann, dann sind wir schon auf einem guten Weg.“ Als Lösung für die Wirtschaftsdüngerproblematik wurden die Kopplung der Tierhaltung an den Ackerbau, die Änderung der politischen Rahmenbedingungen und die Änderung des Verbraucherverhaltens hin zu weniger Fleischkonsum angeführt.

In der Unterkategorie „Ackerbau“ wurde zunächst analog zur „Tierhaltung“ ein standortangepasster Ackerbau diskutiert: „Der Ackerbau sollte sich an dem Standort bzw. Boden orientieren. Nicht jeder Boden eignet sich für eine Kartoffel oder für einen Spargel oder für Gemüse. (...) Also ein standortangepasster Ackerbau.“ Weiterhin wurde von einer Interviewteilnehmerin unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes und der Biodiversität die Reduktion des Mineraldüngereinsatzes und die Wiedervernässung der Moore gefordert. Die Relevanz der Biodiversität wurde von zwei weiteren Interviewteilnehmern hervorgehoben: „Aber man muss natürlich auch überlegen, wie das mit dem Landschaftsbild, wie das mit der Artenvielfalt aussieht. Und heute werden (...) Blühstreifen und dergleichen ja auch finanziert, weil man das eben haben will, weil man eben wegkommen will von diesem einheitlichen Bild.“

Den letzten Aspekt innerhalb der einzelbetrieblichen Ausrichtung bildet der Ökolandbau, wobei die Auswertung gezeigt hat, dass die Mehrheit der Interviewteilnehmer pauschale Zielvorgaben für den Ökolandbau ablehnt und stattdessen einen Ökolandbau entsprechend der Marktnachfrage präferiert: „Ein gewisser Anteil an Ökolandbau ist sicherlich richtig, aber nur in Höhe der Nachfrage der Verbraucher.“ Damit einher geht die Forderung nach einer standortabhängigen Umsetzung des Ökolandbaus, sodass die Potenziale von Gunststandorten ausgeschöpft werden: „Und dann werden wir ein sehr differenziertes Bild erleben, weil es Regionen gibt in der Europäischen Union und auch in den einzelnen Ländern, die sich dafür besser eignen als andere Regionen.“ Hinsichtlich des Zielkonfliktes Versor-

gungssicherheit versus Ökolandbau lässt sich kein Konsens ableiten, da vier Interviewteilnehmer den Ökolandbau der Versorgungssicherheit vorziehen und drei Interviewteilnehmer der Versorgungssicherheit die größere Bedeutung einräumen: „Wir sind in einer gewissen moralischen Verpflichtung, auch die Welt zu ernähren.“

3.4.6 Strukturwandel in der Landwirtschaft

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft bildet ein weiteres Unterkapitel, in dem zunächst die Meinung zum Strukturwandel abgefragt wurde. Dabei hat sich gezeigt, dass die Mehrheit der Interviewteilnehmer den Strukturwandel als natürlichen Prozess ansieht, den man nicht aufhalten kann bzw. dass die Betriebsgröße eine unternehmerische Entscheidung ist: „Letztendlich kann man sagen, in der Zukunft wird es immer weniger und immer größere Betriebe geben. Das ist einfach der Lauf der Dinge. Den werden wir auch niemals aufhalten können.“ Trotzdem machen einige Interviewteilnehmer deutlich, dass es für die Zukunft wünschenswert wäre, wenn sich ein Mittelweg finden ließe, welcher auch die kleineren Betriebe beinhaltet: „Das heißt, für die Gesamtgesellschaft ist es auf jeden Fall resilienter, wenn wir eine ganz bunte Vielfalt haben.“ Diese müssten die Chancen als kleinstrukturierte Betriebe nutzen und sich der Herausforderung stellen: „Und darum glaube ich, ist es eine große Herausforderung, dass auch kleinstrukturierte Betriebe, die vielleicht einen hohen anderen gesellschaftlichen Wert erzeugen, dann aber auch andere Einkommensquellen finden müssen als die hochspezialisierten Betriebe, die vielleicht zu anderen Kostenstrukturen produzieren können.“ Als Ergänzung zum Strukturwandel wurde in dieser Kategorie der Beitrag der Betriebsgröße zur Ernährungssicherung abgefragt. In diesem Zusammenhang macht die Mehrheit der Interviewteilnehmer deutlich, dass die Ernährungssicherung nur durch eine vielfältige Landwirtschaft sichergestellt werden kann: „Ich glaube, dass Sicherheit nur durch Vielfalt kommt. Ich glaube wir brauchen nicht nur kleine Betriebe, aber nur große Betriebe machen uns auch nicht sicherer.“ An dieser Stelle ist bezüglich der großen Betriebe zu ergänzen, dass diese

aus Sicht der Mehrheit der Interviewteilnehmer für die Grundversorgung relevant sind: „Ich glaube, wir brauchen die spezialisierten Betriebe, um eine Grundversorgung in Deutschland sicherzustellen.“

3.4.7 Zukünftige Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

In diesem Unterkapitel werden die Vorstellungen der Wirtschaftsvertreter zur zukünftigen Ausrichtung der GAP vorgestellt. Da die genannten und diskutierten Aspekte sehr vielfältig sind, werden die Ergebnisse für eine bessere Übersichtlichkeit in der nachstehenden Tabelle 7 dargestellt.



Zitat	Aspekt
„Die GAP sollte eine gewisse Absicherungsfunktion übernehmen, was die Einkommenssicherung angeht. Dass eben in Jahren, mit schlechten Marktpreisen, ich ein gewisses Prämieeinkommen habe, über das ich einigermaßen sicher verfüge und dadurch eine Planungssicherheit habe.“	Einkommenssicherung
„Wir glauben aber, dass die Nachhaltigkeitsziele – wenn man an Klimaschutz, Biodiversität, Gewässerschutz, Tierwohl denkt – ihre Bedeutung behalten und in der Bedeutung auch weiter zunehmen werden.“ „Es darf nicht wie bisher in der zweiten Säule nur ein Nachteilsausgleich sein, sondern es muss eine attraktive Honorierung sein, die auch etwas Positives zum Unternehmenseinkommen beiträgt.“	Integration der Nachhaltigkeit mit entsprechender Vergütung
„Die GAP braucht auch neue Instrumente, wenn man eine gemeinsame Agrarpolitik will. Da ist sicherlich eine Menge Innovation gefragt.“	Schaffung neuer innovativer Instrumente
„Die GAP wird sich ändern. Ich glaube – das wird jeder sagen – dass das System der Direktzahlungen früher oder später abgelöst wird.“	„Die GAP wird sich ändern. Ich glaube – das wird jeder sagen – dass das System der Direktzahlungen früher oder später abgelöst wird.“
„Und da bedarf es meines Erachtens schon Instrumente, dass wir die Tierhaltung hier weiter in einem vernünftigen Maß und vielleicht auch in einem verbesserten Maß durchführen können, als wir es jetzt haben.“	Tierhaltung fördern und verbessern
„Die Politik möchte jetzt Einfluss auf die Produktion nehmen und das halte ich für verkehrt.“	Keine Einmischung der Politik in die Produktion
„Das sind alles Forderungen an die Landwirtschaft, die sich ja auch teilweise beißen und widersprechen. Und die muss man gegeneinander abwägen.“	Bessere Abstimmung der Politikziele aufeinander
„Die GAP ist nicht fest oder konstant, sondern die ändert sich. Und ich denke, sie hat auch die richtige Richtung. Nur das Tempo ist ein bisschen sehr langsam, da kann noch mehr passieren. Und mit mehr Tempo heißt es auch, dass das ein oder andere Instrument dazu kommen kann.“	Aktuelle Ausrichtung der GAP akzeptabel
„Also jemanden mitzunehmen und ihn zum Überzeugungs-täter zu machen, ist allemal besser, als wenn man das immer nur per Vorgabe macht.“	Freiwillige Förderprogramme vor Ordnungsrecht
„Es ist einfach so ein Regelwerk, das über Jahrzehnte gewachsen ist und mittlerweile viel zu komplex und kompliziert ist. Ich glaube, wir müssen weg von 1000 einzelnen Regelungen.“	Weniger Komplexität

Tabelle 7: Aspekte der zukünftigen Ausrichtung der GAP (Teil 1/2)

Zitat	Aspekt
„Auf jeden Fall müssen die Dinge parallel laufen und der Klimaschutz darf in keinem Fall ausgesetzt werden aufgrund von anderen Beschränkungen.“	Klimaschutz darf nicht ausgesetzt werden
„Die Prüfstruktur reduzieren, aber dafür die Anzahl der Überprüfungen steigen lassen. Also, dass das nationale Recht, was die Ziele der EU schon formuliert hat, mehr überprüft wird.“	Kontrollinstrumente verringern
„Also dieses DVL-Modell bezieht sich jetzt primär nur auf die Umweltstandards. Aber ich könnte mir gut vorstellen, dass man das erweitert in Zukunft. Auf eben alle gesellschaftlichen Ziele, also auch die sozialen Bereiche, wie eine Gemeinwohl-Matrix.“	Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen
„Das Zweite ist diese klassische Kritik mit der Säulenverschiebung: Dass eben nicht mehr die großen Unternehmen mit viel Fläche zugeschüttet werden – möchte ich mal ganz plump sagen – sondern dass hier wirklich eine Umverteilung gemacht wird.“	Stärkung der kleinen Betriebe
„Die haben die Umweltfolgekosten mal mit eingerechnet, also die Kosten, die wir bezahlen für intensive Landwirtschaft. Und die beziffern die auf 750 € pro Hektar, die uns Verbraucher das getarnt mehr kostet, wenn wir intensive Landwirtschaft versus Ökolandbau haben. Und das ist doch mal Geld, das man jetzt direkt zur Förderung des Ökolandbaus verwenden sollte.“	Förderung ökologischer Betriebe

Tabelle 7: Aspekte der zukünftigen Ausrichtung der GAP (Teil 2/2)

Darstellung: eigene Darstellung

Die Tabelle zeigt nahezu das gesamte Spektrum von Meinungen bzgl. der Weiterentwicklung der GAP. Dabei ist anzumerken, dass der Aspekt „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ durch insgesamt sieben Interviewteilnehmer genannt wurde, womit dieser Gesichtspunkt die größte Häufigkeit besitzt. Daran schließen sich die Schaffung neuer innovativer Instrumente und die Verfolgung von Klimaschutzzielen in Krisenzeiten an.

Einen weiteren Bestandteil dieser Kategorie bilden die persönlichen Einstellungen zu produktionsbeschränkenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang zeichnet sich deutlich ab, dass die Mehrheit der befragten Personen jene Maßnahmen generell für sinnvoll halten: „Ich glaube, dass die Produktionsbeschränkungen – wenn sie der Nachhaltigkeit dienen – sinnvoll sind.“ Allerdings wird oftmals als Einschränkung eine standortabhängige bzw. betriebsindividuelle Umsetzung hinzugefügt:

„Und dazu gehören technische Innovationen, die vielleicht gar nicht auf Produktionsreduktion setzen. Und in anderen Regionen, in anderen Bereichen geht es eben mit einer Produktionsreduzierung einher. Die ich aber nicht staatlich für bestimmte Regionen verordnen würde.“

Demgegenüber stehen einige Kritiker von produktionsbeschränkenden Maßnahmen, welche diese wegen des aktuellen Weltgeschehens oder grundsätzlich ablehnen: „Was ich allerdings nicht sehe, ist, dass wir landwirtschaftliche Flächen aus der Produktion herausnehmen und diese landwirtschaftlichen Flächen am Ende des Tages so reduzieren, dass wir weniger Anbauflächen für Getreide haben – sowohl für Brotgetreide als auch für Futtergetreide. Das ist für mich nicht nachhaltig, weil wir dadurch im Prinzip den Hunger in der Welt fördern und die Probleme der Minderversorgung der Welt mit günstigen Rohstoffen ins Ausland verlagern.“ Ergänzend wird hierbei vereinzelt angeführt, dass in diesem Bereich primär Forschung und Entwicklung betrieben werden sollte:

„Wir müssen es eigentlich hinbekommen, durch Innovationen, durch Entwicklungen und weniger durch Verbote, die dazu führen, dass zum Beispiel die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet

ist und dass wir auf unseren Böden extrem weniger Erträge haben und damit die Thematik wie Hunger in der Welt fördern – das können wir uns eigentlich nicht leisten.“

3.4.8 Green Deal

In diesem Unterkapitel wird die Einstellung zum Green Deal und der Beitrag der Landwirtschaft dazu vorgestellt. Die Auswertung in dieser Kategorie hat ergeben, dass die Mehrheit der Teilnehmer die gesetzten Ziele des Green Deals befürworten: „Meine Einschätzung und Haltung an der Stelle ist, dass ich grundsätzlich keinen Konflikt zwischen Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit sehe. Und vor dem Hintergrund halte ich die im Green Deal verankerten Ziele in Bezug auf die Klimaschutzmaßnahmen für absolut sinnvoll.“

Ein weiterer Teil der Interviewteilnehmer schätzt den Green Deal gleichzeitig als eine Herausforderung mit tiefgreifenden Veränderungen ein: „Der Widerstand ist groß in der Branche. Es wird ein Kampf, es wird ein Kampf. Aber es nützt nichts. Wir müssen uns den Realitäten stellen und das nützt nichts, mit Modellen der Vergangenheit dagegen anzugehen.“

Lediglich ein kleiner Anteil hat die Befürchtung, dass einige Betriebe den Transformationsprozess nicht begleiten werden. Zudem werden von diesen Teilnehmern die gesetzten Ziele tendenziell abgelehnt: „Man fühlt sich als Landwirt ein bisschen entmündigt. Man hat es mal gelernt und meint, man macht auch das Richtige für den Boden und für die Umwelt. Und jetzt werden uns Vorgaben gemacht, die manchmal ein bisschen weit weg sind von der Praxis. Und deswegen halte ich von diesem Green Deal wenig.“ Wie in den vorherigen Unterkapiteln wird auch in dieser Unterkategorie eine standortabhängige Umsetzung an Stelle von pauschalen Vorgaben gefordert: „Womit ich beispielsweise meine Schwierigkeiten habe, ist, dass wir nicht hochproduktive Regionen oder Flächen mit Klimaschutzmaßnahmen belegen und damit im Endeffekt die Produktion in andere Teile der Welt verlagern, die dort vielleicht zu schlechteren, klimaschädlicheren Bedingungen hergestellt werden als bei uns.“

Den zweiten Bestandteil dieses Unterkapitels bildet der Beitrag der Landwirtschaft zum Green Deal. Auch hier besteht die Einigkeit, dass die Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielt oder zumindest einen Beitrag leisten muss: „Die Landwirtschaft sollte einen Beitrag zum Green Deal leisten, indem sie schaut, was sie an Maßnahmen treffen kann, ohne dass die Produktivität zurückgeht.“ Gleichzeitig wird unterstrichen, dass der Beitrag entlohnt werden muss und die Produktivität erhalten bleiben sollte. Auch ist es wichtig, den Dialog mit der Landwirtschaft zu suchen: „Und das Schwierige ist eben: Wie kriege ich die Landwirte in diesen Prozess eingebunden, damit sie nicht sagen: Das kommt aus Brüssel, und ich will es nicht. Sondern sie müssen mitgenommen werden. Ich sehe das im Wesentlichen als ein Kommunikationsproblem an.“

3.4.9 Staatliche Einflussnahme auf den Wandel

In diesem Unterkapitel wird der Frage nachgegangen, wie der Staat den Transformationsprozess unterstützen kann. Die Auswertung hat ganz unterschiedliche Einflussmöglichkeiten ergeben, wobei an erster Stelle zielgerichtete Maßnahmen anstatt einer Gießkannenmentalität stehen: „Insgesamt glaube ich, kann vieles besser unterstützt werden, wenn es zielgerichteter mit weniger Gießkannenmentalität umgesetzt wird.“ Daran schließt sich der Bürokratieabbau an: „Der Staat könnte Bürokratie abbauen, Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien möglichst beschleunigen (...), sodass wir möglichst schnell diese Themen nach vorne treiben.“ Des Weiteren werden finanzielle Anreize an Stelle von Verboten und Regeln gefordert oder zumindest ein guter Kompromiss im Sinne einer Förderung und Forderung: „Also das ganze System über Anreize und nicht über Verbote und Regeln.“ Als weiterer Aspekt wurde die Verbraucherbildung genannt: „Also darf es durchaus mit Bildungsangeboten einhergehen.“ Zeitgleich wird auf der anderen Seite die Einbeziehung der Landwirtschaft in politische Entscheidungen als sinnvoll erachtet: „Das ist vielleicht das Wichtige, dass die Politik mehr auf die Praktiker hört. Ich glaube, dass die komplett den Kontakt zur Landwirtschaft verloren haben.“

Deutlich seltener, aber dennoch vertreten ist auch in dieser Kategorie der Wunsch nach standortspezifischen Regelungen: „Ich würde es gut finden, wenn quasi mehr auf die Region eingegangen wird und Dinge nicht pauschal geregelt werden würden.“ Vereinzelt wurden zudem Themen angesprochen, welche den Aufbau von Vorräten beinhalten und auf die Versorgungssicherheit abzielen: „Bis wir wieder in ein ruhiges Fahrwasser im Weltmarkt kommen, wird es sicherlich notwendig sein, erstmal wieder Vorratshaltung zu betreiben.“ Das Sicherheitsbedürfnis spiegelt sich zu guter Letzt auch in der Forderung nach mehr Planungssicherheit wider: „Und dass wir vor allem bei diesem Wandel zu mehr Nachhaltigkeit Planungssicherheit schaffen.“

3.4.10 Freiflächen-Photovoltaik im Spannungsverhältnis zur Lebensmittelerzeugung

Der rasch voranschreitende Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik ist in der politischen Debatte in Deutschland vor allem wegen des damit verbundenen Verlustes an landwirtschaftlich genutzter Fläche, insbesondere wertvoller Ackerfläche, kritisiert worden. Die Auswertung der im Rahmen der Stakeholder-Befragung gesammelten Aussagen zeigt eine breite Unterstützung für den weiteren Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik. Lediglich vier Interviewteilnehmer lehnen Freiflächen-Photovoltaik in Deutschland ab: „Ich bin überhaupt nicht überzeugt davon, dass PV-Anlagen auf diesen Flächen errichtet werden müssen. Ich bin im Grunde genommen ein Freund des globalisierten Marktes, und wir haben Regionen in der Welt, wo wir Energie anders erzeugen können und zu viel effizienteren Bedingungen.“ Stattdessen wird von diesen Interviewteilnehmern unter anderem die Meinung vertreten, dass sich andere erneuerbare Energien wie Windkraft besser eignen: „Wir haben andere alternative Formen, Energie zu produzieren, die deutlich effizienter sind und einen mit Abstand geringeren Flächenverbrauch haben.“

Den Gegnern der Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen steht eine Mehrheit an Befürwortern gegenüber, die allerdings die Etablierung solcher Anlagen an

gewisse Bedingungen knüpfen. So wird deutlich, dass die Lebensmittelproduktion grundsätzlich Vorrang haben sollte und somit die Etablierung der Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in jedem Fall standortabhängig durchgeführt werden muss: „Und der Flächenverbrauch findet zumeist statt auf den hochproduktiven, wertvollen Flächen. Und in der Tat ist das etwas, wo ich sagen würde, da haben wir tatsächliche Zielkonflikte, die wir zugunsten von Nahrungsmittelproduktion etc. eher nutzen sollten, als für die Erzeugung von Photovoltaik.“ Die standortabhängige Umsetzung wird ergänzt durch die Forderung nach einem Raumordnungsverfahren, welches die Chancengleichheit betrifft und sicherstellen soll, dass auch Landwirte in Regionen mit günstigen Standortbedingungen von der Förderung profitieren können: „Was wir brauchen, ist tatsächlich (...) ein vernünftiges Raumordnungsverfahren für freie Freiflächen-PV.“

3.4.11 Steigende Verbraucherpreise für höhere Tierwohlstandards

In dieser Kategorie hat die Auswertung der Aussagen deutlich gezeigt, dass für höhere Tierwohlstandards als logische Konsequenz höhere Preise gezahlt werden müssen. Damit stehen die Aussagen der befragten Wirtschaftsvertreter im Einklang mit den Ergebnissen der Q-Typisierung: Sowohl seitens der Verbraucher als auch der Landwirte und der befragten Wirtschaftsvertreter wird einhellig die Meinung vertreten, dass die Anhebung der Tierwohlstandards durch höhere Produktpreise finanziert werden sollte. Einige Zitate: „Ja, ich glaube, dass es unabdingbar ist. Es gibt aus Augsburg eine gute Studie, wie hoch die Kosten eigentlich wären, wenn alle Kosten eingepreist sind. Und danach kostet konventionell erzeugtes Fleisch 25% dessen, was es eigentlich kostet, um es zu produzieren. Das ist einfach zu billig.“ Dennoch machen die Interviewteilnehmer deutlich, dass zwischen Theorie und Praxis ein großer Unterschied besteht, da häufig der Preis und nicht die Qualität entscheidet: „Und wenn dann im Prinzip die Leute weiterhin nicht auf die Haltung gucken, sondern nur auf den Preis, dann wird das dazu führen, dass im Prinzip diese höheren Tierhaltungsstufen nicht genommen werden und damit das

zum Rohrkrepierer wird.“ Auch sei die Bedeutung des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) für die Entwicklung in der Tierhaltung nicht zu unterschätzen: „Das ist ja das Schlimme, dass wir heute in diese Entwicklung in der Tierhaltung eigentlich durch den LEH getrieben werden.“ Lediglich eine Interviewteilnehmerin fordert in Bezug auf die steigenden Verbraucherpreise eine finanzielle Unterstützung durch den Staat: „Die sollte dann ausgeglichen werden, beispielsweise durch Mehrwertsteueranpassungen. Da gibt es ja Instrumente, die der Staat nutzen kann, sodass die Belastung für die einzelnen Personen überschaubar bleibt, damit sich natürlich jeder gesunde Lebensmittel leisten kann.“

3.4.12 Fleischkonsum

Die letzte Kategorie beschäftigt sich mit der künftigen Entwicklung des Fleischkonsums und der Tierhaltungskennzeichnung. Die Reduktion des Fleischkonsums im Hinblick auf die Nachhaltigkeit wurde viel diskutiert, wobei sich eine eindeutige Notwendigkeit abzeichnet, den Fleischkonsum zu reduzieren: „Also der wird sich reduzieren, einfach durch die Änderung der Ernährungsgewohnheiten. Er müsste reduziert werden, zumindest aus Sicht der Ernährungssituation in Deutschland.“ Wichtig in diesem Zusammenhang sei die Verbraucherbildung: „Ich glaube, wenn man diese Verbraucherbildung größer anlegt und das eben auch klar macht, auch eben mehr über andere Produkte oder andere Lebensmittel informiert, dann könnte es halt schon sein, dass der Fleischkonsum zurückgeht.“ Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass die Wahlfreiheit der Verbraucher bereits eingeschränkt ist und dass vor allem das Verbraucherverhalten über die Fleischproduktion und damit die Tierhaltung entscheidet: „Am Ende des Tages muss der Verbraucher entscheiden, was er essen möchte und was er nicht essen möchte. Möchte er Fleisch essen, dann soll er gerne Fleisch essen. Möchte er pflanzliche Nahrung zu sich nehmen, dann soll er auch pflanzliche Nahrung zu sich nehmen.“

In Anbetracht der politischen Entwicklungen und den Entwicklungen in der Tierhaltung wurde als Ergänzung zum Fleischkonsum die Einstellung zu

Fleischimporten abgefragt. Hierbei fällt auf, dass von allen Befragungsteilnehmern die Gefahr steigender Fleischimporte erkannt wird und viele Teilnehmer den Import in bestimmten Bereichen bereits als problematisch ansehen: „Genau das ist eine tiefe Sorge, (...) weil wir im Selbstversorgungsgrad extrem niedrig sind. Wir sind im Geflügelbereich, im Hähnchenbereich unter 100 % Selbstversorgungsgrad. Wir sind im Putenbereich bei irgendwo 70 %, mit sinkender Tendenz.“ Die Besorgnis bei den zunehmenden Fleischimporten besteht überwiegend in den nicht zu kontrollierenden Produktionsbedingungen und -standards: „Da würde ich mir schon irgendwo Sorgen machen, da es Möglichkeiten gibt, es im Ausland billiger zu produzieren oder mehr zu produzieren und es dann eben nicht den ökologischen Standards entspricht, die ich mir wünschen würde hier für Deutschland.“

Den letzten Bereich in dieser Kategorie bildet die staatliche Tierhaltungskennzeichnung. Auch hier zeigt sich ein klares Meinungsbild, dass die Mehrheit der Interviewteilnehmer die Tierhaltungskennzeichnung befürwortet oder zumindest für sinnvoll hält, bei entsprechender Kommunikationsstrategie und Bezahlung: „Ich bin zweckoptimistisch, aber habe auch so ein bisschen die Befürchtung, dass es nicht wirklich zieht, wenn es nicht gleichzeitig eine enorme Kommunikationsstrategie gibt, um den Verbrauchern zu erklären, warum sie jetzt vier Euro oder zwei Euro bezahlen sollen.“ Neben den zahlreichen Befürwortern gibt es auf der anderen Seite vereinzelt Gegner der staatlichen Tierhaltungskennzeichnung, die diese generell ablehnen oder die vorhandene privatwirtschaftliche Tierhaltungskennzeichnung bevorzugen: „Das, was Herr Özdemir sich da jetzt ausgedacht hat hinsichtlich der Tierhaltungskennzeichnung, ist der absolute Humbug. Das Ganze gibt es schon. Weil die Vorgängerin von Özdemir da zu langsam gewesen ist, ist der Handel daran vorbeimarschiert. Und es macht absolut keinen Sinn, zwei unterschiedliche Tierhaltungskennzeichnungen auf einer Verpackung zu haben.“

4: FAZIT

Nach drei Dekaden der Ausrichtung der Land- und Ernährungswirtschaft an ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen katapultierte der Ausbruch des Ukraine-Kriegs Produktivitäts- und Versorgungsziele zurück auf die politische Agenda. Forderungen nach mehr Autarkie, Abbau von produktivitätshemmenden Auflagen und einem stärkeren Beitrag der deutschen Landwirte zur Welternährung erfuhren im politischen Prozess gesteigerte Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund widmete sich die vorliegende Studie der Frage, wie sich drei gesellschaftliche Gruppen (Landwirte, Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund sowie Branchenvertreter) die Zukunft der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft vorstellen und welche Wünsche sie an den Transformationsprozess haben. Hat der Ukraine-Krieg das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Anforderungen zugunsten von Produktivitätszielen verschoben? Gibt es ein solches Gleichgewicht überhaupt? Wo bestehen Gemeinsamkeiten und wo liegen die Unterschiede in den Vorstellungen und Wünschen der Beteiligten? Antworten auf diese Fragen lieferten drei Stakeholder-Befragungen mittels Q-Methodik und qualitativen Tiefeninterviews. Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Ukraine-Krieg hat das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen alten und neuen gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft und das Ernährungssystem nicht wesentlich verschoben.

Versorgungssicherheit ist nur für einen kleinen Teil der befragten Konsumenten überhaupt ein Thema. Das liegt vermutlich an dem vergleichsweise hohen Bildungsniveau der Befragten und einem damit einhergehenden überdurchschnittlichen Einkommen. Möglicherweise wird die knappere Versorgungslage mit hohen Lebensmittelpreisen gleichgesetzt, die vergleichsweise leicht zu schultern sind. Auf jeden Fall halten die befragten Konsumenten die knappere Versorgungslage für das kleinere Übel im Vergleich zur „Opferung“ der territorialen Integrität der Ukraine.

Von einem „Gleichgewicht“ kann man nicht wirklich sprechen. Die alten Diskrepanzen in den Ansichten von Landwirten und der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung bestehen fort. Während unter den befragten Landwirten die Gruppe derer überwiegt, die an einem „Weiter so“ festhalten, gibt es unter den befragten Konsumenten keine Gruppe, die diese Ansicht teilt. Vielmehr besteht unter den Konsumenten mehrheitlich der Wunsch nach einer fortgesetzten Ausrichtung des Sektors an Nachhaltigkeitszielen. Alte Reibungspunkte zwischen den beiden gesellschaftlichen Gruppen bestehen fort und müssen gelöst werden. Dies ist eine Mammutaufgabe, deren Lösung eine Veränderung des Rollenverständnisses der Landwirte (vom „Ernährer der Menschheit“ zum „Dienstleister der Gesellschaft“ und einer Kommunikationsoffensive bedarf.

Uneingeschränkte Einigkeit zwischen Landwirten und Nicht-Landwirten besteht darin, dass die territoriale Unabhängigkeit der Ukraine auf jeden Fall gewahrt werden soll und dass die Wirtschaftsembargos gegen Russland aus diesem Grund beibehalten werden sollen, auch wenn dies zu einer Verknappung von Lebensmitteln führt. Einigkeit besteht weiterhin darüber, dass die Konsumenten zur Finanzierung höherer Tierwohl- und Umweltstandards stärker in die Pflicht genommen werden sollten.

Unter den befragten Branchenvertretern bestehen deutlich weniger Diskrepanzen in den Ansichten über die zukünftige Entwicklung des Ernährungssystems als zwischen Landwirten und Nicht-Landwirten. So besteht weitgehend Konsens darüber, dass Großbetriebe eine wichtige Rolle für die Grundversorgung spielen, während kleinere Betriebe für Diversität sorgen. Weiterhin ist man sich einig, dass der Klimaschutz eine hohe Relevanz hat und in der Gemeinsamen Agrarpolitik zukünftig eine wichtige Rolle spielen muss und die Landwirtschaft die in der Farm-to-Fork-Strategie festgelegten Ziele erreichen sollte. Übereinstimmung besteht auch darin, dass Landwirtschaft standortangepasst betrieben werden sollte. So sollten Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen nur auf ertragsschwachen Standorten errichtet werden und Ökolandbau vorwiegend dort betrieben werden, wo die natürlichen Standortver-

hältnisse diesem zuträglich sind. Weitgehend einig ist man sich auch, dass die Gemeinsame Agrarpolitik stärker auf Gemeinwohlziele ausgerichtet werden sollte und die Mittel zielgerichteter als bisher eingesetzt werden sollten. „Geld mit der Gießkanne“ zu verteilen passe nicht mehr in die Zeit, da dies den Strukturwandel massiv fördere und die Diversität kleiner Betriebe einschränke. Alle befragten Branchenvertreter prognostizieren einen weiteren Rückgang der Tierbestände als Anpassung auf die rückläufige Nachfrage. Normative Aussagen, etwa dass die Tierbestände aufgrund des Ressourcenverbrauchs stärker reduziert werden sollten, finden sich hingegen nur vereinzelt.

Unterschiedliche Auffassungen auf Seiten der Branchenvertreter gibt es bezüglich der Forderung nach mehr Autarkie. Die einen sprechen sich mit Blick auf höhere Selbstversorgungsgrade und volatile internationale Lieferketten dafür aus. Oft ist dies auch mit dem Gedanken an Regionalität und Nachhaltigkeit verbunden. Der überwiegende Teil ist für eine Offenhaltung der Märkte, allerdings unter gewissen Einschränkungen, etwa dass Tierwohl- und Umweltstandards international harmonisiert werden, um die deutsche Landwirtschaft (insbesondere die Tierhaltung) langfristig konkurrenzfähig zu halten. In diesem Zusammenhang wurde auch mehrfach die Gefahr steigender Fleischimporte genannt. Importiertes Fleisch unterliege nicht den einheimischen Produktions- und Qualitätsstandards.

Unter den Branchenvertretern unterscheidet sich die Schärfe der Aussagen deutlich. Während weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Richtung des Transformationsprozesses besteht, gibt es deutliche Unterschiede in der Vehemenz, mit der die jeweiligen Auffassungen vertreten werden. So decken die Forderungen das gesamte Spektrum von „organischen Anpassungsprozessen“ bis hin zu einem „radikalen Systemwechsel“ ab. Dies betrifft insbesondere die zukünftige Rolle von Tierhaltung und Fleischkonsum. Die Aussagen reichen von einer „Reduktion der Tierbestände in Anpassung an die rückläufige Nachfrage“ bis hin zum „veganen Ökolandbau“.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die geäußerten Sichtweisen in zwei größere Lager zusammenfassen lassen. Die einen sind für einen Wandel der Land- und Ernährungswirtschaft in Richtung mehr Nachhaltigkeit, die anderen plädieren für ein „Weiter so“. Das „Weiter so“ wird vor allem auf der Seite der befragten Landwirte gefordert. Sie wollen planbare Veränderungen, keine Verschärfungen der Agrarpolitik und des Ordnungsrechts und empfinden es als wichtig, unabhängiger von Lebensmittelimporten zu werden. Der Ruf nach einem Wandel des Sektors wird vor allem auf Konsumentenseite laut. Der größte Teil der Konsumenten fordert mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft, mehr Klimaschutz und mehr Biodiversität.

Diese Konsumenten sehen den Schlüssel zur Versorgungssicherheit im Umwelt- und Klimaschutz. Die Branchenvertreter sehen für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Green Deals vor allem den Aspekt „öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Landwirte müssten etwas für den Umwelt- und Klimaschutz tun, um GAP-Prämien zu erhalten, ohne solche Bemühungen gehe es nicht. Die Branchenvertreter fordern zum einen die Landwirte auf, sich den notwendigen Veränderungen der Zukunft nicht zu verschließen. Zum anderen fordern sie auch die Politik auf, Landwirte in den Prozess der Entscheidungsfindung einzubeziehen, um die Akzeptanz politischer Maßnahmen zu erhöhen und bestehende Widerstände zu auflösen.



5: ANHANG

Anhang 1: Interviewleitfaden für die Experteninterviews

Fragen Interviewpartner:

Allgemeine Fragen:

- Bitte geben Sie einen kurzen Überblick über Ihren beruflichen Werdegang, einen möglichen landwirtschaftlichen Hintergrund und das Berufsfeld, in dem Sie derzeit tätig sind.
- Welche Möglichkeiten der Einflussnahme haben Sie auf Wirtschaftspartner?

Märkte:

Autarkie vs. Versorgungssicherheit:

- Wie bewerten Sie staatliche Eingriffe in Märkte und finden Sie Regelungen mit mehr Autarkiebestrebungen wären in Zukunft denkbar um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten?

Warenterminmärkte vs. Versorgungssicherheit:

- Ist Ihr Unternehmen an Warenterminmärkten aktiv?
- Sind Sie der Meinung, dass Warenterminmärkte, die oftmals mit der Spekulation mit Lebensmitteln in Verbindung gebracht werden, hinsichtlich der Nahrungskrise das richtige Instrument sind?

Autarkie vs. Versorgungssicherheit:

- Sollte der Staat Ihrer Meinung nach Märkte offen halten und auch internationale Märkte offen lassen?
- Sollte die Politik in Deutschland Akteure entlang der Wertschöpfungskette bevorzugen oder an einem offenen, weltmarktorientierten Ernährungssektor festhalten?

Strukturwandel:

- Wie stellen Sie sich zukunftsorientierte Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft vor (Grad der Spezialisierung, Größe, Verhältnis Tierhaltung/Ackerbau)?
- Tragen große oder kleine und/oder spezialisierte Betriebe zur Ernährungssicherheit bei?

Versorgungssicherheit vs. Wettbewerbsfähigkeit:

- Haben Sie die Befürchtung, dass durch Importe die inländische Produktion zurückgedrängt wird und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ernährungswirtschaft beeinträchtigt wird?

Politik:

Nachhaltigkeit vs. Versorgungssicherheit:

- Wie sollte die zukünftige GAP ausgerichtet sein in Bezug auf das Spannungsfeld Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit und braucht die GAP dafür neue Instrumente?
- Sind Sie der Meinung, dass produktionsbeschränkende Maßnahmen der GAP, wie Ökoregelungen und Konditionalität, angesichts der aktuellen Lage zeitgemäß sind?
- Halten Sie die im Green Deal verankerten Ziele in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen vor dem Hintergrund des Konfliktes Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als zeitgemäß und wie schätzen Sie die Umsetzbarkeit ein?
- Sollte die Landwirtschaft einen Beitrag zur Erreichung der im Green Deal verankerten Ziele leisten, auch wenn dies zu Lasten der Produktivität und Ernährungssicherung geht und dadurch die Verbraucherpreise steigen?

Tank vs. Teller:

- Muss die Diskussion „Tank oder Teller“ angesichts der weltpolitischen Lage neu aufgemacht werden?

Flächenversiegelung vs. Ökologie:

- Halten Sie es für zeitgemäß, wertvolle Ackerflächen mit PV-Anlagen zu versiegeln, während auf der anderen Seite Regelungen wie das Umbruchverbot und der Fruchtwechsel bestehen?

Umwelt/Klima/Ökolandbau:

Ökologie vs. Versorgungssicherheit:

- Halten Sie produktionsreduzierende Maßnahmen, die einer klimafreundlichen, nachhaltigen und biodiversen Landwirtschaft dienen, für zeitgemäß?

Ökolandbau vs. Versorgungssicherheit:

- Sollte Ihrer Meinung nach, vor dem Hintergrund des Spannungsfeldes Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit, der Ökolandbau in der Zukunft ausgeweitet werden, auch wenn damit im Vergleich zum konventionellen Anbau nur ca. die Hälfte der Erträge erzielt werden können?

Tier:

Ökologie vs. Wahlfreiheit des Konsumenten:

- Sind Sie der Meinung, dass für eine nachhaltigere und zukunftsorientiertere Landwirtschaft der Fleischkonsum reduziert und der Verzehr von vegetarischen oder insbesondere veganen Lebensmitteln erhöht werden sollte?

Tierwohl vs. Bezahlbare Lebensmittel:

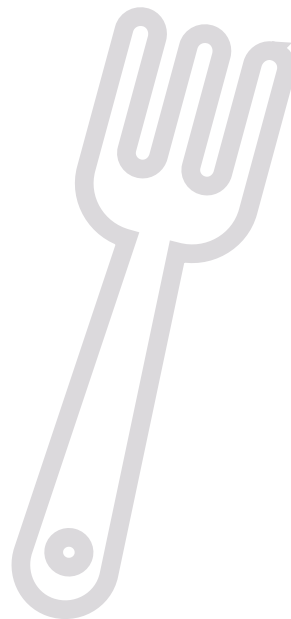
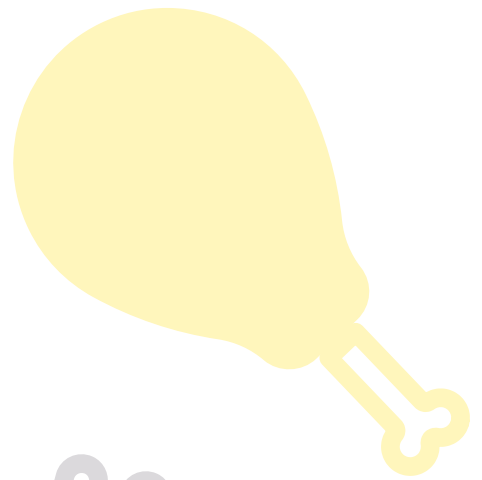
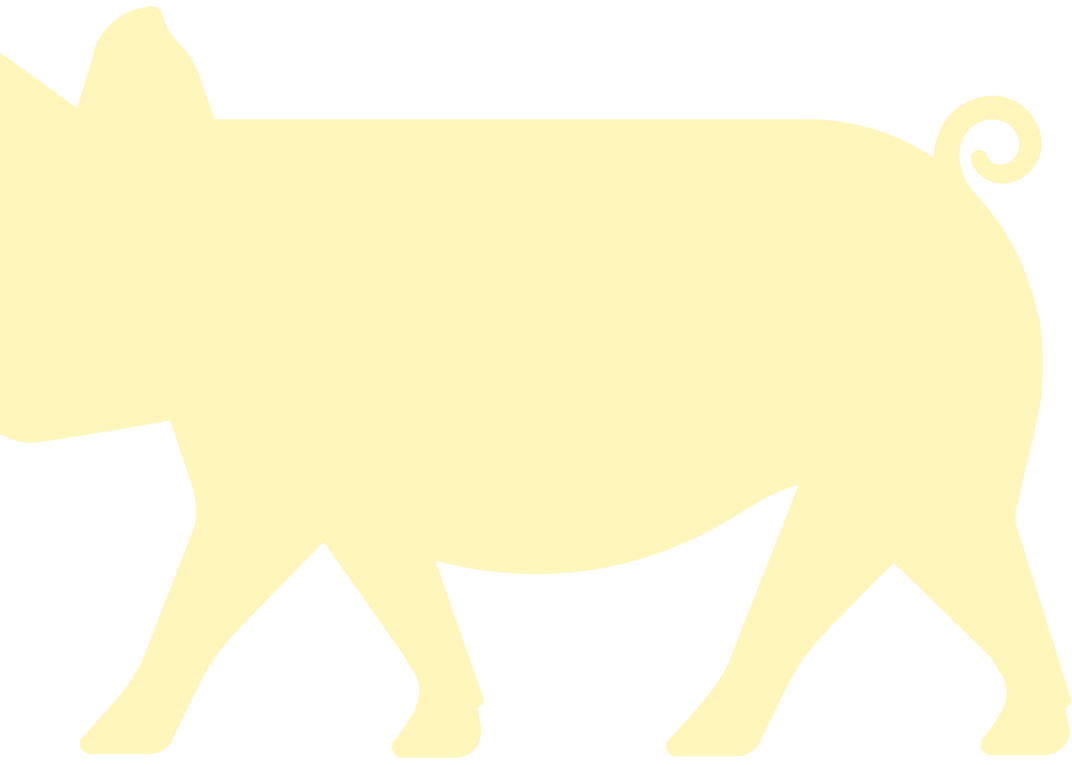
- Machen Sie sich aufgrund der zurzeit laufenden Tierbestandsentwicklung Sorgen, dass die Versorgungssicherheit mit Tieren gefährdet werden könnte und es zu vermehrten Importen von Fleisch aus dem Ausland kommt, wobei kein Einfluss auf die Produktionsbedingungen genommen werden kann?
- Halten Sie es für richtig, dass durch steigende Tierhaltungsstandards die Verbraucherpreise steigen?

Qualität statt Quantität:

- Kann Ihrer Meinung nach die verpflichtende staatliche Tierhaltungskennzeichnung dazu beitragen, den Fleischkonsum nachhaltiger zu machen, also weniger Fleisch aber dafür hochwertigeres Fleisch zu konsumieren?
- Wäre es aus Ihrer Sicht akzeptabel, wenn höhere Tierwohlstandards dazu führen, dass weniger Tiere erzeugt werden, allerdings zu einem höheren Preis?

Ausblick:

- Könnte der Staat den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit besser unterstützen und fördern?
- Was sind ihre priorisierten konkrete Wünsche und Vorstellungen für eine Landwirtschaft der Zukunft?



Anhang 2: Q-Grid der Meinungsgruppe 1 befragter Landwirte (L 1)

-4	-3	-2	-1	0
** ◀ Das Ziel 30%w im Ökolandbau bis 2030 sollte trotz der angespannten Versorgungslage weiterhin verfolgt werden.	** ▶ Eine schnelle Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern rechtfertigt die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen für Freiflächen-PV-Anlagen.	** ◀ Die Landwirtschaft sollte sich wieder mehr auf die heimischen Märkte und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln konzentrieren, statt Energie vom Acker zu erzeugen.	* ▶ Um der globalen Ernährungs Krise zu begegnen, muss die hiesige Produktion weiter intensiviert werden, auch zu Lasten der Nachhaltigkeit.	Direktvermarktung und hofeigene Verarbeitung sollten eine größere Rolle spielen, auch wenn das für den Verbraucher teurer wird.
** ◀ Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.	** ◀ Kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte zum Agrarpolitischen Leitbild werden.	** ◀ Wir dürfen hierzulande nicht länger Lebensmittel in Verbrennungsmotoren verheizen, während Millionen Menschen der Hungertod droht.	* Bioverbände sollten nicht schwach werden und die hohen Standards für ökologische Landwirtschaft aufrechterhalten.	** ▶ Saisonal und Regional ist immer richtig, aber besser keine Bioprodukte angesichts der Ernährungs Krise.
	** Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.	** Um die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, sollten die wirtschaftlichen Embargos gegen Russland ausgesetzt werden.	* Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherung sollten uns nicht von Nachhaltigkeitszielen abbringen.	Autarkie und ein höherer Selbstversorgungsgrad sind adäquate Mittel zur Bewältigung der Welternährungskrise.
	* Verbrauch und Verzehr tierischer Nahrungsmittel müssen drastisch reduziert werden – mindestens um die Hälfte.	** Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.	Um die Welt ausreichend mit Getreide zu versorgen, sollte in Deutschland weniger Energie auf dem Acker produziert werden und dafür mehr Windparks gebaut werden.	Es ist wichtiger denn je, die Märkte offen zu halten. Nur so kommen Nahrungsmittel dort an, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den ärmsten Ländern der Welt.
			Wareterminbörsen spielen in der Krise eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Verbraucherpreise.	** Blühstreifen längs von Feldern sind eine Bereicherung der Landschaft, die trotz der kritischen Welternährungslage beibehalten werden sollte.
				* Viele Entwicklungsländer haben sich an die jahrelangen kostenlosen Hilfen gewöhnt. Eigenverantwortung für die Ernährung Ihrer Bürger wurde selten aufgebaut.
				** Um jungen Menschen eine lebenswerte Welt zu erhalten, müssen wir, trotz der angespannten Versorgungslage, schnell auf eine klima- und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsweise umstellen.

1	2	3	4
Es ist genug da, aber die Angst, es könnte weniger werden, treibt die Preise nach oben, und manche verdienen sich damit eine goldene Nase.	Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise sollte die gemeinsame Agrarpolitik Produktionsbeschränkungen (z.B. Flächenstilllegung) aussetzen.	Die klare Lehre aus der jetzigen Situation muss sein, Abhängigkeiten zu verringern, auch hinsichtlich der Lebensmittelversorgung.	** ► Das Kaufverhalten zeigt, dass vielen Käufern der eigene Geldbeutel wichtiger ist als Bio, Tierwohl bzw. die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.
* ► Man sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln, generell mit lebensnotwendigen Dingen, sehr stark einschränken und wenn das die Lage nicht entspannt, verbieten.	Eine Rückbesinnung auf regionale Wertschöpfungsketten dient der ökologischen Nachhaltigkeit und verringert Unsicherheiten in der globalen Beschaffung.	* ► Bei Gasmangel sollten Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie zu den „geschützten Kunden“ zählen.	** ► Der Import von Fleisch aus nicht EU-Länder sollte stark eingeschränkt werden.
** ► Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Zeit.	** Die Umweltgesetzgebung für die Landwirtschaft (z.B. Pflanzenschutzmittelanwendungs- und Düngeverordnung) sollte angesichts der Ernährungskrise entschärft werden.	Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.	
Gesunde und nachhaltige Ökosysteme in Europa sind der Schlüssel zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.	** Die Versorgung mit Agrarprodukten muss Vorrang vor der Umsetzung gesellschaftlich gewünschter Veränderungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft haben.	Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.	
** Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.			

Darstellung: siehe auch Kapitel 2

Anhang 3: Q-Grid der Meinungsgruppe 2 befragter Landwirte (L 2)

-4	-3	-2	-1	0
<p>** ◀ Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.</p>	<p>** ◀ Saisonal und Regional ist immer richtig, aber besser keine Bioprodukte angesichts der Ernährungskrise.</p>	<p>* ◀ Warenterminbörsen spielen in der Krise eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Verbraucherpreise.</p>	<p>** ▶ Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.</p>	<p>Es ist genug da, aber die Angst, es könnte weniger werden, treibt die Preise nach oben und manche verdienen sich damit eine goldene Nase.</p>
<p>** ◀ Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Zeit.</p>	<p>** ◀ Um die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, sollten die wirtschaftlichen Embargos gegen Russland ausgesetzt werden.</p>	<p>** ▶ Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.</p>	<p>Wir dürfen hierzulande nicht länger Lebensmittel in Verbrennungsmotoren verheizen, während Millionen Menschen der Hungertod droht.</p>	<p>** ◀ Bei Gasmangel sollten Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie zu den „geschützten Kunden“ zählen.</p>
	<p>Eine schnelle Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern rechtfertigt die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen für Freiflächen-PV-Anlagen.</p>	<p>** ◀ Autarkie und ein höherer Selbstversorgungsgrad sind adäquate Mittel zur Bewältigung der Welternährungskrise.</p>	<p>* ◀ Viele Entwicklungsländer haben sich an die jahrelangen kostenlosen Hilfen gewöhnt. Eigenverantwortung für die Ernährung Ihrer Bürger wurde selten aufgebaut.</p>	<p>Direktvermarktung und hofeigene Verarbeitung sollten eine größere Rolle spielen, auch wenn das für den Verbraucher teurer wird.</p>
	<p>** ◀ Um der globalen Ernährungskrise zu begegnen, muss die hiesige Produktion weiter intensiviert werden, auch zu Lasten der Nachhaltigkeit.</p>	<p>** ◀ Die Umweltgesetzgebung für die Landwirtschaft (z.B. Pflanzenschutzmittelanwendungen- und Düngerverordnung) sollte angesichts der Ernährungskrise entschärft werden.</p>	<p>Um die Welt ausreichend mit Getreide zu versorgen, sollte in Deutschland weniger Energie auf dem Acker produziert werden und dafür mehr Windparks gebaut werden.</p>	<p>** ▶ Verbrauch und Verzehr tierischer Nahrungsmittel müssen drastisch reduziert werden – mindestens um die Hälfte.</p>
			<p>** ◀ Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise sollte die gemeinsame Agrarpolitik Produktionsbeschränkungen (z.B. Flächenstilllegung) aussetzen.</p>	<p>Es ist wichtiger denn je, die Märkte offen zu halten. Nur so kommen Nahrungsmittel dort an, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den ärmsten Ländern der Welt.</p>
				<p>* Man sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln, generell mit lebensnotwendigen Dingen sehr stark einschränken und wenn das die Lage nicht entspannt, verbieten.</p>
				<p>** ◀ Die Versorgung mit Agrarprodukten muss Vorrang vor der Umsetzung gesellschaftlich gewünschter Veränderungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft haben.</p>

1	2	3	4
** ◀ Die klare Lehre aus der jetzigen Situation muss sein, Abhängigkeiten zu verringern, auch hinsichtlich der Lebensmittelversorgung.	* ▶ Gesunde und nachhaltige Ökosysteme in Europa sind der Schlüssel zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.	Eine Rückbesinnung auf regionale Wertschöpfungsketten dient der ökologischen Nachhaltigkeit und verringert Unsicherheiten in der globalen Beschaffung.	Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.
** ▶ Bioverbände sollten nicht schwach werden und die hohen Standards für ökologische Landwirtschaft aufrechterhalten.	Der Import von Fleisch aus nicht EU-Ländern sollte stark eingeschränkt werden.	** ▶ Um jungen Menschen eine lebenswerte Welt zu erhalten, müssen wir, trotz der angespannten Versorgungslage, schnell auf eine klima- und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsweise umstellen.	** ▶ Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.
** ▶ Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherung sollten uns nicht von Nachhaltigkeitszielen abbringen.	** Die Landwirtschaft sollte sich wieder mehr auf die heimischen Märkte und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln konzentrieren statt Energie vom Acker zu erzeugen.	Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.	
* Kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte zum Agrarpolitischen Leitbild werden.	** ▶ Blühstreifen längs von Feldern sind eine Bereicherung der Landschaft, die trotz der kritischen Welternährungslage beibehalten werden sollte.	** Das Kaufverhalten zeigt, dass vielen Käufern der eigene Geldbeutel wichtiger ist als Bio, Tierwohl bzw. die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.	
** ▶ Das Ziel 30% im Ökolandbau bis 2030 sollte trotz der angespannten Versorgungslage weiterhin verfolgt werden.			

Darstellung: siehe auch Kapitel 2

Anhang 4: Q-Grid der Meinungsgruppe 3 befragter Landwirte (L 3)

-4	-3	-2	-1	0
* ◀ Verbrauch und Verzehr tierischer Nahrungsmittel müssen drastisch reduziert werden – mindestens um die Hälfte.	** Das Ziel 30% im Ökolandbau bis 2030 sollte trotz der angespannten Versorgungslage weiterhin verfolgt werden.	** Um die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, sollten die wirtschaftlichen Embargos gegen Russland ausgesetzt werden.	** Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Zeit.	** ◀ Das Kaufverhalten zeigt, dass vielen Käufern der eigene Geldbeutel wichtiger ist als Bio, Tierwohl bzw. die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.
** ◀ Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.	** ◀ Blühstreifen längs von Feldern sind eine Bereicherung der Landschaft, die trotz der kritischen Welternährungslage beibehalten werden sollte.	* ◀ Bioverbände sollten nicht schwach werden und die hohen Standards für ökologische Landwirtschaft aufrechterhalten.	** ◀ Man sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln, generell mit lebensnotwendigen Dingen sehr stark einschränken und wenn das die Lage nicht entspannt, verbieten.	Autarkie und ein höherer Selbstversorgungsgrad sind adäquate Mittel zur Bewältigung der Welternährungskrise.
	** Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.	** ◀ Um jungen Menschen eine lebenswerte Welt zu erhalten, müssen wir, trotz der angespannten Versorgungslage, schnell auf eine klima- und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsweise umstellen.	Wareterminbörsen spielen in der Krise eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Verbraucherpreise.	Es ist wichtiger denn je, die Märkte offen zu halten. Nur so kommen Nahrungsmittel dort an, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den ärmsten Ländern der Welt.
	Eine schnelle Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern rechtfertigt die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen für Freiflächen-PV-Anlagen.	** ◀ Es ist genug da, aber die Angst, es könnte weniger werden, treibt die Preise nach oben und manche verdienen sich damit eine goldene Nase.	** ► Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.	Wir dürfen hierzulande nicht länger Lebensmittel in Verbrennungsmotoren verheizen, während Millionen Menschen der Hungertod droht.
			* Um der globalen Ernährungskrise zu begegnen, muss die hiesige Produktion weiter intensiviert werden, auch zu Lasten der Nachhaltigkeit.	Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherung sollten uns nicht von Nachhaltigkeitszielen abbringen.
				** ◀ Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.
				** Saisonal und Regional ist immer richtig, aber besser keine Bioprodukte angesichts der Ernährungskrise.

1	2	3	4
Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise sollte die gemeinsame Agrarpolitik Produktionsbeschränkungen (z.B. Flächenstilllegung) aussetzen.	** Die Versorgung mit Agrarprodukten muss Vorrang vor der Umsetzung gesellschaftlich gewünschter Veränderungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft haben.	Die klare Lehre aus der jetzigen Situation muss sein, Abhängigkeiten zu verringern, auch hinsichtlich der Lebensmittelversorgung.	Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.
Eine Rückbesinnung auf regionale Wertschöpfungsketten dient der ökologischen Nachhaltigkeit und verringert Unsicherheiten in der globalen Beschaffung.	Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.	** ► Direktvermarktung und hofeigene Verarbeitung sollten eine größere Rolle spielen, auch wenn das für den Verbraucher teurer wird.	** ► Die Umweltgesetzgebung für die Landwirtschaft (z.B. Pflanzenschutzmittelanwendungs- und Düngeverordnung) sollte angesichts der Ernährungskrise entschärft werden.
** ► Um die Welt ausreichend mit Getreide zu versorgen, sollte in Deutschland weniger Energie auf dem Acker produziert werden und dafür mehr Windparks gebaut werden.	* ► Kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte zum Agrarpolitischen Leitbild werden.	** ► Die Landwirtschaft sollte sich wieder mehr auf die heimischen Märkte und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln konzentrieren statt Energie vom Acker zu erzeugen.	
Gesunde und nachhaltige Ökosysteme in Europa sind der Schlüssel zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.	Der Import von Fleisch aus nicht EU-Ländern sollte stark eingeschränkt werden.	* Bei Gasmangel sollten Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie zu den „geschützten Kunden“ zählen.	
* ► Viele Entwicklungsländer haben sich an die jahrelangen kostenlosen Hilfen gewöhnt. Eigenverantwortung für die Ernährung Ihrer Bürger wurde selten aufgebaut.			

Darstellung: siehe auch Kapitel 2

Anhang 5: Q-Grid der Meinungsgruppe 1 befragter Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund (K 1)

-4	-3	-2	-1	0
** ◀ Um der globalen Ernährungskrise zu begegnen, muss die hiesige Produktion weiter intensiviert werden, auch zu Lasten der Nachhaltigkeit.	** ◀ Saisonal und Regional ist immer richtig, aber besser keine Bioprodukte angesichts der Ernährungskrise.	** ◀ Die Versorgung mit Agrarprodukten muss Vorrang vor der Umsetzung gesellschaftlich gewünschter Veränderungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft haben.	** ◀ Bei Gasmangel sollten Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie zu den „geschützten Kunden“ zählen.	** ▶ Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.
** ◀ Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Zeit.	** Um die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, sollten die wirtschaftlichen Embargos gegen Russland ausgesetzt werden.	Viele Entwicklungsländer haben sich an die jahrelangen kostenlosen Hilfen gewöhnt. Eigenverantwortung für die Ernährung Ihrer Bürger wurde selten aufgebaut.	Man sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln, generell mit lebensnotwendigen Dingen sehr stark einschränken und wenn das die Lage nicht entspannt, verbieten.	Kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte zum Agrarpolitischen Leitbild werden.
	** ◀ Die Umweltgesetzgebung für die Landwirtschaft (z.B. Pflanzenschutzmittelanwendung- und Düngeverordnung) sollte angesichts der Ernährungskrise entschärft werden.	** ◀ Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise sollte die gemeinsame Agrarpolitik Produktionsbeschränkungen (z.B. Flächenstilllegung) aussetzen.	** Um die Welt ausreichend mit Getreide zu versorgen, sollte in Deutschland weniger Energie auf dem Acker produziert werden und dafür mehr Windparks gebaut werden.	** ▶ Wir dürfen hierzulande nicht länger Lebensmittel in Verbrennungsmotoren verheizen, während Millionen Menschen der Hungertod droht.
	** Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.	* Eine schnelle Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern rechtfertigt die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen für Freiflächen-PV-Anlagen.	** ◀ Es ist wichtiger denn je, die Märkte offen zu halten. Nur so kommen Nahrungsmittel dort an, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den ärmsten Ländern der Welt, wo die Menschen Hunger leiden.	** Der Import von Fleisch aus nicht EU-Ländern sollte stark eingeschränkt werden.
			Warenterminbörsen spielen in der Krise eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Verbraucherpreise.	** Autarkie und ein höherer Selbstversorgungsgrad sind adäquate Mittel zur Bewältigung der Welternährungskrise.
				Es ist genug da, aber die Angst, es könnte weniger werden, treibt die Preise nach oben und manche verdienen sich damit eine goldene Nase.
				** ◀ Das Kaufverhalten zeigt, dass vielen Käufern der eigene Geldbeutel wichtiger ist als Bio, Tierwohl bzw. die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.

1	2	3	4
<p>** ► Blühstreifen längs von Feldern sind eine Bereicherung der Landschaft, die trotz der kritischen Welternährungslage beibehalten werden sollte.</p>	<p>Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherung sollten uns nicht von Nachhaltigkeitszielen abbringen.</p>	<p>** ► Die klare Lehre aus der jetzigen Situation muss sein, Abhängigkeiten zu verringern, auch hinsichtlich der Lebensmittelversorgung.</p>	<p>** ► Um jungen Menschen eine lebenswerte Welt zu erhalten, müssen wir, trotz der angespannten Versorgungslage, schnell auf eine klima- und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsweise umstellen.</p>
<p>Eine Rückbesinnung auf regionale Wertschöpfungsketten dient der ökologischen Nachhaltigkeit und verringert Unsicherheiten in der globalen Beschaffung.</p>	<p>** ◀ Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.</p>	<p>** ► Bioverbände sollten nicht schwach werden und die hohen Standards für ökologische Landwirtschaft aufrechterhalten.</p>	<p>► Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.</p>
<p>** Direktvermarktung und hofeigene Verarbeitung sollten eine größere Rolle spielen, auch wenn das für den Verbraucher teurer wird.</p>	<p>** ► Verbrauch und Verzehr tierischer Nahrungsmittel müssen drastisch reduziert werden – mindestens um die Hälfte.</p>	<p>* ► Gesunde und nachhaltige Ökosysteme in Europa sind der Schlüssel zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.</p>	
<p>** ◀ Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.</p>	<p>** ► Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.</p>	<p>** ► Das Ziel 30% im Ökolandbau bis 2030 sollte trotz der angespannten Versorgungslage weiterhin verfolgt werden.</p>	
<p>Die Landwirtschaft sollte sich wieder mehr auf die heimischen Märkte und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln konzentrieren statt Energie vom Acker zu erzeugen.</p>			

Darstellung: siehe auch Kapitel 2

Anhang 6: Q-Grid der Meinungsgruppe 2 befragter Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund (K 2)

-4	-3	-2	-1	0
** ◀ Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.	** ◀ Autarkie und ein höherer Selbstversorgungsgrad sind adäquate Mittel zur Bewältigung der Welternährungskrise.	Wir dürfen hierzulande nicht länger Lebensmittel in Verbrennungsmotoren verheizen, während Millionen Menschen der Hungertod droht.	** ◀ Der Import von Fleisch aus nicht EU-Ländern sollte stark eingeschränkt werden.	* Blühstreifen längs von Feldern sind eine Bereicherung der Landschaft, die trotz der kritischen Welternährungslage beibehalten werden sollte.
** ◀ Um die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, sollten die wirtschaftlichen Embargos gegen Russland ausgesetzt werden.	Das Ziel 30 % im Ökolandbau bis 2030 sollte trotz der angespannten Versorgungslage weiterhin verfolgt werden.	Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Zeit.	** ◀ Eine schnelle Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern rechtfertigt die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen für Freiflächen-PV-Anlagen.	Es ist genug da, aber die Angst, es könnte weniger werden, treibt die Preise nach oben und manche verdienen sich damit eine goldene Nase.
	** Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.	Um der globalen Ernährungskrise zu begegnen, muss die hiesige Produktion weiter intensiviert werden, auch zu Lasten der Nachhaltigkeit.	** ◀ Direktvermarktung und hofeigene Verarbeitung sollten eine größere Rolle spielen, auch wenn das für den Verbraucher teurer wird.	Die Umweltgesetzgebung für die Landwirtschaft (z.B. Pflanzenschutzmittelanwendungs- und Düngeverordnung) sollte angesichts der Ernährungskrise entschärft werden.
	** ◀ Kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte zum Agrarpolitischen Leitbild werden.	Viele Entwicklungsländer haben sich an die jahrelangen kostenlosen Hilfen gewöhnt. Eigenverantwortung für die Ernährung Ihrer Bürger wurde selten aufgebaut.	** Die Landwirtschaft sollte sich wieder mehr auf die heimischen Märkte und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln konzentrieren statt Energie vom Acker zu erzeugen.	Man sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln, generell mit lebensnotwendigen Dingen sehr stark einschränken und wenn das die Lage nicht entspannt, verbieten.
			** Verbrauch und Verzehr tierischer Nahrungsmittel müssen drastisch reduziert werden – mindestens um die Hälfte.	** Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.
				** ► Saisonal und Regional ist immer richtig, aber besser keine Bioprodukte angesichts der Ernährungskrise.
				** ► Warenterminbörsen spielen in der Krise eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Verbraucherpreise.

1	2	3	4
Eine Rückbesinnung auf regionale Wertschöpfungsketten dient der ökologischen Nachhaltigkeit und verringert Unsicherheiten in der globalen Beschaffung.	Bei Gasmangel sollten Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie zu den „geschützten Kunden“ zählen.	Das Kaufverhalten zeigt, dass vielen Käufern der eigene Geldbeutel wichtiger ist als Bio, Tierwohl bzw. die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.	* ► Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.
Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise sollte die gemeinsame Agrarpolitik Produktionsbeschränkungen (z.B. Flächenstilllegung) aussetzen.	** Um jungen Menschen eine lebenswerte Welt zu erhalten, müssen wir, trotz der angespannten Versorgungslage, schnell auf eine klima- und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsweise umstellen.	Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.	Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.
** Die Versorgung mit Agrarprodukten muss Vorrang vor der Umsetzung gesellschaftlich gewünschter Veränderungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft haben.	Die klare Lehre aus der jetzigen Situation muss sein, Abhängigkeiten zu verringern, auch hinsichtlich der Lebensmittelversorgung.	** ► Es ist wichtiger denn je, die Märkte offen zu halten. Nur so kommen Nahrungsmittel dort an, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den ärmsten Ländern der Welt.	
** ► Um die Welt ausreichend mit Getreide zu versorgen, sollte in Deutschland weniger Energie auf dem Acker produziert werden und dafür mehr Windparks gebaut werden.	Gesunde und nachhaltige Ökosysteme in Europa sind der Schlüssel zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.	Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherung sollten uns nicht von Nachhaltigkeitszielen abbringen.	
** Bioverbände sollten nicht schwach werden und die hohen Standards für ökologische Landwirtschaft aufrechterhalten.			

Darstellung: siehe auch Kapitel 2

Anhang 7: Q-Grid der Meinungsgruppe 3 befragter Konsumenten ohne landwirtschaftlichen Hintergrund (K 3)

-4	-3	-2	-1	0
** ◀ Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sollte verboten werden, auch wenn das zu höheren Fleischpreisen führt.	** Saisonal und Regional ist immer richtig, aber besser keine Bioprodukte angesichts der Ernährungskrise.	Um der globalen Ernährungskrise zu begegnen, muss die hiesige Produktion weiter intensiviert werden, auch zu Lasten der Nachhaltigkeit.	** ◀ Um jungen Menschen eine lebenswerte Welt zu erhalten, müssen wir, trotz der angespannten Versorgungslage, schnell auf eine klima- und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsweise umstellen.	* ▶ Man sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln, generell mit lebensnotwendigen Dingen sehr stark einschränken und wenn das die Lage nicht entspannt, verbieten.
** ◀ Zum Schutz von Tier, Umwelt und Klima sollten vermehrt vegetarische/vegane Alternativen zu Lebensmitteln tierischen Ursprungs bevorzugt werden.	Das Ziel 30% im Ökolandbau bis 2030 sollte trotz der angespannten Versorgungslage weiterhin verfolgt werden.	Wareterminbörsen spielen in der Krise eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Verbraucherpreise.	** ▶ Um die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen, sollten die wirtschaftlichen Embargos gegen Russland ausgesetzt werden.	** Es ist wichtiger denn je, die Märkte offen zu halten. Nur so kommen Nahrungsmittel dort an, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den ärmsten Ländern der Welt.
	** ◀ Verbrauch und Verzehr tierischer Nahrungsmittel müssen drastisch reduziert werden – mindestens um die Hälfte.	Angesichts der angespannten Welternährungslage passt die Förderung des ökologischen Landbaus nicht mehr in die Zeit.	** ◀ Um die Welt ausreichend mit Getreide zu versorgen, sollte in Deutschland weniger Energie auf dem Acker produziert werden und dafür mehr Windparks gebaut werden.	** ▶ Viele Entwicklungsländer haben sich an die jahrelangen kostenlosen Hilfen gewöhnt. Eigenverantwortung für die Ernährung Ihrer Bürger wurde selten aufgebaut.
	* ◀ Eine schnelle Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern rechtfertigt die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen für Freiflächen-PV-Anlagen.	** ▶ Eine wichtige Maßnahme gegen den Hunger in der Welt wäre es, den russischen Angriffskrieg sofort zu beenden, auch wenn dies zum Verlust der territorialen Integrität der Ukraine führt.	** ◀ Bioverbände sollten nicht schwach werden und die hohen Standards für ökologische Landwirtschaft aufrechterhalten.	** ◀ Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherung sollten uns nicht von Nachhaltigkeitszielen abbringen.
			Wir dürfen hierzulande nicht länger Lebensmittel in Verbrennungsmotoren verheizen, während Millionen Menschen der Hungertod droht.	Die Umweltgesetzgebung für die Landwirtschaft (z.B. Pflanzenschutzmittelanwendungs- und Düngeverordnung) sollte angesichts der Ernährungskrise entschärft werden.
				Blühstreifen längs von Feldern sind eine Bereicherung der Landschaft, die trotz der kritischen Welternährungslage beibehalten werden sollte.
				** ◀ Langfristig sind Biodiversitäts- und Klimaschutz die Voraussetzung, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

1	2	3	4
Die klare Lehre aus der jetzigen Situation muss sein, Abhängigkeiten zu verringern, auch hinsichtlich der Lebensmittelversorgung.	** ► Eine Rückbesinnung auf regionale Wertschöpfungsketten dient der ökologischen Nachhaltigkeit und verringert Unsicherheiten in der globalen Beschaffung.	Das Kaufverhalten zeigt, dass vielen Käufern der eigene Geldbeutel wichtiger ist als Bio, Tierwohl bzw. die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.	* Gut und umweltschonend hergestellte Lebensmittel gibt es nicht zu Schleuderpreisen.
** ► Autarkie und ein höherer Selbstversorgungsgrad sind adäquate Mittel zur Bewältigung der Welternährungskrise.	** ► Die Versorgung mit Agrarprodukten muss Vorrang vor der Umsetzung gesellschaftlich gewünschter Veränderungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft haben.	** Der Import von Fleisch aus nicht EU-Ländern sollte stark eingeschränkt werden.	Höhere Tierwohlstandards sollten durch höhere Verbraucherpreise finanziert werden.
Die Landwirtschaft sollte sich wieder mehr auf die heimischen Märkte und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln konzentrieren statt Energie vom Acker zu erzeugen.	Gesunde und nachhaltige Ökosysteme in Europa sind der Schlüssel zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.	** ► Direktvermarktung und hofeigene Verarbeitung sollten eine größere Rolle spielen, auch wenn das für den Verbraucher teurer wird.	
** ► Es ist genug da, aber die Angst, es könnte weniger werden, treibt die Preise nach oben und manche verdienen sich damit eine goldene Nase.	Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise sollte die gemeinsame Agrarpolitik Produktionsbeschränkungen (z.B. Flächenstilllegung) aussetzen.	► Bei Gasmangel sollten Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie zu den „geschützten Kunden“ zählen.	
Kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte zum Agrarpolitischen Leitbild werden.			

Darstellung: siehe auch Kapitel 2

Anhang 8: Legende zu Anhang 2 bis 7

*Distinguishing statement at $P < 0.05$

**Distinguishing statement at $P < 0.01$

► z-Score statement is higher than in all other factors

◄ z-Score statement is lower than in all other factors

6: REFERENZEN

- Block, J. (1978): The Q-sort method in personality assessment and psychiatric research. Springfield: Charles C Thomas Publisher.
- Brown, S. R. (1976): Die Q-Technik: Verstehen messbar gemacht. In: *Transfer* 2, S. 211–226.
- Brown, S. R. (1986): Q Technique and Method: Principles and procedures. In: W. D. Berry und M. S. Lewis (Hg.): *New tools for social scientists: Advances and applications in research methods*: Sage Publications, S. 57–76.
- Brown, S. R. (1993): A Primer in Q Methodology. In: *Operant Subjectivity* 16, S. 91–138.
- Coogan, J.; Herrington, N. (2011): Q methodology: an overview. In: *Research in Teacher Education* 1 (2), S. 18–24.
- Davies, B.; Hodge, I. (2012): Shifting environmental perspectives in agriculture: Repeated Q analysis and the stability of preferences. In: *Ecological Economics* 83, S. 51–57.
- Frohburg, I. (1973): Zur psychodiagnostischen Erfassung von Persönlichkeitsveränderungen mit Hilfe der Q-Sortierungstechnik. In: D. R. Hans, D. S. Hans und S. Hans (Hg.): *Persönlichkeitsdiagnostik. Probleme und Erkenntnisse persönlichkeitsdiagnostischer Forschungen in der klinischen Psychologie der DDR*. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, S. 133–199.
- Früh, Werner (2017): *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. 9. Auflage. Stuttgart: UTB GmbH; UVK (utbstudie-book, 2671). Online verfügbar unter <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.36198/9783838547350>.
- Götttert, R.; Asendorpf, J. (1989): Eine deutsche Version des California-Child-Q-Sort. Kurzform. In: *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie* 21 (1), S. 70–82.
- Grosswiler, P. (1990): *The shifting sensorium: A Q-methodology and critical theory exploration of Marshall McLuhan's visual and acoustic typologies in media, aesthetics and ideology*. Dissertation. University of Missouri, Columbia.
- Howard, R.; Tallontire, A.; Stringer, L.; Marchant, R. (2016): Which „fairness“, for whom, and why? An empirical analysis of plural notions of fairness in Fairtrade Carbon Projects, using Q methodology. In: *Environmental Science and Policy*, S. 100–109.
- Kato, J.; Schoenberg, R. (2014): The impact of post-merger integration on the customer-supplier relationship. In: *Industrial Marketing Management*, S. 335–345.
- Kuckartz, Udo (2010): *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*. 3., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Lehrbuch).
- Kuckartz, Udo (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 4., überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz Verlagsgruppe (Grundlagentexte Methoden). Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-1138552>.
- Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 11. Neuauflage. Weinheim: Beltz (Beltz Pädagogik). Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-1143991>.
- McKeown, B.; Thomas, D. B. (2013): *Q methodology*. 2 ed. Los Angeles, Calif.: SAGE Publications, Inc (Quantitative applications in the social sciences, 66).
- Minsel, W. R.; Heinz, M. (1983): Das Q-Sort Verfahren. In: H. Feger und J. Bredenkamp (Hg.): *Enzyklopädie der Psychologie*. Göttingen: Hogrefe (Datenerhebung, 2), S. 135–149.
- Müller, F. H.; Kals, E. (2004): Die Q-Methode. Ein innovatives Verfahren zur Erhebung subjektiver Einstellungen und Meinungen. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 5 (2).
- Rogers, C. R.; Dymond, R. F. (1954): *Psychotherapy and personality change*. The University of Chicago Press.
- Shilin, M.; Khaimina, O.; Klukov, Y.; Lukyanov, S. (2000): *Coping strategies: The white sea case (Northern Russia)*.
- Steller, M.; Meurer, K. (1974): Zur Reliabilität eines Q-sorts zur Veränderungsmessung. In: *Psychologische Beiträge* 16, S. 618–624.
- Stephenson, W. (1935): Correlation persons instead of tests. In: *Character and Personality* 4, S. 17–24.
- Watts, S.; Stenner, P. (2005): *Doing Q methodology*. In: *Qualitative Research in Psychology* 2, S. 67–91.
- Wolf, R. M. (1988): Q-methodology. In: J. P. Keeves (Hg.): *Educational Research, Methodology and Measurement: An international handbook*. Oxford: Pergamon Press, S. 732–734.

Über die Heinz Lohmann Stiftung

Deutschland ist eine der führenden Industrienationen. Die Zukunft unserer Welt gestalten wir aktiv mit – auch im Interesse unserer eigenen Wettbewerbsfähigkeit und der Erhaltung der Lebensqualität. Diese Gedanken leiteten die Gründer der Heinz Lohmann Stiftung im Jahre 1997.

Die Stiftung fördert die Wissenschaft und Forschung über die Zukunft der Ernährung und des Ernährungsverhaltens sowie die Publikation ihrer Ergebnisse. Arbeitsgebiete sind die Verbesserung der Qualität von Lebensmitteln, die Optimierung ihrer Produktionsbedingungen und die Erforschung des Verbraucherverhaltens hinsichtlich der Stiftungszwecke. Die Stiftungsgesellschaft dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

Die Gründer der Stiftung

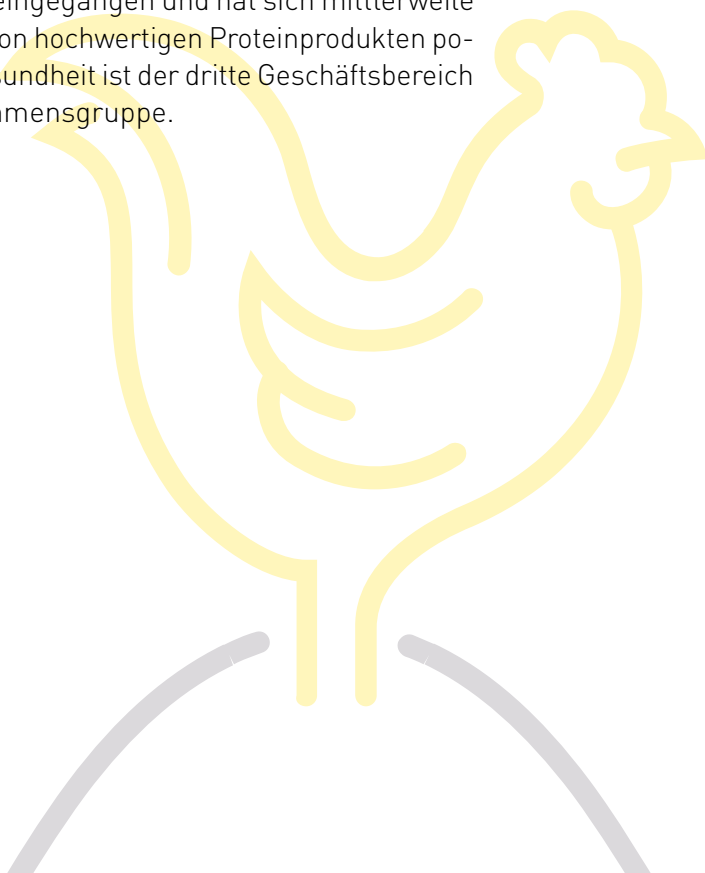
Die PHW-Gruppe, der die LOHMANN & Co. AKTIENGESELLSCHAFT (Rechterfeld) angehört, gründete 1997 die gemeinnützige Heinz Lohmann Stiftung GmbH mit Sitz in Rechterfeld, südwestlich von Bremen. Das Kerngeschäftsfeld der PHW-Gruppe (PHW steht für die Eigentümer, die Familie Wesjohann) ist die Produktion und Vermarktung hochwertiger Geflügelspezialitäten unter der Marke WIESENHOF. 2018 wurde das weitere Geschäftsfeld der Alternativen Proteinquellen geschaffen. In diesem Rahmen ist die PHW-Gruppe verschiedene strategische Partnerschaften eingegangen und hat sich mittlerweile als Anbieter von **hochwertigen** Proteinprodukten positioniert. Gesundheit ist der dritte Geschäftsbereich der Unternehmensgruppe.

Heinz Lohmann

Heinz Lohmann (1901 - 1975) gründete 1932 die heutige LOHMANN & Co. AKTIENGESELLSCHAFT. Sein Unternehmenskonzept war, wissenschaftliche Erkenntnisse für die landwirtschaftliche Praxis nutzbar zu machen. Heinz Lohmann schuf das deutsche Markenhähnchen mit hoher und garantierter Qualität. Sein Konzept schloss alle Produktionsstufen ein - von der Elterntierauswahl über tiergerechte Aufzucht bis hin zur Schlachtung und zum Vertrieb. Das Ergebnis war eine Partnerschaft zwischen Wissenschaft, den mittelständischen landwirtschaftlichen Betrieben und Lohmann. Sein persönliches Credo war: „Mit der Wahrheit machen wir die besten Geschäfte.“

Die Aktivitäten der Stiftung

Die Stiftung vergibt ernährungswissenschaftliche Aufgaben bzw. Studien an Diplomanden und Doktoranden. Sie unterstützt die wissenschaftliche Forschung an Hochschulen und Instituten und organisiert Veranstaltungen zu aktuellen Themen der Ernährungswissenschaft und / oder -praxis. Ziel ist es, die Verbraucher stärker für das Thema (Qualität der) Lebensmittel zu sensibilisieren. Außerdem möchte die Stiftung erreichen, dass die Ernährungsbildung in den Schulen stärker verankert wird. Mehr Informationen sind abrufbar unter www.phw-gruppe.de/unternehmen/stiftung.



Die Organe der Stiftung

→ **Gesellschafter:**

Lohmann & Co. Aktiengesellschaft, Rechterfeld

→ **Geschäftsführung:**

Renate Grothkopf, Rechterfeld

→ **Kuratorium:**

- Freifrau Dagmar von Cramm, Dipl.-oec. troph., Foodjournalistin und Ernährungsexpertin (Stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums)
- PD Dr. med. Thomas Ellrott, Leiter Institut für Ernährungspsychologie, Georg-August-Universität Göttingen
- Karl-Heinz Funke, Bundesminister a. D.
- Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer Handelsverband Deutschland e.V., HDE
- Professor Dr. Reinhard Grandke, Partner Upgrade Organisationsentwicklungspartner GbR; Honorarprofessor an der Justus-Liebig-Universität Gießen (Vorsitzender des Kuratoriums)
- Professor Dr. Ingrid-Ute Leonhäuser, i. R., Institut für Ernährungswissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Frank Schroedter, Geschäftsführer Engel & Zimmermann GmbH, Gauting bei München / Köln
- Paul-Heinz Wesjohann, Verwaltungsratsmitglied LOHMANN & Co. AG
- Peter Wesjohann, Vorsitzender der Geschäftsleitung der LOHMANN & Co. AG

→ **Ehemalige Mitglieder:**

- Peter Bleser, MdB bis 2021, ehem. Parl. Staatssekr.
- Peter Engel, ehem. Aufsichtsratsmitglied Engel & Zimmermann AG
- Alfons Frenk, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Alfons Frenk Treuhand GmbH
- Hilka de Groot, Lebensmittelchemikerin, Wissenschaftsjournalistin
- Wilhelm Niemeyer, Ehrenpräsident des Landesverbandes des Nieders. Landvolks
- Josef Sanktjohanser, Gesellschafter PETZ REWE GmbH, HDE-Präsident - 2022
- Harm Specht, ehem. Mitglied des Vorstandes der Lohmann & Co. AG
- Erich Wesjohann, Geschäftsführender Gesellschafter der Erich Wesjohann-Gruppe
- Professor Dr. Werner Zwingmann, Ministerialdirigent BMELV a. D.

→ **Verstorbene Ehrenmitglieder:**

- Professor Dr. rer. nat. Volker Pudiel, Ernährungspsychologe, Vorsitzender des Kuratoriums von 1997 – 2009 († 07.10.2009)
- Siglinde Porsch, ehem. Vorsitzende der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein († 25.08.2013)
- Hans-Werner Hannemann, HWH Consulting († 05.07.2019)

Forschungsaufträge

(Ergebnisse unter www.phw-gruppe.de/unternehmen/stiftung)

1997 Forsa-Studie zur Erforschung des Verbraucherverhaltens

Im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage wurden 1000 über 14 Jahre alte, nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger befragt. Ziel der Untersuchung war es, mögliche Entwicklungslinien aufzuzeigen, die das zukünftige Ernährungsverhalten maßgeblich charakterisieren und prägen werden.

1999 - 2002 Forschungsauftrag „Ökobilanz“ an das Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Institut für Tierzucht und Tierverhalten (FAL), Mariensee. Projektleiter: Prof. Dr. Franz Ellendorff

Im Zeitraum vom November 1999 bis 2002 beteiligte sich die Stiftung mit der Übernahme von Dokto-

randenstipendien an einem Forschungsauftrag mit dem Projekttitel: „Interdisziplinäre Bewertung unterschiedlich intensiver Produktionssysteme von Masthähnchen insbesondere unter Aspekten der Ökologie, der Produktqualität, des Tierschutzes und der Ökonomie.“

2003 - 2004 Studie Justus-Liebig-Universität Gießen: „Globalisierung der Ernährung“

Ein Autorenteam unter der Projektleitung von **Drs. Nicole und Markus Mau**/Justus-Liebig Universität Gießen hat für diese Studie, die die weltweiten Nahrungsmittelströme und die Systematik der Lebensmittelkontrollen in der EU analysiert, über 12 Monate Interviews mit Experten aus verschiedenen Organisationen und Institutionen geführt und über 200 internationale Quellen ausgewertet

2006 - 2009 Studie FAL Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Braunschweig „Wie Energiemärkte und Bioenergiepolitik die Welternährungswirtschaft verändern“

Ziel des Forschungsvorhabens war es, den Einfluss steigender Energiepreise auf die Weltagrarwirtschaft anhand ausgewählter Standorte und Produktlinien exemplarisch zu untersuchen und in einer Gesamtschau hinsichtlich aller Wechselwirkungen überschlägig abzuschätzen und hieraus Schlussfolgerungen für Wirtschaft und Politik abzuleiten. Die Leitung dieser Studie übernahmen **Herr Prof. Dr. Folkhard Isermeyer** und **Herr Dr. Yelto Zimmer** vom FAL (heute Johann Heinrich von Thünen-Institut, vTI) in Braunschweig in Zusammenarbeit mit **Herrn Dr. Martin Evans**, Agriprojects Consulting Limited, Cambridge.

2009 - 2010 Studie Georg-August-Universität Göttingen: „Gesellschaftsbilanz Ernährungswirtschaft: Wem nützt was?“

Die Land- und Ernährungswirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten beispiellose Leistungen bei Produktionssteigerungen und Effizienzgewinnen erzielt. Das Wissen der Bevölkerung über den landwirtschaftlichen Sektor hat jedoch rapide abgenommen. Es findet keine Abwägung von Vor- und Nachteilen im Sinne einer Bilanz statt. Daher stellt sich die Frage: Wer interessiert sich eigentlich noch für die Leistungen der Ernährungswirtschaft? Eine Studie hierzu ist bei der Georg-August-Universität

Göttingen vom Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung realisiert worden. Verantwortliche Projektleiter sind **Prof. Dr. Achim Spiller** und **M. Sc. Agr. Justus Böhm**.

2010 - 2012 Studie Georg-August-Universität Göttingen: „Welternährung 2050: Globale Herausforderungen für die Landwirtschaft und Implikationen für den Standort Deutschland“

Die Studie unter der Leitung von Prof. **Dr. Matin Qaim** stellte heraus, welche wichtigen Handlungserfordernisse sich für die zukünftige Welternährung ergeben. Die Schlussfolgerung ergibt keine eindimensionalen Patentrezepte. Durch Steuerung der Nachfrage und der Verteilung von Nahrungsmitteln allein lässt sich das Hungerproblem nicht lösen. Nachhaltige Produktionssteigerung ist von zentraler Bedeutung, sowohl hier in Europa als auch in den Entwicklungsländern selbst. Dabei darf der Begriff Nachhaltigkeit nicht gleichgesetzt werden mit traditioneller, extensiver Produktion. Es müssen ressourceneffiziente und innovative Produktionssysteme und Wertschöpfungsketten entwickelt werden, die auf wissenschaftliche Erkenntnisse in allen Bereichen aufbauen, Das erfordert auch ein gesellschaftliches Umdenken und eine verbesserte öffentliche Kommunikation. Um zu verstehen, wie das Thema Welternährung in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird wurde die Studie um eine Internet-basierte, repräsentative Umfrage mit 1.200 Personen durchgeführt und die Ergebnisse präsentiert.

2013 - 2015 Studie rheingold salon, Köln: „Öffentliche Meinung in der Krise – Gesellschaftsstudie zur Meinungsbildung“

In einer zunehmend komplexen Welt kann es schwerfallen, zu persönlichen Standpunkten zu gelangen. Viele Bürger ändern ihre Meinungen nach eigenen Angaben häufig und meinen, dies auch bei anderen beobachten zu können. Das ergab eine von rheingold salon unter der Leitung von **Geschäftsführer Jens Lönneker** durchgeführte, breit angelegte und repräsentative Studie. Am Beispiel der Ernährungs-, Automobil- und Energiebranche werden Grundbilder aufgezeigt, die die heutigen Verhältnisse der Meinungsbildung in Deutschland anschaulich beschreiben. Eine Kernfrage lautet

dabei: Welche Implikationen ergeben sich aus den Studienergebnissen für die Zukunftskommunikation der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft.

2016 - 2018 Studie Justus-Liebig-Universität Gießen: „Perspektiven und Entwicklungstendenzen der Lebensmittelproduktion für den Standort Deutschland“

Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft ist – gemessen an Umsatz und Anzahl der Beschäftigten – der viertgrößte Industriezweig nach der Automobilindustrie, dem Maschinenbau sowie der chemischen Industrie und damit für die deutsche Wirtschaft von herausragender Bedeutung. Die Lebensmittelproduktion und -vermarktung finden innerhalb einer eng verflochtenen Wertschöpfungskette rund um das Thema Ernährung statt. Zentrale Elemente in dieser Kette sind die Landwirtschaft und das produzierende Ernährungsgewerbe. Die Ansprüche zahlreicher weiterer Institutionen, weiterer Industriebereiche und die politische Ebene prägen die Gestaltungs- und Entwicklungsräume der Unternehmen. Von besonderer Bedeutung für die Perspektiven sind die Verbraucherpräferenzen, deren Wandel frühzeitig erkannt werden muss, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Die Branche sieht sich mit einer veränderten Nachfrage, teilweise schrumpfenden heimischen Absatzmärkten und einer verstärkten Konkurrenz konfrontiert. Vor diesem Hintergrund wurde **Professor Dr. Rainer Kühl vom Institut für Betriebslehre der Agrar- und Ernährungswirtschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen** mit einer Zukunftsstudie beauftragt, die wissenschaftlich vier Branchen (Backwaren, Bier, Milch und Geflügel) analysiert, wie es zukünftig um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Produktionsstandortes steht unter Berücksichtigung der Wertschöpfungskette – Vorstufe, Landwirtschaft, Verarbeitung, Lebensmittelhandel und Verbraucher.

2019 - 2022 Studie Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: „Essverhalten der Zukunft“

Das aktuelle Essverhalten unterliegt vielen verschiedenen Einflussfaktoren. Gleichzeitig hat unser individuelles Essverhalten mannigfaltige Auswirkungen auf unsere eigene gesundheitliche, soziale, ökologische und ökonomische Zukunft.

Das Essverhalten wird auch von gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen beeinflusst. Essverhalten als Forschungsgegenstand thematisiert mögliche Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Akteuren des Esssystems aus individueller und institutioneller Perspektive. Unser individuelles Essverhalten bestimmt maßgeblich unsere Zukunft mit. Die Kuratoren der Heinz Lohmann Stiftung haben Ende 2018 **Frau Professor Dr. Christine Brombach / Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft** mit einem Forschungsprojekt zu diesem komplexen Thema „Essverhalten der Zukunft“ beauftragt. Die Studie soll aus der Sicht von Konsumenten und aus der Sicht von gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen wie auch Produzenten entlang der Wertschöpfungskette Aufschluss über Einflüsse und Gestaltung des Essverhaltens der Zukunft geben. Auf der Grundlage von intensiven Literaturrecherchen wurde dieses komplexe Thema in Österreich, der Schweiz und Deutschland länderübergreifend im Rahmen einer empirisch-qualitativen Erhebung anhand von Experteninterviews und vielzähligen Befragungen tiefgehend beleuchtet. Besonderes Augenmerk lag dabei auf dem Einfluss von Social Media auf das zukünftige Ernährungsverhalten. Im Rahmen des Projektes haben wurden siebenundzwanzig studentische Arbeiten vergeben.

